Zeitschrift: Itinera : Beiheft zur Schweizerischen Zeitschrift für Geschichte = supplément de la Revue suisse d'histoire = supplemento della Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 14 (1993)

Rubrik: Zur Organisations des Handwerks und der Handwerker = L'organisation de l'Artisanat et des Artisans

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zur Organisation des Handwerks und der Handwerker

L'Organisation de l'Artisanat et des Artisans

Entstehung und Wesen der «Handwerksordnung» in der deutschsprachigen Schweiz

Anne-Marie Dubler

«Handwerksordnung» war für das Handwerk einst ein zentrales Phänomen, das nicht nur die Entwicklung dieses Wirtschaftszweiges bis tief ins 19., ja 20. Jahrhundert hinein grundlegend beeinflusst, sondern auch auf andere Zweige, auf Handel, Manufaktur und den Fabrikbetrieb eingewirkt hat. Es war ein raumübergreifendes, europaweites Phänomen entsprechend der Internationalität des Handwerks. Wenn Historiker von Handwerk sprechen, werden je nach Forschungsengagement des einzelnen wieder andere Assoziationen lebendig. Der Kenner des 19. Jahrhunderts wird mit «Handwerk» etwa die grossen Schwierigkeiten dieses Berufsstandes angesichts der Billig- und Massenproduktion aus den Fabriken assozieren. Wer mit den Verhältnissen des 18. Jahrhunderts vertraut ist, dem wird die schleichende Verarmung in einem immer grösseren Teil der Handwerkerschaft vor Augen stehen. Was wir in beiden Jahrhunderten erkennen, sind Auswirkungen der «Handwerksordnung», einer umfassenden Gewerbebindung, der Kern zünftiger Zwangswirtschaft[1].

Es gab in unserem Raum Städte mit Zunftverfassung und patrizisch regierte ohne diese; das verschiedene Verfassungs*recht* spiegelt indessen nicht die damals geltende Verfassungs*wirklichkeit*[2] – oder mit anderen Worten: In den Zunftstädten Basel, Zürich, St. Gallen und anderen herrschte ehedem nicht nur eine ähnliche wirtschaftliche und soziale Realität im Handwerk und unter Handwerkern wie in den Patrizierstädten Bern, Luzern und Freiburg, sondern es sassen bei allen verfassungsrechtlichen Unterschieden die Handwerker hier wie dort in den Räten. In den Städten mit Zunftverfassung kamen sie über ihre Zunft in die Ratsstellen, in den Städten ohne Zunftverfassung kraft ihres Bürgerrechts, zwar nicht *dank* der Zunft, aber ebenfalls *aus* der Zunft, denn seit dem 15. Jahrhundert wurden Bürgerrecht und Zunftmitgliedschaft obligatorisch; Handwerker im Rat waren auch Mitglieder

1 Es sollen im folgenden Forschungsergebnisse, wie sie für Basel, Bern, Luzern und Freiburg zwischen 1975 und 1991 erarbeitet wurden und für Zürich als Quellenmaterial in den *Quellen zur Zürcher Zunftgeschichte* vorliegen, zusammengefasst werden mit dem Ziel, über Entstehung und Wesen der Handwerksordnung deren ökonomische und soziale Wirkungen verständlich zu machen. Die Verfasserin geht mit der Ansicht (so etwa H. Bräuer, s. Anm. 20), dass die Gewerbebindung in der Zunft eine für das Handwerk segensreiche Einrichtung war, im Blick auf die Entwicklung nach 1650 nicht einig. Zur Zitierweise: Um Platz einzusparen, wird die in meinem Forschungsbericht (siehe vorne) belegte Literatur abgekürzt zitiert.

2 Urs Martin Zahnd, *Berner Zunft zu Mittellöwen*, Einleitung 7f.

einer Zunft bzw. Gesellschaft[3]. Überall waren die Handwerker seit dem 15. Jahrhundert politisch hoch organisiert, die einzigen wirklich und dauerhaft organisierten Ratsglieder. Um das kurz zu verdeutlichen: Als sich unsere Städte im Lauf des 14./15. Jahrhunderts finanziell mit dem Ankauf von Rechten und Territorien und militärisch in zahlreichen Kriegszügen immer mehr engagierten und sich schliesslich dabei auch übernahmen, stieg für sie die Bedeutung der zahlenstarken Handwerkerschaft als Steuerzahler, Kriegsmannschaft und Rückgrat städtischer Versorgung. Die organisierten Handwerker haben diese Stellung politisch ausgenützt; sie waren die ersten, die sich gegen zu hohe Belastung, vor allem gegen städtische Steuern und unwillkommene Gewerbevorschriften lautstark, teils auch in Aufständen zur Wehr setzten[4]. So tritt uns beispielsweise die Krise der Stadtwirtschaft der 1460 bis achtziger Jahre zu einem beachtlichen Teil aus den Klagen und Aktionen der Zünfte und Handwerker im Rat oder gegen den Rat entgegen.

Charakteristik der «Handwerksordnung»

Festzuhalten ist, dass die «Ordnung» oder Reglementierung des Handwerks aus zwei Wurzeln sprosste: aus der Gewerbeaufsicht des Rates und aus dem Handwerk selbst. Erste Verordnungen flossen aus der Gewerbeaufsicht des Stadtherrn bzw. der städtischen Räte; sie setzten im 13. Jahrhundert ein und betrafen jene Handwerke und Gewerbe, von denen die Versorgung der städtischen Konsumenten abhing, vorzüglich die Lebensmittelbranche (Bäcker, Metzger, Müller, Fischer, Wirte, Krämer). Der Rat regelte Marktangebot, Preise und Qualität, befasste sich aber nicht mit den offiziellen Vermarktungs- und Produktionsstätten. Das änderte sich im 15. Jahrhundert zugunsten einer eingehenderen Reglementierung, die auch Arbeitszeit, Fixierung und Beschränkung der Produktion, ausführliche Preis- und Qualitätsvorschriften und den Zwang auf öffentliche Verkaufsstellen (Schol, Schaal, Laube) umfassen konnte und sukzessive auch andere Handwerke betraf.

3 Zu den besonderen Verhältnissen in Bern: wichtige Magistratsstellen (4 Venner) mussten aus den Gesellschaften der Pfister, Metzger, Schmiede und Gerber besetzt werden; die Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft war die Voraussetzung zum Kauf des Bürgerrechts (Zahnd, *Mittellöwen*, S. 21ff.). In Luzern wurde im Lauf des 15. Jahrhunderts die Berufsausübung vom Erwerb des Burgerrechts abhängig gemacht, weil Neuzuzüger die Belastung mit Bürgerpflichten gerne umgingen; auch ohne verfassungsmässige Verankerung war ein Handwerker im Rat zugleich Mitglied einer Gesellschaft (Anne-Marie Dubler, *Fremde Handwerksgesellen*, S. 53). Im 17./18. Jahrhundert waren die Gesellschaften der patrizischen Städte zur wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Plattform im Stadtleben geworden mit der Folge, dass sie genauso wie in den Zunftstädten von der regierenden Oberschicht unterwandert wurden, weil Zugehörigkeit zu dieser oder jener Gesellschaft politischen Vorteil bot (Dubler, *Handwerk, Gewerbe und Zunft*, S. 121–134).

4 Boykotte und Aufstandsversuche gegen Gewerbeerlasse des Rats und gegen städtische Besteuerung vor allem in den Nahrungsmittelgewerben, beispielsweise der Metzger in Basel 1475/76, 1482, 1490er Jahre (Katharina Simon-Muscheid, *Basler Handwerkszünfte im Spätmittelalter*, S. 97–128) und in Luzern 1471–1480 (Dubler, *Handwerk*, S. 142–147).

Zweck war der Konsumentenschutz. Die Ordnungen wurden «von Fall zu Fall» erlassen, wenn Krisen die Versorgung bedrohten. Wie die Masse der städtischen Fleischschätzer-, Brotbeschauer-, Müllerordnungen, Zinn- und Kannengiesserordnungen, Ordnungen gegen spekulative Käufe auf Mehrgewinn (Fürkauf) und andere zeigen, wurden sie bis ans Ende des Ancien régime immer wieder aufgelegt[5].

Die andere Wurzel lag in den Handwerken selbst. Aus der Handwerkerschaft kamen sowohl generelle Handwerks- und Gewerbeordnungen für das Stadt- oder Staatsgebiet wie auch die spezifische Reglementierung der einzelnen Handwerkszweige. Hinter den grossen generellen Handwerksordnungen standen die Forderungen der Handwerker als treibende Kraft, aber sie wurden nicht auf den Zünften, sondern im Rat erarbeitet; so etwa war die von den Meistern erzwungene Luzerner Gewerbeordnung von 1471 ausdrücklich ein Gemeinschaftswerk des Kleinen und Grossen Rats und einer Abordnung der Gemeinde. Die Ordnungen der einzelnen Handwerke dagegen entstanden in der Meisterschaft eines bestimmten Handwerks entweder aus eigenem Antrieb oder auf Wunsch oder Befehl des Rates. Vielfach gingen Ratskommissionen den Meistern bei der Abfassung an die Hand, und nicht selten erbaten sich Meisterschaften bei der Schwesterzunft einer Nachbarstadt die dortige Ordnung als Muster. Alle diese Umstände sind jeweils einleitend in der Präambel der Ordnung festgehalten. Immer und in jedem Fall erlangte eine Handwerksordnung aber erst mit der Genehmigung und Bestätigung durch den Rat Rechtskraft. Die Handwerksordnung wurde zur wichtigsten Legitimation einer Meisterschaft und bildete zusammen mit Rödeln (Meisterbüchern, Mitgliederrödeln, Bruderschaftsverzeichnissen) und Rechnungsbüchern den Inhalt der «Lade»[6]. Erhalten sind Handwerksordnungen in Form von Heften (deshalb auch als Libelle bezeichnet) oder in Buchform, ältere auch als besiegelte Pergamenturkunden. Der Inhalt der einzelnen Handwerksordnung kann in einer einzelnen, in zwei, drei Verfügungen bestehen oder aber ein grosses umfassendes Regelwerk darstellen[7].

Die verschiedenen Handwerksordnungen stimmten im wesentlichen überein: Sie waren ein Mittel zur Krisenbekämpfung und setzten am Ende des Spätmittelalters, vor allem in der grossen Krise der städtischen Wirtschaft nach 1460 ein. Am Ende der Krise verschwanden sie aber nicht, höchstens

5 Für Luzern Dubler, *Handwerk*, S. 142–149.

6 Zur Wichtigkeit der «Lade» (Meisterschafts-Truhe) mit Inhalt zur Legitimation zünftiger Handlungen wie Lehrlingsaufnahme und -absendung, Meisteraufnahme oder bei Meisterboten s. Dubler, *Handwerk*, S. 225, u. a.

7 Gewisse Handwerke und Gewerbe tendierten zu besonders ausführlichen Ordnungen wie etwa Krämer, Schmiede, Schneider, Schreiner, Schuhmacher, Weber. Wie in allen Verwaltungsbereichen so hatten auch Handwerksordnungen seit dem 17. Jahrhundert die Tendenz, immer länger und ausführlicher zu werden.

wurde es etwas ruhiger um sie, bis sie beim nächsten scharfen Wind wiederkamen und dann ausgebaut wurden. Handwerksordnungen verstanden sich immer als wirtschafts- und sozialpolitische Reformwerke. Initianten waren stets die «Mehrheit» der Meister, oft als die «armen» Meister bezeichnet, was sich auch als das «Mittelmass im Handwerk» definieren liesse. Alle diese «Reformen» waren grundsätzlich Zwangsmassnahmen, die gegen eine Opposition durchgedrückt wurden. Ihnen allen lag eine ähnliche Geisteshaltung zugrunde, nämlich tiefsitzende Angst vor Veränderung der bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse; deshalb auch sollte Handwerk so «wohlgeordnet», «wohleingerichtet» werden, dass Änderung nicht mehr nötig sein müsste. Es sind zwei Hauptstossrichtungen auszumachen:

1. Der Kampf gegen das wachsende demographisch-wirtschaftliche Gewicht der Landschaft seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, der als Bedeutungsverlust der Stadt und damit des städtischen Handwerks gefürchtet war[8].

2. Der Kampf der Mehrheit gegen wachsende soziale Unterschiede im Handwerk, vor allem auch gegen betriebswirtschaftliche Neuerungen einer Minderheit gut verdienender Meister.

Alle diese Massnahmen führten im Lauf von rund 100 Jahren (1490–1590) in eine neue Wirtschaftsordnung. «Handwerksordnung» wurde zum Herzstück der Zunftwirtschaft, auf die alles Handwerk in Zunftstädten und Städten ohne Zunftverfassung verpflichtet war.

Wesen und Entstehung der «Handwerksordnung»

Angefangen hatte «Handwerksordnung» auf breiter Front von Zürich über Luzern und Bern bis Freiburg mit einer scharfen Attacke des Stadthandwerks gegen das bis anhin nicht beachtete Landhandwerk. Seit den 1460er Jahren verlangten Zünfte und Handwerker dieser Orte von ihren Räten kurzgesagt die Abschaffung des Landhandwerks, «das nüt me da sin» – in Zürich zwischen 1460 und 1489, Bern 1464 bis 1485, Luzern 1463 bis 1472 und Freiburg 1501 bis 1505[9]. In allen Städten wurde das Vorgehen gegen das

8 Die im 14. Jahrhundert demographisch und wirtschaftlich blühenden Städte wurden seit der Mitte des 15. Jahrhunderts durch das unaufhaltsame Bevölkerungswachstum auf dem Land überholt. Als erster schenkte Hans Conrad Peyer diesem Phänomen im Fall von Freiburg i. Ue. Beachtung. (Peyer, *Wollgewerbe, Viehzucht, Solddienst und Bevölkerungsentwicklung in Stadt und Landschaft Freiburg*, S. 30ff.; s. a. Dubler, *Geschichte der Luzerner Wirtschaft*, S. 36ff.).

9 Die «Abschaffung» des Landhandwerks sollte in Luzern, Zürich und Freiburg durch die diktierte Umsiedlung aller Landhandwerker in die Städte erreicht werden. Die Berner Ordnungen von 1464 und 1467 schafften einzelne Landhandwerke sowie Wochen- und Jahrmärkte der Marktdörfer ab; die geplante Verfügung, dass Handwerk und Gewerbe allein städtisches Monopol sei, wurde diskutiert, aber nicht erlassen (Dubler, *Handwerk, Gewerbe und Zunft,* S. 149–158). In Freiburg hingen die Massnahmen gegen das Landhandwerk unmittelbar mit dem Zerfall des städtischen Woll-Exportgewerbes zusammen (Peyer, *Wollgewerbe*, S. 28 f).

Landhandwerk und -gewerbe später eingestellt, aber das Thema kam wieder und war nach 1560 bis ans Ende des Ancien régime etwas modifiziert ein Dauerbrenner.

Die Krise der 1460 bis achtziger Jahre hatte die grossen sozialen Unterschiede unter den Handwerken und auch in ein und demselben Handwerk aufbrechen lassen. Der einfache «arme» Meister sah in der mittelalterlichen Gewerbefreiheit – dem Nährboden eines vielseitigen, modern anmutenden Unternehmertums – die Wurzel seiner derzeitigen ökonomischen Misere. Seine Forderung, ob ausgesprochen oder nicht, zielte ab auf eine «gerechte» Wirtschaftsordnung, und «gerecht» war für ihn «gleich» – Gleichheit also bei der Verteilung von Arbeit und Einkommen. Der Angriff musste sich deshalb gegen jegliche Tätigkeits- und Einkommenskumulation vor allem in Verbindung mit Handelsgeschäften richten. Die Forderungen betrafen:

- Trennung von Handwerk und Handel (Gewerbe)
- Verbot der Doppelzünftigkeit auf Handwerks- und Handelszünften
- Verbot der gewinnorientierten Geschäftsgemeinschaft im Handel
- Definition der sich gegenseitig ausschliessenden Handelszweige

Die Nicht-Zunftstadt Luzern beschritt mit der Gewerbeordnung von 1471 als erste diesen Weg, indem sie dem Meister neben seinem Handwerk nur noch ein einziges Handelsgeschäft (Gewerbe) gestattete und dem Kaufmann höchstens zwei Handelszweige (Gewerbe)[10]. Basel war die erste Schweizer Stadt, die im Rahmen neuer gewerbepolitischer Konzepte 1491 konsequent die Reduktion auf ein einziges Handwerk oder Handelsgeschäft bzw. die völlige Trennung von Handwerk und Handel verfügte, Geschäftsgemeinschaft im Kleinhandel verbot und die einzelnen Handelszweige definierte. Teilweise wurden die Dekrete 1495 wieder zurückgenommen, erlangten aber in der grossen Handwerks- und Gewerbeordnung von 1526 endgültig Gesetzeskraft, erweitert durch das Verbot der Doppelzünftigkeit[11]. In Zürich verlief der Prozess ähnlich: 1498 kamen das Verbot der Doppelzünftigkeit und der Geschäftsgemeinschaft sowie die Trennung von Handwerk und Handel; 1500 hob man diese Ordnung wieder auf, um sie 1525 erneut in Kraft zu setzen[12]. Was sich in Basel und Zürich in den 1520er Jahren endgültig durchgesetzt hatte, machte vor den übrigen Städten nicht Halt, bei denen diese Ordnung im Rahmen der Zunftwirtschaft im Lauf des 16. Jahrhunderts, spätestens in der Wirtschaftsdepression der 1560 bis achtziger Jahre Eingang fand. So

10 Innert der gesetzten Frist von 3 Monaten musste sich jeder Berufsmann für die eine oder andere Lösung entscheiden, danach sollte jede Tätigkeit definiert und dem Handwerk bzw. dem Gewerbe (Handel) zugewiesen werden (Dubler, *Handwerk*, S. 154ff.).

11 Hans Füglister, *Handwerksregiment,* S. 272–292.

12 *Quellen zur Zürcher Zunftgeschichte* I, Nr. 179 und Nr. 234; Paul Guyer, *Verfassungszustände der Stadt Zürich*, S. 50.

wurde auch in dem einst forsch vorprellenden Luzern die völlige Trennung von Handwerk und Handel erst nach 1560 Realität. Damit waren zwei wichtige Elemente der Zunftwirtschaft – Kampf gegen Konkurrenz und Trennung von Handwerk und Handel – kraft Handwerksordnung eingeführt oder zumindest thematisiert.

Alle weiteren Elemente mündeten nunmehr als Teile jener Handwerksordnungen, die sich jedes Handwerk selbst gab, in die neue Wirtschaftsordnung ein. Vorbild ist die ältere Ordnung des reichsstädtischen Handwerks. Erste im schweizerischen Raum erlassene Handwerksordnungen des 15. Jahrhunderts betrafen deshalb Berufe mit überregionalem Charakter wie etwa Krämer, Sattler, Kessler, Zimmerleute[13]. Anfangs lösten allgemeine Wirtschaftsdepressionen, aber auch lokale ökonomische Engpässe oder Missstände die Neuordnung im einzelnen Handwerk aus, bis die eigene Handwerksordnung im 17./18. Jahrhundert zu jedem Handwerkszweig unabdingbar gehörte, eine Entwicklung, die in Städten mit und ohne Zunftverfassung ganz gleich stattfand.

Das Reformprogramm der Handwerksordnungen

Die Handwerksordnungen setzten das Streben der allgemeinen Handwerks- und Gewerbeordnungen des 15./16. Jahrhunderts nach einer gerechteren Wirtschaftsordnung durch Einschränkung des Wettbewerbs fort: Zur Behebung sozialer Unterschiede sollte Gleichheit bei der Verteilung von Arbeit und Einkommen erzwungen werden[14].

Die einzelnen Punkte sahen wie folgt aus:

- *Normierter Kleinbetrieb*[15]: Gegen die Opposition weniger Grossbetriebe von den Kleinhandwerkern durchgedrückt, wurde die Zahl der Arbeitsplätze pro Werkstätte generell auf drei bis vier Stühle (Meister, Gesellen, Lehrling) maximal festgeschrieben. In anderen Handwerken fixierte man die Höchstmenge der Werkstoffe, bei Bäckern die Getreidemenge, bei Metzgern die Zahl der Schlachttiere, bei Gerbern etwa Lohebäder oder Häute.
- *Verbot der Werkstatt-Gemeinschaft:* Inhaber einer Werkstätte durfte nur ein einzelner Meister sein. Dieses Verbot ist ein Analogon zu jenem der Geschäftsgemeinschaft.

13 Als Beispiele die Zürcher Ordnungen der überregional organisierten Zimmerleute 1454, der Sattler 1455 (*Quellen zur Zürcher Zunftgeschichte* I, Nr. 146, 147). Zu den grenzüberschreitend organisierten Handwerken und Gewerben s. Dubler, *Handwerk*, S. 83–106; 164f.

14 Zur Bedeutung der Handwerksordnung in der Stadt und auf dem Land am Beispiel Luzern s. Dubler, *Handwerk*, S. 164–168; 239–287.

15 Gewisse Handwerke regelten die Betriebsgrösse auch in besondern Erlassen (als «briefe» bezeichnet) ausserhalb ihrer Handwerksordnung.

- *Verfolgung der Konkurrenz, Privilegierung der zünftigen Meister, Berufstrennung:* Dies alles gehörte zum eingeschränkten Wettbewerb und richtete sich zuerst gegen fremde Konkurrenz, die man von der Stadt fernhielt, nämlich fremde Handwerksmeister, Krämer mit Handwerksware, Meister aus den Vororten, Landhandwerker generell, gleich ob gelernte Meister oder halbgelernte Stümpler. Über erteilte Privilegien[16] wurde den zünftigen Meistern die Verfolgung dieser Konkurrenz teils garantiert, teils zur Selbsthilfe überlassen. Das Monopolstreben richtete sich auch gegen innen: Eine minutiös Berufstrennung schied die Handwerke voneinander, indem sie überlappende Tätigkeitsfelder bestimmter Berufe abgrenzte und dem einzelnen Handwerk zuwies.
- *Qualitätsvorschriften, Produktekontrolle:* In allen Städten nahmen die Handwerkerorganisationen[17] einen Teil der Gewerbeaufsicht im Auftrag der Obrigkeit wahr. Überall behielten sich die Obrigkeiten die oberste Aufsicht zwar vor, was aber nicht verhinderte, dass die Meisterschaften ihre Kompetenzen gegen unwillkommene Konkurrenz und allgemein gegen Neuerungen missbrauchten.
- *Geregelte Ausbildung:* Die schriftliche Reglementierung der Handwerksausbildung erfolgte relativ spät. Angaben zur Ausbildung sind bis ins 16. Jahrhundert noch rudimentär[18]; umfassende Ausbildungsreglemente stammten zuerst von stark reichsgebundenen Handwerken (u. a. Sattler, Steinmetzen). Die Wirtschaftsdepression der 1560 bis achtziger Jahre erzwang schliesslich vom Handwerk die nötige Ausbildungsreform.

In der Regel traten die Handwerksmeister vor den städtischen Rat und erzwangen mit Klagen über Missstände diese oder jene Regelung zur Einschränkung des Wettbewerbs und zu ihrer Privilegierung. Nun gab es aber einen Bereich, den die Obrigkeiten nie aus der Hand gegeben haben, nämlich die Festsetzung und Überwachung der Preise und Löhne[19]. Seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts griffen die Obrigkeiten allenthalben in die

16 Ratserlasse in Form von «Freiheiten» oder «Freiheitsbriefen» oder als Bestandteil der Handwerksordnung.

17 In den Zunftstädten lag diese Aufgabe von Anfang an bei den Zünften, wurde aber seit dem 16. Jahrhundert mehr und mehr von den einzelnen Handwerken oder Meisterschaften übernommen. Ähnlich ging diese Aufgabe in den patrizischen Städten von den Gesellschaften an die Meisterschaften über. Hier wie dort hatte dies mit dem Bedeutungswandel der Zunft (Gesellschaft) zu tun, die ihren gewerblichen Auftrag den ihr inkorporierten Handwerken übergab.

18 Wanderschaft und Meisterstück sind lange kein Thema; sorgfältiger wurde höchstens das Verhältnis zwischen Meister und Geselle geregelt, zumal dieses im 15./16. Jahrhundert Ausgangspunkt städteübergreifender Gesellenaufstände war (Reininghaus, *Quellen zur Geschichte der Handwerksgesellen im spätma. Basel*, Einleitung; Dubler, *Fremde Handwerksgesellen in der Stadt Luzern*, S. 43f.).

19 In Luzern erliess der Rat eigentliche Preis- und Lohntabellen, die teilweise im Druck (Tarif von 1648) erschienen, was offenbar in andern Städten nicht der Fall war. Zu den verschiedenen Formen der Abgeltung von Handwerksarbeit in Taglöhnen (grossen, kleinen) und Stücklöhnen (Stückpreisen) s. Dubler, *Handwerk*, S. 272.

Preis- und Lohngestaltung der Handwerke korrigierend ein. Die solchermassen festgesetzten, tarifierten Preise und Löhne dienten einseitig dem Schutz der städtischen Konsumenten. Den Handwerken selbst waren Lohnabsprachen strikte verboten.

Die Auswirkungen

Die Handwerksordnung hatte Auswirkungen, die niemand abschätzen und sichtlich auch niemand korrigieren konnte. Über ihre einzelnen Elemente war das Handwerk unausweichlich und vollständig in eine neue Wirtschaftsordnung – die Zunftwirtschaft – geglitten. Dabei war unerheblich, dass nur eine Minderzahl der Handwerksordnungen alle Elemente aufführten; spätestens seit dem 17. Jahrhundert konnte sich kein Berufszweig mehr dem generellen Zwang des neuen europaweit gültigen Wirtschaftssystems entziehen. Dessen «gerechte» Ordnung hatte jedem zünftigen, zum System gehörenden Meister gleiche Chancen versprochen dank geregelter Ausbildung und normierter Werkstattgrösse bzw. Produktionsmenge und dem Meister nach Möglichkeit jede nichtzünftige Konkurrenz vom Leib gehalten. Aber bereits im 17. Jahrhundert war offenkundig, dass die Zwangsmassnahmen die «gerechte» Ordnung nicht hatten schaffen können. Nach wie vor gab es die wenigen «reichen» Handwerke vor allem in der Stadt (verschiedene Arten der Kunstschmiede, Kürschner, Gerber, Färber, Müller, Wirte u. a.) und «reiche» Meister. Die überwiegende Zahl der Meister in den überlaufenen Handwerken (v. a. Schneider, Schuhmacher, Schreiner, Zimmerleute, Weber) aber war arm und gehörte praktisch gänzlich zur Unterschicht. Auch die Zwangsmassnahmen gegen das Landhandwerk hatten dessen Existenz und Entwicklung nicht verhindern können. Lächerlich klingen die vom Stadthandwerk bis ans Ende des Ancien régime immer wieder aufgewärmten Parolen von der «natürlichen Bestimmung der Landbewohner zum Feldbau» angesichts eines Bevölkerungswachstums, das prozentual immer weniger Leuten ein Auskommen in der Landwirtschaft garantierte.

Vom einstigen Reformwerk der Handwerksordnung blieben letztlich nur Beschränkungen und Fesseln für das Handwerk selbst übrig. Dieses hatte sich der Möglichkeit beraubt, unternehmerisch neuen Situationen zu begegnen, es hatte dazu auch weitgehend den Mut verloren. Das Handwerk, nach den Kaufleuten einst die zweite innovative Wirtschaftsgruppe der mittelalterlichen Stadt, war im Ancien régime der einzige Wirtschaftszweig mit Staatsprotektion, aber auch dirigistischen Eingriffen der Obrigkeit ausgesetzt, vor allem im Bereich der überwachten Preise und Löhne. An der Aufrechterhaltung dieser Situation waren die Handwerker aus Furcht vor Veränderungen, offensichtlich aber auch die Obrigkeiten interessiert. Diese

Herrschafts- und Landbesitzer, Handels- und Verlagsherren und Militärunternehmer, die den Staatsdienst für sich beanspruchten, sorgten als beste Kunden des Handwerks für die Fortdauer von stabilen tiefen Preisen und Löhnen. Mangelnde Gewinnchancen aber hatten in weiten Teilen der Handwerkerschaft zu einem wirtschaftlichen und sozialen Verfall geführt. Ein «Niedergang des Handwerks»[20] war es indessen nicht, wie die hohen Leistungen in vielen Zweigen des Handwerks, die Kunstwerke in Stein, Holz, Textilien und Metall bezeugen. Tatsache aber ist, dass «Handwerksordnung» der breiten Handwerkerbevölkerung den Zugang zur modernen Wirtschaft sehr erschwert hat. An den Folgen litten einige Handwerke bis in die 1880er Jahre, viele unter dem nötigen betrieblichen Strukturwandel sogar bis in die 1950/60er Jahre.

20 Die Kameralistik des 18. Jahrhunderts war aus der Sicht der Manufaktur vom Grundsatz des «Niedergangs des Handwerks und der Überlebtheit des Zunftwesens» überzeugt (Helmut Bräuer, «Entwicklungstendenzen und Perspektiven der Erforschung der sächsischen Zunfthandwerksgeschichte», erscheint im *Jahrbuch für Regional- und Landesgeschichte*, Weimar 1993).

Métiers jurés et fabricants. Quelques traits spécifiques de l'organisation du travail artisanal et manufacturier à Genève sous l'Ancien Régime

Liliane Mottu-Weber

«Premièrement que les maistres orlogiers estans tous assemblés pour quelque différent de leur estat seront tenus de faire la priere à Dieu, pour le prier de presider au milieu d'eux, afin qu'ils ne disent ny facent chose qui ne soit à l'honneur d'iceluy et pour le bien et proffit de la Ville» (Ordonnances sur les horlogers, 1601).

I. Les formes de l'activité artisanale à Genève

a) Du travail artisanal au travail «manufacturier»

Au XVe siècle Genève était une ville vouée au commerce et au change. Un grand nombre de marchands étrangers s'y rencontraient lors de ses quatre foires annuelles et y échangeaient les produits les plus variés venant de toutes les régions de l'Europe et du Levant. La prospérité de ses foires fut toutefois gravement compromise par les mesures prises en 1462 par Louis XI pour avantager les foires de Lyon. Sans pour autant disparaître complètement, les foires de Genève perdirent dès lors beaucoup de leur éclat. Or, une partie importante de la population avait longtemps vécu au rythme de ces marchés animés; elle se trouvait désormais sous-employée. Le rétrécissement des échanges se répercuta sur les artisans, dont l'activité, bien que majoritairement locale et régionale, avait jusqu'alors bénéficié de la présence des marchands et des firmes étrangères. Le premier tiers du XVIe siècle fut donc une période difficile pour la cité à tous points de vue. Les troubles socio-politiques qui la secouèrent à partir de 1519 et à l'époque de la Réforme provoquèrent une prise de conscience des autorités et les incitèrent à ranimer les échanges et à mettre sur pied des structures de production aptes à fournir des emplois à la main-d'œuvre disponible. C'est de ce moment-là que datent les débuts de l'industrie textile. Cette période marqua donc un tournant crucial de l'histoire économique de Genève: sans cesser d'être le point de rencontre d'importants trafics reliant le nord et le sud de l'Europe, celle-ci abrita désormais également une production «industrielle» destinée à l'exportation. Certains de ses marchands devinrent des «marchands-fabricants», qui partageaient leur temps entre le négoce et la manufacture. Des maîtrises se créèrent peu à peu dans tous les domaines pour réglementer la production et renforcer la cohésion des artisans face aux marchands. Le secteur tertiai-

re diminua au profit du secondaire, dont l'éventail des professions s'élargit et se transforma au gré de l'apparition et de la disparition des métiers.

b) Quels métiers ?

XVe siècle. – La structure professionnelle que l'on peut observer à la fin du XVe siècle est tout à fait différente de celle que l'on retrouvera un siècle plus tard. Les marchands autochtones, par exemple, sont relativement peu nombreux et une bonne partie d'entre eux – merciers et mercières, revendeurs et revenderesses – fournissent surtout le marché local et régional. En outre, le nombre relativement élevé de ses notaires, de ses changeurs et de tous les métiers liés à l'activité des halles (charretiers, porteurs, navetiers, aubergistes) confirme l'importance de l'infrastructure qui avait été mise en place durant les décennies précédentes pour accueillir les marchands étrangers quatre fois par an. Dans les métiers manuels, on trouve surtout des personnes occupées dans les secteurs de l'alimentation, du vêtement, du bâtiment, du cuir – près de la moitié sont des cordonniers – et même de la métallurgie – un quart sont des serruriers: ces artisans travaillent avant tout pour couvrir les besoins de la cité et de sa région proche. En revanche, les artisans qui s'adonnent à la fabrication des tissus et des livres, ainsi que ceux qui manient les métaux fins et les pierres précieuses (orfèvres, doreurs, diamantaires) et dont la production est en partie destinée à l'exportation, sont très peu nombreux. Les tisserands de toile travaillant sur commande pour des particuliers représentent plus du tiers des représentants du textile[1].

XVIe siècle. – Si l'on avance un peu dans le XVIe siècle et que l'on étudie les métiers pratiqués par les nouveaux Habitants reçus entre 1549 et 1560 et les nouveaux Bourgeois reçus entre 1551 et 1600, l'ampleur du changement qui s'opère dans la structure professionnelle dès l'arrivée de la première vague des réfugiés est frappante. Si les secteurs du cuir, des métaux, du bois et du bâtiment gardent une certaine importance, notamment en raison des efforts déployés par la Seigneurie pour développer les tanneries et du boom de la construction dû à l'installation des réfugiés, les activités que l'on peut considérer comme internes ou liées au commerce régional tendent dès lors à s'effacer au profit du textile, de l'imprimerie et de la Fabrique (orfèvrerie et horlogerie), dont les produits sont destinés au marché international. Si l'on examine de plus près les nouveaux marchands, il apparaît, en outre, qu'une grande partie d'entre eux partagent leur activité entre le commerce et la production de livres, de draperies de laine et de soieries[2].

1 Sur ce sujet, voir mon étude plus détaillée dans *Piuz et Mottu-Weber, 1990*, chap. XV et XVI. *Babel, 1963*, t. II, *passim*. *Perrenoud, 1979, passim*.

2 *Piuz et Mottu-Weber, 1990*, tableau, p. 392. *Perrenoud, 1979*, p. 163.

XVIIe–XVIIIe siècles. – Pour les siècles suivants, on soulignera avant tout les évolutions diamétralement opposées du textile, dont l'effectif tombe de 23,2% des actifs au début du XVIIe siècle à 6,3% dans les années 1770, et de la Fabrique, qui connaît un essor spectaculaire (+509%) durant la même période. Les autres branches sont en revanche caractérisées par une relative stabilité. Dès la première période, l'imprimerie ne joue plus qu'un rôle très effacé; après un léger recul dû au déclin de la chapellerie, l'artisanat du vêtement se trouve renforcé au XVIIIe siècle par l'arrivée des «faiseurs de bas» et des perruquiers. Il en va de même du bois et du bâtiment, dont le maximum (16,2% des actifs) des années 1700–1704 coïncide avec la période particulièrement faste que connut l'architecture genevoise entre 1690 et 1715[3].

En résumé, il est possible de distinguer dans l'histoire manufacturière de Genève une première période (environ 1550–fin XVIIe siècle), durant laquelle le textile (soierie, draperie et dérivés) joua un rôle prépondérant. Au moment où ses différentes branches subirent un déclin inéluctable, ce secteur fut relayé par celui de la Fabrique (orfèvrerie et horlogerie), dont les différents métiers, surtout l'horlogerie, connurent dès lors un développement spectaculaire. Grâce à une analyse qui tient compte d'autres éléments que celui de la main-d'œuvre étudié ici, Anne-M. Piuz a pu montrer qu'à l'intérieur de ces grands mouvements s'insérèrent encore les dominantes de la dorure, entre 1630–40 et 1695, et des toiles peintes, du début du XVIIIe à 1790[4].

c) Activités indépendantes et «Verlagsystem»

Il y eut toujours à Genève des artisans travaillant pour le marché local. Les maîtres tailleurs, cordonniers, tisserands de toile, menuisiers, serruriers et, plus tard, les charpentiers et les maréchaux, par exemple, possédaient leur propre boutique dans laquelle ils fabriquaient et vendaient leur production. A l'occasion, les tailleurs, les charpentiers et les serruriers se rendaient au domicile des personnes qui leur confiaient des tâches à accomplir. Les conditions de travail de ces maîtres artisans évoluèrent généralement peu entre le Moyen Age et la fin de l'Ancien Régime. Ils travaillaient d'une manière autonome et entretenaient des relations directes avec leurs clients.

Vers le milieu du XVIe siècle, avec l'apparition d'activités faisant appel à un outillage complexe et dépendant de l'existence de réseaux commerciaux pour l'acquisition des matières premières et pour l'écoulement des mar-

3 *Perrenoud, 1979*, p. 167.
4 Notamment dans *Piuz, 1985*, pp. 166–183, 232–243.

chandises, un système de production plus compliqué apparut à Genève. Il est connu sous le nom d'«industrie dispersée» ou de *Verlagsystem*: cumulant les rôles de négociant et d'«entrepreneur», le marchand y fournissait aux maîtres artisans les capitaux, les matières premières et parfois même les outils dont ils se servaient, assumant finalement les frais et les risques de la commercialisation de leur production. Sous les différentes formes qu'il emprunta, le *Verlagsystem* exista dans la soierie, la draperie et l'industrie des futaines de nombreuses régions d'Europe – notamment dans les Flandres, en Italie, en France et en Allemagne – à partir des XIe–XIIIe siècles[5].

A Genève, des marchands avaient fait travailler à façon des orfèvres et des pelletiers déjà du temps des foires du Moyen Age. Mais ce travail en commandite avait gardé un caractère tout à fait exceptionnel dans cette ville dont la production artisanale était principalement destinée à une clientèle locale et régionale. Dans les secteurs qui se développèrent au XVIe siècle sous l'impulsion des réfugiés, les rapports de production présentèrent au contraire très tôt toutes les caractéristiques du *Verlagsystem*. Puis, les ordonnances de certaines maîtrises consacrèrent le système des ateliers de petites dimensions travaillant aux ordres des «marchands-fabricants». Importateurs de soie et de laine, exportateurs de velours, de passements et de serges, ces derniers gardaient la haute main sur toutes les étapes de la production des étoffes de soie ou de laine. Ils étaient en principe inscrits dans le livre de la jurande – après y avoir été admis en tant que maîtres.

A vrai dire, les rapports qui existaient entre les marchands-fabricants et les maîtres artisans prirent des formes plus diversifiées que ne le laissaient entendre les réglementations des différentes maîtrises. Si les maîtres artisans parvenaient parfois à être – et à rester – propriétaires de leurs métiers et même de leurs matières premières, dans d'autres cas, par le jeu de l'endettement et des saisies, ils se retrouvaient très vite réduits au rang de salariés et totalement dépendants des marchands qui les faisaient «besogner». Le degré d'assujettissement de l'artisan au marchand dépendait non seulement de la conjoncture économique ou du secteur dans lequel ils se trouvaient, mais encore de la quantité de capital fixe et circulant dont ils avaient besoin et, par conséquent, des risques qu'ils assumaient en tant que producteurs.

Dans la dorure, où les matières premières – or et argent – étaient particulièrement précieuses, on a mis en évidence qu'à la fin du XVIIe siècle, le maître tireur d'or pouvait trouver son avantage à travailler directement sous les ordres du marchand. Ce faisant, contre une rémunération fixe, il renonçait au bénéfice d'une conjoncture favorable, mais se protégeait des hasards du

5 Qu'il suffise de rappeler ici quelques travaux fondamentaux: *Sombart, 1919; Kellenbenz, 1972; Braudel, 1979*, pp. 259–305.

chômage et des crises. Dans ce secteur, les contrats qui liaient les maîtres aux marchands portaient souvent sur plusieurs années, ce qui était rarement le cas dans le textile[6]. Plus tard, nous le verrons, la situation de crise incita les maîtrises de la dorure à raidir leur attitude vis-à-vis des marchands.

La division du travail est un autre élément qui tendit à favoriser la dépendance de l'artisan. Déjà observée au XVIe siècle dans le textile, où plusieurs corps d'artisans – fileurs, tisseurs, teinturiers, tondeurs et presseurs – se relayaient pour produire les étoffes de laine et de soie, elle est caractéristique de l'horlogerie des XVIIe et XVIIIe siècles. Alors que l'horloger du XVIe siècle était en mesure de fabriquer toutes les parties de ses montres, qu'il vendait ensuite lui-même, par la suite, lorsque le marché s'élargit et que les mouvements devinrent plus compliqués, la fabrication des ébauches fut confiée à des artisans de plus en plus spécialisés. Très tôt, seuls les marchands expérimentés, appelés les «établisseurs», possédant des stocks de pièces détachées en suffisance, furent en mesure de coordonner les différentes étapes de ce long processus de fabrication sans subir de trop grandes pertes de temps et d'argent.

Comme dans les autres secteurs de la production, le petit atelier où le maître travaillait avec ses apprentis, ses compagnons et probablement aussi avec les membres de sa famille, fut de règle dans la Fabrique jusqu'à la fin du XVIIIe siècle. Seuls trois secteurs connurent, semble-t-il, des ateliers d'une certaine dimension regroupant plus d'une dizaine d'ouvriers: l'indiennage, la manufacture de bas et la bijouterie. Dans ces quelques cas, les marchands ou les marchands banquiers gardèrent aussi la haute main sur le financement et sur la commercialisation de la production[7].

II. La création des maîtrises à partir du milieu du XVIe siècle

Entre le XIIe et le XVe siècle, on observe la création de corps de métiers (*Zünfte* allemandes, *Arti* italiens, *guilds* anglaises, *gremios* espagnols) dans presque toute l'Europe. Selon les régions, leur emprise sur l'artisanat local et sur le gouvernement fut très variable. Tandis que dans certaines villes la plus grande partie des artisans étaient rattachés à l'une ou l'autre des «maîtrises» ou «jurandes», le travail libre joua ailleurs encore longtemps un rôle primordial. Ainsi, malgré ses liens étroits avec des villes suisses – Berne, Fribourg, Zurich et Bâle – dont les structures corporatives furent parfois très contraignantes dès le Moyen Age, Genève n'adopta le régime corporatif que tardivement. Il est vrai que plusieurs des villes rhodaniennes et méditer-

6 *Piuz, 1985*: «La fabrique de dorures d'Elisabeth Baulacre», p. 172.
7 Voir plus bas et *Babel, 1916*, pp. 301–303 et 495–515.

ranéennes avec lesquelles elle commerçait, telles Lyon, Villefranche-sur-Saône, les villes provençales, Marseille et Nîmes, connurent une évolution assez semblable[8].

a) Des confréries aux maîtrises

Mais, ici comme ailleurs, cette absence d'associations professionnelles de type corporatif n'exclut pas l'existence d'autres organisations, dont le but était essentiellement religieux et charitable, les confréries. Jusqu'à la veille de la Réforme, Genève en connut de nombreuses, dont l'importance varia selon les époques. Louis Binz a observé qu'entre 1487 et 1529, soit durant le demi-siècle qui précéda la Réforme, leur nombre augmenta d'une manière spectaculaire et finit par approcher la soixantaine, pour une population estimée à 10 000 ou 12 000 habitants. Certaines d'entre elles recrutaient leurs membres dans un ou plusieurs métiers – pelletiers, barbiers et chirurgiens, maçons et charpentiers, bouchers –, mais leurs statuts montrent que leurs activités couvraient surtout la vie religieuse et sociale: messes, cortèges funéraires, processions, cortèges organisés les jours de fête, banquets annuels, entretien d'une chapelle ou d'un couvent, dotation d'un hôpital, entraide et charité. Les clauses professionnelles étaient généralement avant tout d'ordre éthique et moral, visant à l'honnêteté dans les rapports économiques et dans l'exécution des ouvrages. Elles ne touchaient ni la hiérarchie des métiers, ni le contrôle de la production ou des prix. En outre, ces confréries étaient ouvertes aux femmes et pouvaient regrouper des membres de professions différentes, ce qui n'était pas le cas des maîtrises du Moyen Age[9].

En raison de leur caractère foncièrement religieux et de leurs liens avec les églises de la ville, les confréries genevoises disparurent à l'époque de la Réforme de 1536. Leurs biens, terres et bâtiments furent confisqués et parfois vendus au profit de l'Hôpital ou de la Seigneurie. Le développement de l'activité artisanale qui fut provoqué par l'arrivée massive des réfugiés durant la seconde partie du XVIe siècle entraîna alors la création d'une autre forme d'association qui présentait, elle, tous les caractères des organisations corporatives. En un peu plus d'un siècle et demi, plus d'une quarantaine de métiers se constituèrent en effet en maîtrises et furent soumis à une réglementation stricte de leur activité.

Comme l'indiquent les préambules de leurs ordonnances, c'est le gouvernement lui-même qui avait jugé nécessaire de les créer, pour remédier aux «abus, fautes et tromperies» qui se commettaient dans la fabrication ou lors de la vente des différents produits. Certes, dans bien des cas, les maîtres de

8 *Braudel, 1979*, pp. 274–276. *Babel, 1963*, t. II, pp. 240–271.
9 *Binz, 1987.*

l'état avaient déclenché eux-mêmes tout ce processus, en présentant aux autorités une «humble requeste d'y remedier par quelque bon ordre et reiglement»; ils avaient ensuite été consultés lors de la rédaction des nouveaux règlements[10].

Dans le cas des premières maîtrises, celles des potiers d'étain, des imprimeurs et des orfèvres, il faut cependant souligner que la Seigneurie avait un intérêt direct dans l'affaire. Soucieuse de la bonne réputation de la cité, elle tenait à imposer des normes de fabrication et à soumettre la production à un contrôle sévère. Elle le fit, par exemple, en fixant le titre des métaux mis en œuvre par les potiers ou par les orfèvres, ou en surveillant le contenu et la qualité des livres qui sortaient des presses genevoises. Dans certains métiers, des mesures de ce type avaient d'ailleurs déjà été prises par le gouvernement bien avant la création de la maîtrise. Le titre et le poinçonnement de l'argenterie, par exemple, avaient été fixés au début du XVe siècle[11]. Dès 1537, le Conseil avait proscrit l'étain de bas aloi[12], et en 1539, il avait fait publier que «nul n'aye az imprimer chose que soyt dans laz ville sans licence de Messieurs sus poienne d'estre repryns et pugnys jouxte le droyt», ce qui équivalait à instituer une véritable censure sur l'imprimerie genevoise[13]. De même, la «visite» des velours et des serges (étoffes de laine fine) était pratiquée depuis 1547 et 1550–1551, tandis que la «cuiraterie» avait fait l'objet de toute une série de prescriptions en 1562[14].

Du côté des artisans, dans le laps de temps qui sépare la suppression des confréries de la création des premières maîtrises, on n'était pas non plus resté inactif. Malgré l'interdiction qui leur avait été faite en 1537 d'exiger des nouveaux maîtres qu'ils offrent un banquet, ils s'étaient manifestement remis à tenir des «assemblees de mestier [...], pour user de certains dissolu privilege et façon de faire qu'ilz font pour estre passé maistre». Calvin, puis le gouvernement, intervinrent en 1557 contre ces coutumes dispendieuses et contre l'adoption d'«edictz et status parcidevant faict entre eulx, [sans] qu'ilz ne soient par eulx premierement présentés à la Seigneurie»[15]. Jusqu'à la disparition du système corporatif le souci de diminuer les «frais de bouche» dont étaient, semble-t-il, toujours à nouveau chargés les compagnons qui aspiraient à la maîtrise, resta d'ailleurs une constante de la politique du gouvernement[16].

10 Par exemple, Archives d'Etat de Genève [désormais, AEG], Registres du Conseil [RC] 70, f. 129v (28 juillet 1575). Sur les maîtrises genevoises, voir l'étude fondamentale de *Maire, 1930*.
11 *Babel, 1963*, t. II, pp. 105–106.
12 *Babel, 1916*, p. 12.
13 *S.D.G.*, t. II, p. 352 (1539).
14 *S.D.G.*, t. II, p. 511 et 535, (1547 et 1550); t. III, p. 8 et 132 (1551 et 1562).
15 *S.D.G.*, t. II, p. 336 (1537); t. III, p. 43 (9 et 10 août 1557).
16 Par exemple, AEG, RC 189, p. 67 (1689); RC 259, pp. 161 et 414 (1759) avec de nouvelles interdictions.

Mais l'arrêt de 1557 plaçait surtout résolument toute la vie des artisans sous l'autorité du gouvernement: désormais, «nul maistres ny apprentifz, de quelque mestier qu'ilz soient, ne [seraient] hosés ny si ardis de faire illicites assemblees». Ainsi, durant près de deux siècles et demi, pratiquement toute réunion et toute concertation entre maîtres ou entre compagnons du même métier visant à obtenir une augmentation des prix des façons, une diminution du temps de travail ou une modification des ordonnances furent considérées comme des «monopoles» mettant directement en danger la sûreté de l'Etat. A ce titre, elles furent le plus souvent sévèrement punies[17].

b) Des compagnonnages?

Bien que le terme de compagnon soit rarement utilisé dans ces arrêtés, on peut se demander si ces derniers visaient peut-être aussi des tentatives de création de compagnonnages. Bien qu'isolé, le cas de ces quelques compagnons imprimeurs, qui furent traduits en justice à Genève en 1565–1567 à la suite d'une rixe mortelle au cours de laquelle un compagnon imprimeur genevois avait été tué, semble le prouver. Dans beaucoup de villes, les compagnons typographes furent les premiers à former des organisations chargées de défendre leurs intérêts, ou même à se mettre en grève. Si l'on peut attribuer à leur niveau d'instruction élevé cette prise de conscience précoce de leur force en tant que groupe socio-professionnel, les conditions assez particulières dans lesquelles s'accomplissaient leurs tâches – solidarité imposée par le rythme de la presse, travail en équipe entraînant souvent des repas pris en commun et probablement même le logement de plusieurs compagnons chez le même maître – peuvent aussi en être tenues pour responsables. Les imprimeries lyonnaise et parisienne avaient été secouées entre 1539 et 1542 par des grèves, au cours desquelles les compagnons avaient montré – en vain, pourtant – qu'ils étaient capables de s'unir pour revendiquer une amélioration de leur condition. Ces troubles avaient entraîné l'adoption de diverses mesures réglementant l'imprimerie en France et interdisant notamment aux compagnons de s'assembler à plus de cinq en dehors de la maison de leurs maîtres[18].

Or, parmi les imprimeurs réformés lyonnais ou parisiens qui se réfugièrent à Genève au moment des persécutions se trouvaient bon nombre de maîtres

17 L'arrêt du 10 août 1557 sera repris quasi textuellement dans les Ordonnances de police de 1609, puis de 1617: *S.D.G.*, t. III, pp. 547–548 et 602. Une exception, pourtant, mais il s'agit de maîtres importants qui viennent de créer leur maîtrise: les teinturiers en drap signent en 1714 une convention par-devant notaire, aux termes de laquelle ils s'engagent les uns envers les autres à ne pas travailler à des prix inférieurs à ceux qu'ils indiquent: AEG, Notaire Marc Fornet, 19/169, 10 mars 1714. Mais, comme on le verra plus bas, moins de 20 ans plus tard, les marchands drapiers leur imposeront une convention très défavorable.

18 *Hauser, 1913*, pp. 177–234. *Davis, 1966*, pp. 48–69. *Davis, 1975*, pp. 1–16.

et de compagnons qui avaient été témoins ou partie prenante de cette agitation sociale. Il n'est donc guère surprenant que certains arrêts du Conseil et même les ordonnances de l'imprimerie reprennent presque mot à mot les édits publiés en France près de vingt ans plus tôt à la suite de ces grèves. De même, les mesures du Conseil interdisant en 1557 aux maîtres et compagnons de «faire illicites assemblées», ou d'adopter des règlements sans l'accord du gouvernement, étaient peut-être dues à certaines revendications des compagnons. Peu après la publication des ordonnances sur l'imprimerie de 1560, un débat s'ouvrit d'ailleurs sur la question du jour de congé («mercuriale») dont les compagnons genevois, à l'imitation de ceux de Lyon et de Paris, voulaient pouvoir jouir en plus du dimanche. La détermination avec laquelle ils s'exprimaient dut faire craindre aux autorités qu'une organisation semblable à celle qui existait à Lyon, et dont l'écho parvenait jusqu'à Genève, ne fût en train de se créer. On se trouvait, en effet, dans une période où compagnons et apprentis ne cessaient de faire le va-et-vient entre Lyon et Genève au gré de la conjoncture économique des deux cités et des troubles politiques et religieux qui secouaient le royaume. Les informations recueillies au cours des procès qui furent intentés à un certain nombre d'ouvriers imprimeurs que l'on soupçonnait d'avoir participé à des cérémonies rituelles révélèrent que la plupart des compagnons arrivés à Genève durant les années précédentes étaient entrés une fois ou l'autre en contact avec l'organisation secrète des «Griffarins» au cours de leurs séjours à Lyon. L'une des revendications principales de cette «secte», qui s'opposait à celle des «Forfans» – qui n'étaient autres que des Genevois cherchant de l'ouvrage à Lyon, auxquels on reprochait de travailler à n'importe quel prix –, portait précisément sur les salaires et sur les conditions de travail. Le Conseil finit par accorder aux compagnons le congé du mercredi une semaine sur deux[19].

Dans l'état actuel des recherches, c'est pourtant le seul exemple de compagnonnage connu à Genève; notons que les registres officiels signalent parfois la présence de compagnons étrangers dont on dénonce les cérémonies blasphématoires ou les gestes rituels[20].

c) De la coutume aux ordonnances

Il pouvait arriver que les délibérations menant à l'élaboration des nouvelles ordonnances fussent extrêmement mouvementées. Certains articles fixaient des normes là où n'avaient été observées jusque-là que des coutumes non écrites. D'autres introduisaient des exigences imposées par les conditions

19 AEG, Procès criminels [P.C.] 1306 et 1307 (1565), P.C. 1397 (1567). *Chaix, 1954*, pp. 27–29. *Bremme, 1969*, p. 37.

20 Notamment AEG, Consistoire, R 61, f. 198v et RC 174, p. 154 (1674).

du marché local ou international. Ce processus de codification ravivait des antagonismes latents entre les maîtres artisans et les marchands, entraînant à plus ou moins brève échéance la résistance ouverte des uns ou des autres, de nouveaux débats au Conseil et une éventuelle modification des articles contestés.

Pourtant, malgré quelques dispositions dictées par les conditions locales, les ordonnances des maîtrises genevoises diffèrent peu des réglementations corporatives d'autres pays. En réprimant les abus et les fraudes, en imposant certaines directives concernant les matières premières et les techniques utilisées et en contrôlant la bienfacture des produits à tous les stades de leur fabrication, la maîtrise visait à obtenir une production – dont elle détenait le monopole sur le plan local – de qualité irréprochable et capable de soutenir sur les marchés étrangers la concurrence de celle d'autres centres manufacturiers. Elle s'efforçait, en outre, de limiter les conflits internes en définissant les droits et les devoirs des maîtres, des compagnons et des apprentis. Enfin, elle protégeait les intérêts et le revenu de ses membres, en fixant la grandeur des ateliers, la durée de la formation et du travail – parfois le montant des rémunérations –, sinon en excluant au besoin certaines catégories de la population, soit les femmes, les Habitants ou les Natifs. La «boîte», qui recueillait les fonds provenant des amendes et des taxes d'apprentissage et de maîtrise, servait à la rémunération des jurés et des experts chargés des contrôles et faisait office de caisse de secours pour les artisans en difficulté.

L'apparition des maîtrises genevoises à la fin du XVIe siècle semble être due avant tout à un phénomène d'imitation. La plupart des villes suisses avec lesquelles Genève entretenait des relations commerciales possédaient une organisation corporative ancienne. Dès la fin du XVe siècle, dans la France voisine, Louis XI avait entrepris d'ériger systématiquement tous les métiers en jurandes par des ordonnances qui s'appliquaient tantôt à quelques villes, tantôt au royaume tout entier. Sa politique fut poursuivie par ses successeurs, notamment par Henri III et Henri IV, qui, par les Edits de 1581 et de 1597, instituèrent finalement le système corporatif dans tout le royaume. Il est d'ailleurs à peine étonnant que certains réfugiés, qui avaient été témoins de la mise en place de ces organisations de métiers, aient été incités à recréer dans leur ville d'adoption les structures auxquelles ils étaient habitués. Les propositions ou les plaintes qu'ils adressaient au Conseil au sujet des ordonnances s'inspiraient de ce qui se pratiquait dans leur pays d'origine. Ainsi, trois ans avant la création de leur maîtrise, quelques épingliers se plaignirent que certains maîtres prenaient trois ou quatre apprentis, alors qu'on n'en permettait qu'un «aux villes jurées»[21]. C'est également au nom de ce qui ne se «prattique

21 AEG, RC 72, f. 114v (20 août 1577).

pas ailleurs» que les teinturiers demandèrent en 1579 la suppression de quelques articles du nouveau règlement sur la draperie[22]. Même les horlogers demandèrent une «maistrise telle qu'elle est aux bonnes villes de France»[23]. A l'inverse, malgré la pression des marchands et l'exemple de la réglementation toulousaine de 1553, les veloutiers et les taffetassiers parvinrent à empêcher que les prix des façons leur soient «limités» dans les ordonnances de la soierie de 1570[24].

Pour les autorités, il s'agissait non seulement d'introduire des exigences et des restrictions comparables à celles des villes avec lesquelles Genève entrait en compétition pour ses exportations, mais aussi d'harmoniser les usages et les techniques fort variés qu'amenaient les réfugiés de France, d'Italie et des Flandres. En outre, il est possible que les réfugiés de la première heure, arrivés dans la cité vers le milieu du XVIe siècle, aient été amenés à établir des règlements au moment où les vagues suivantes (1572–1574, 1585–1587) jetèrent sur le marché du travail de nombreux nouveaux venus, dont les qualifications et les habitudes ne correspondaient pas aux normes tacitement observées à Genève. C'est ce qui expliquerait la multiplication des ordonnances de maîtrises à partir de la fin des années 1570, particulièrement dans les métiers qui travaillaient pour le marché local, soit chez les tisserands de toile, les tailleurs, les épingliers, les serruriers et les travailleurs du cuir. Le même réflexe joua certainement dans les secteurs de la soierie (1570), de la draperie (1578) et de l'horlogerie (1601). On notera d'ailleurs que les directives précises (nombres de fils de chaîne, largeur minimum) concernant la fabrication des diverses catégories d'étoffes de laine, de soie ou de lin devinrent de plus en plus rares durant les siècles ultérieurs, époque où l'on n'insista plus que sur la qualité ou le titre des matières premières (utilisation des meilleures qualités et interdiction de «mêler» les différentes matières plus ou moins fines: soie fine et de déchet, or et or faux, soie et or faux, etc.)[25].

Enfin, il est bon de rappeler que cette tendance à codifier et à réglementer est caractéristique de la fin du XVIe siècle, qui vit se généraliser les prélèvements opérés par les différents Etats sous forme d'impôts et de taxes perçus notamment sur la production et les échanges[26].

22 AEG, RC 74, f. 18v (29 janvier 1579).
23 AEG, RC 96, f. 9 (13 janvier 1601).
24 AEG, RC 65, f. 116v (10 juillet 1570).
25 Cette évolution apparaît très clairement dans le nouveau «Règlement sur la dorure» de 1722, voir plus bas.
26 On observe cette tendance à la réglementation à Bâle et à Zurich, qui reçoivent également des réfugiés; c'est parfois un moyen utilisé par le gouvernement pour décourager les projets de certains étrangers trop entreprenants: voir *Geering, 1886*, pp. 454–476, ainsi que *Bodmer, 1960*, p. 99. Mais également à Lucerne, qui se trouve dans une situation quelque peu différente – la majorité des premières ordonnances concerne des métiers du marché interne –, et où il s'agit alors, dans une conjoncture de récession, de lutter contre les inégalités entre les maîtres, dont certains accaparent tout l'ouvrage et toute la main-d'œuvre; voir *Dubler, 1982*, pp. 162–168.

III. Les maîtrises aux XVIIe et XVIIIe siècles

a) Marchands et maîtrises: des relations fluctuantes

Les maîtrises dont les membres s'adonnaient à des activités limitées au marché local connurent peu de crises internes graves. Nul marchand ne s'interposait entre les maîtres artisans, relativement autonomes, et les consommateurs de leurs produits.

Mais dans les secteurs où les marchands jouaient le rôle d'entrepreneurs et dominaient tout le processus de production, les conflits furent beaucoup plus fréquents. Plus mobiles, mieux informés que les artisans, ces marchands connaissaient l'évolution de la mode et des marchandises offertes dans les foires étrangères. Or, d'une manière générale, leurs initiatives tendant à adapter la production locale aux conditions du marché international étaient mal accueillies par les autorités corporatives. Pourtant, ils trouvèrent parfois parmi les artisans des alliés prêts à les soutenir dans leurs luttes contre certaines pratiques fiscales du gouvernement, qui imposait de manière exagérée leurs produits à leur sortie ou les matières premières à leur entrée dans la ville. En d'autres occasions, les artisans s'associèrent avec eux – contre leurs maîtres-jurés – pour demander au gouvernement d'assouplir les ordonnances corporatives ou somptuaires en vue de relancer un secteur en plein marasme[27].

En fait, jusqu'au milieu du XVIIe siècle, très peu de voix s'élevèrent contre le système corporatif genevois. Certes, dans chaque métier, des personnages particulièrement entreprenants et dynamiques eurent des démêlés avec leurs maîtres-jurés à propos de nouvelles techniques de fabrication qu'ils proposaient d'adopter, ou du nombre de compagnons qu'ils voulaient pouvoir employer. Lorsque l'affaire était débattue en Conseil, celui-ci se prononçait le plus souvent contre eux et renforçait les règlements de maîtrise en vigueur. Dans certains domaines, l'évolution de la demande et des conditions de production, ou encore la naissance d'industries étrangères concurrentes, dans des régions où aucune réglementation n'imposait de normes de fabrication, commencèrent toutefois peu à peu à jeter le trouble dans la manufacture genevoise. Fabriqués avec les matières premières les plus fines, selon des techniques éprouvées mais coûteuses, les produits locaux ne furent souvent plus assez compétitifs pour être écoulés dans les grandes foires européennes. Pire encore, dans les comptoirs genevois les importations étrangères trouvaient plus facilement preneur, même lorsqu'elles étaient lourdement imposées par le tarif des Halles. Il en résulta qu'à partir des années 1650, dans les secteurs les plus touchés, comme la passementerie ou la draperie de laine, des dérogations aux ordonnances permirent parfois de diversifier ou de

27 On trouvera quelques exemples de ces situations dans *Mottu-Weber, 1989*, pp. 402–405 ou *Mottu-Weber, 1985*, pp. 364–372.

mélanger les matières utilisées et d'imiter les galons ou les tissus bon marché et plus légers fabriqués en France, en Italie et en Allemagne. Parallèlement, des privilèges furent accordés, le plus souvent contre l'avis des maîtrises mais «dans l'intérêt public», à des artisans étrangers qui proposaient des techniques encore inconnues ou la production d'articles nouveaux[28].

Une succession de cas de ce genre provoqua une prise de conscience dans certaines maîtrises. Dans l'art de la soie, par exemple, on finit par se rendre compte en 1669 que les règlements étaient anciens et que «l'usage des estoffes» ayant changé, il était nécessaire de procéder à une révision des ordonnances[29]. Après la Révocation de l'Edit de Nantes, l'impossibilité dans laquelle ce secteur se trouva, à cause de ses réglementations, de profiter de l'apport précieux des réfugiés huguenots incita même les marchands à demander, sans succès, en 1686 la suppression pure et simple des maîtrises de la soie[30]. Au fur et à mesure que les autres branches de la manufacture genevoise étaient touchées par la crise de la fin du XVIIe siècle, des propositions semblables furent présentées au Conseil. Ce fut le cas dans l'horlogerie en 1703, pour les tireurs d'or en 1708 et, plus tard, pour les tondeurs de draps en 1713.

Tandis que les jurandes du bâtiment étaient à leur tour remises en question, – probablement à cause du boom de la construction du début du XVIIIe siècle –, un véritable débat de principe divisa les membres du Conseil en 1710. Les uns étaient d'avis qu'il fallait supprimer toutes les jurandes, les autres craignaient qu'une telle mesure ne fût dangereuse pour l'économie de la cité, qui risquait non seulement d'être envahie par des «ouvriers» étrangers, mais encore d'être désertée par ses propres artisans, qui préféreraient certainement aller vivre à meilleur compte à la campagne. On en profita pour dénoncer les abus des réglementations tatillonnes et les taxes d'apprentissage et de maîtrise, dont le coût élevé se répercutait sur le prix des façons[31].

Il est vrai que durant cette période pour le moins contrastée, où se côtoient le marasme de certains secteurs et l'essor de la Fabrique, des indiennes et de la construction, l'on assiste à un durcissement de la politique de la plupart des maîtrises. Nombreuses sont en effet les mesures qui rendent diverses limitations plus sévères: là où l'on admettait Natifs et Habitants, l'on décide d'exclure les Habitants (perruquiers, 1711) ou l'on exige même que l'on soit au moins Bourgeois (tireurs d'or, 1682; horlogers, 1690; orfèvres, 1701), en ren-

28 De nombreux cas sont signalés dans *Mottu-Weber, 1985*, pp. 320–323.
29 AEG, RC 169, p. 222 (25 juin 1669).
30 AEG, RC 186, p. 262 (2 décembre 1686).
31 AEG, RC 208, p. 350 (1708), RC 209, p. 46 (1709) et p. 200 (1710), RC 212, p. 386 (1713). Dans la dorure en crise, la maîtrise était perçue de tous côtés comme contraignante: les marchands furent souvent l'objet des critiques des maîtres tireurs d'or, qui les accusaient d'une manière globale d'être responsables de la crise; en même temps, les interventions des autorités furent de plus en plus fréquentes, et l'on vit ces tireurs d'or demander d'être relevés de leur serment de ne pas transporter leur art et leurs outils à l'étranger (AEG, RC 193, pp. 152–153, 14 juin 1693).

dant du même coup les exceptions plus coûteuses et plus difficiles à obtenir. Dans certains cas, le nombre des apprentis et compagnons que chaque maître peut «tenir» est diminué (serruriers, 1708; menuisiers, 1709), tandis que l'on spécifie chez les passementiers, en 1699, que dorénavant les filles et les épouses qui travaillent dans la boutique familiale seront comptées au nombre des compagnons. Ailleurs, enfin, on réduit le nombre des maîtres autorisés à exercer leur art (apothicaires, chirurgiens, 1700), on allonge la durée de l'apprentissage (confiseurs, 1726), ou l'on décide même de ne plus former d'apprentis pendant 10 ans (tireurs d'or, 1701).

On remarquera en outre, qu'entre 1684 et 1729, dix nouvelles maîtrises furent créées, celles des maréchaux (1684), des tondeurs de drap (1695), des monteurs de boîtes et étuis (1698), des perruquiers (1701), des teinturiers de drap (1712), des teinturiers de soie (1717), des graveurs (1716), des «faiseurs de bas» (1722), des boutonniers (1723) et des armuriers (1729). Si la naissance de certaines d'entre elles correspondait bien à une division toujours plus accentuée du travail (graveurs, monteurs de boîtes, par exemple)[32], d'autrès répondaient à des revendications très anciennes (boutonniers)[33] ou à la nécessité ressentie par leurs membres de présenter un front uni devant le nombre toujours plus grand d'artisans étrangers amenés par le Refuge et de s'affranchir de la dépendance dans laquelle les maintenaient les marchands-fabricants (tondeurs et teinturiers de drap)[34].

C'est toutefois à un changement spectaculaire des rapports de force entre marchands et maîtres artisans que l'on assista dans certains secteurs au début du XVIIIe siècle. Alors que, depuis leur création, les maîtrises de la draperie, de la soierie ou de la dorure avaient soumis les marchands-fabricants à l'obligation d'être reçus dans leur maîtrise – soit de s'être fait «escrire par les deputez au livre de l'estat»[35] –, et que les marchands devaient soumettre leurs ventes à la visite des maîtres-jurés des maîtrises concernées[36], on peut

32 Pourtant, on était conscient que cette division du travail présentait certains risques. Les émailleurs et les faiseurs de cadrans n'obtinrent jamais leur maîtrise. Aux premiers, il fut répondu en 1745 que leur métier était certes «de mode», mais qu'il pouvait «changer» (AEG, Ms hist. 104/111, 1745); aux autres, on n'accorda en 1790 qu'un règlement de quelques articles: *Babel, 1916*, pp. 106–107.

33 Les maîtres boutonniers, qui appartenaient à la maîtrise de la soierie, avaient déjà demandé d'avoir leur maîtrise en 1648, en 1652, en 1680, en 1715 et en 1722: AEG, RC 148, p. 20, RC 151, p. 276, RC 180, p. 61, Commerce, A 2, pp. 14–15 et Commerce, A 4, p. 63. Règlement de la maîtrise: RC 222/176, 5 mars 1723.

34 Le projet de règlement de la maîtrise des teinturiers en drap rédigé en 1710, qui limitait la teinturerie au Citoyens, Bourgeois et Natifs, fut approuvé en Conseil deux ans plus tard «sous cette limitation, concernant le premier article qui n'admet à maîtrise que les Citoyens, Bourgeois ou Natifs, *savoir sauf la dispense du Conseil pour admettre à ladite maîtrise les Habitants et Etrangers qui en seront jugés dignes*»: AEG, RC 211, p. 96, 13 février 1712.

35 *S.D.G.*, III, p. 290, 11 juillet 1570 (soierie) ou p. 443, 3 décembre 1593 (draperie), ou encore p. 514, 21 mars 1607 (tireurs d'or); *S.D.G.*, IV, p. 187, 11 novembre 1646 (passementiers).

36 *S.D.G.*, III, p. 537, 23 mai 1608 (passementiers).

observer que tant les marchands drapiers que les marchands de dorures cherchèrent à briser cette tutelle à cette époque.

Dans le secteur de la dorure, les tensions dataient de la crise de la fin du XVIIe siècle, qui avait mis beaucoup de ses artisans au chômage et obligé certains fabricants à émigrer[37]. Depuis lors, accusés de ne pas observer les règlements, les marchands de dorures étaient régulièrement dénoncés au Conseil pour avoir exporté des dorures françaises sous certificat genevois, appliqué du faux sur de la soie au lieu de simple fil de lin – ou de l'or sur du fil au lieu de soie –, ou encore importé des fils d'or fabriqués à l'étranger. Ils avaient fait l'objet d'incessantes convocations devant le Conseil ou de perquisitions (1694, 1712). Surveillés de près, ils rechignaient tellement aux «visites» auxquelles les maîtres-jurés des maîtrises des tireurs d'or et des passementiers soumettaient toutes leurs importations et exportations de dorures, qu'il avait de nouveau fallu les rappeler à l'ordre en 1721[38]. Mais quelques mois plus tard, un nouveau «Règlemens sur la Manufacture en dorures» révolutionna tout le secteur en accordant aux négociants en dorures de s'établir «en un corps» distinct de ceux des artisans. Au terme de longues discussions, ils avaient en effet obtenu de ne plus devoir soumettre leurs marchandises aux maîtres-jurés, sinon pour le titre de ce qu'ils feraient fabriquer. De leur côté, les tireurs d'or et passementiers pouvaient désormais faire le négoce de leurs produits, à condition d'être Bourgeois ou Citoyens et de se faire inscrire sur le «Livre des Marchands». Mais, surtout, supprimant les «commis» sur les deux maîtrises (tireurs d'or et passementiers), le Conseil avait décidé de nommer trois de ses membres pour veiller globalement sur toute la manufacture de dorures. Par ce nouveau règlement, cette dernière se trouvait divisée en deux grandes catégories de personnes: d'un côté, les négociants en dorures et les marchands-fabricants (de fils d'or ou de passementeries et dentelles) – tous inscrits dans le Livre des marchands –, qui pouvaient à la fois acheter et vendre les matières premières et leurs produits et faire travailler tous les autres artisans; de l'autre, l'ensemble des artisans qui travaillaient sous les ordres des premiers (sans posséder de fonds propres, ni leurs matières premières, ni leurs outils). Une profonde scission s'était donc produite à l'intérieur des maîtrises des tireurs d'or et des passementiers entre ceux qui travaillaient pour leur compte (qui avaient ainsi rejoint le nouveau corps des négociants)[39] et ceux qui besognaient pour ces derniers[40]. Le corps des

37 Voir *Lüthy, 1959*, pp. 47–49. *Piuz et Mottu-Weber, 1990*, pp. 472–474.

38 AEG, RC 220, pp. 575–595, *passim* (1721).

39 La revendication des passementiers et des tireurs d'or de pouvoir travailler à leur compte lorsque les marchands n'avaient pas de besogne pour eux datait de la crise de la dorure de la fin du XVIIe siècle; grâce à ce nouveau règlement, certains d'entre eux, estimant avoir les reins assez solides pour affronter les risques d'une production et d'une commercialisation très coûteuses, devaient en principe pouvoir passer dans le camp des marchands. Mais furent-ils nombreux?

40 La liste en est longue: elle comprend tous ceux qui préparent les fils de soie (mouliniers, teintu-

négociants en dorures bénéficiait de l'appui du Conseil et de la Chambre du Négoce. On connaît encore mal ce qu'il advint de ce secteur durant les décennies suivantes. Mais il semble bien que l'activité artisanale s'y soit peu à peu effacée au profit du négoce des dorures étrangères. En 1756, les tireurs d'or travaillant pour leur compte se virent limiter la vente de leurs produits aux marchands de dorures locaux – à des prix imposés par ces derniers[41].

Une évolution semblable est perceptible à la même époque dans le secteur de l'apprêt des draps de laine importés de l'étranger. En 1719, les marchands drapiers se plaignirent du manque de souplesse dont faisaient preuve les ateliers de tondeurs: le nombre des compagnons étant fixé d'une manière rigide par les ordonnances de la maîtrise, durant les mois les plus favorables au frisage et au tondage, soit de mai à octobre, ils ne trouvaient souvent pas assez d'artisans qualifiés pour apprêter les draps qu'ils importaient du Dauphiné. La décision fut prise à ce moment-là de continuer de limiter le nombre des compagnons que chaque maître pouvait tenir. Elle montre que le Conseil tint surtout compte de l'avis des maîtres-jurés des tondeurs; mais quelques dérogations temporaires étaient prévues. Elles furent jugées insuffisantes par les marchands: en 1725, le bruit courut que 39 des 43 marchands drapiers avaient l'intention de former une société, qui n'était «pas une maîtrise», appelée «bourse commune», et qui avait pour but de défendre leurs intérêts. Quatre ans plus tard, le projet fut remis sur le métier: on apprend que le précédent avait échoué, parce que «ces Messieurs voulaient s'assembler sans être astreints à avoir un Seigneur du Conseil présent à leurs délibérations», ce qui avait été refusé par le Conseil. En 1731, enfin, le corps des marchands drapiers imposa à l'ensemble des teinturiers et des tondeurs une convention interdisant à ces derniers de travailler pour leur compte ou pour celui de marchands étrangers. Les marchands s'engageaient même mutuellement à ne plus donner d'ouvrage à ceux qui auraient teint et apprêté des marchandises envoyées par des marchands étrangers[42].

Relevons que dans la jeune maîtrise des «fabricants de bas» créée en 1722, les relations entre marchands et maîtres du métier ne tardèrent pas non plus à être extrêmement tendues, et le restèrent durant près d'un demi-siècle. Toutefois, si les nombreuses controverses qui firent l'objet de discussions à la

riers, dévideuses), ceux qui font les fils d'or et d'argent (tireurs, batteurs et batteuses d'or, écacheurs, «trancaneuses», «dévireuses», «dévideuses», «ajusteuses», fileurs et fileuses), ainsi que ceux qui les utilisent (les passementiers, «denteleuses» et, durant quelques mois, les «boutonniers et boutonnières», qui obtinrent bientôt leur propre maîtrise).

41 AEG, RC 221, 1722, *passim*; RC 256, pp. 218–220, 3 mai 1756. Bibliothèque publique et universitaire, Genève [BPU], Gf 797/I/7 (Règlement imprimé, 1727). Il est intéressant de remarquer que pour la première fois les droits perçus pour les inscriptions sur le Livre seront en partie utilisés «aux frais des poursuites judiciaires qu'il conviendra faire pour punir les malversations des ouvriers» et à récompenser les dénonciateurs.

42 AEG, RC 218, p. 235, 20 mai 1719; Commerce, A 4, pp. 159–164, août 1725; Commerce, A 5, pp. 4 et 80–81, convention du 27 décembre 1731.

Chambre du Négoce et au Conseil portèrent ici aussi sur certains privilèges qu'entendaient se réserver les marchands, la comparaison avec les situations décrites plus haut dans la dorure et la draperie s'arrête là: pour avoir le droit de commercer, les marchands non Bourgeois ou non Citoyens devaient en effet s'acquitter d'un «droit de protection» annuel. En vendant des bas importés de l'étranger (ou la laine et la soie qu'ils avaient fait filer dans leur boutique), les fabricants de bas, qui étaient en majorité des Habitants ou des Natifs, outrepassaient le droit qui leur était accordé de vendre leur propre production, et finissaient par faire du commerce sans payer le droit de protection. Il n'en reste pas moins que dans ce secteur, les maîtres artisans furent aussi de plus en plus soumis pour l'écoulement de leurs produits à des conditions dictées par des négociants qui pouvaient, eux, inonder le marché de bas et de bonnets étrangers moins chers[43]. Leur marge de manœuvre et de bénéfices finit par tellement s'amenuiser que lorsque les Habitants et les Natifs obtinrent le droit de négoce dans les années 1780, il était déjà trop tard pour sauver une branche de l'artisanat genevois qui n'intéressait plus grand monde[44].

Le changement d'attitude décisif que nous venons d'observer chez les marchands du début du XVIIIe siècle n'est guère étonnant si l'on se souvient que Genève s'était dotée à la fin du XVIIe siècle d'une Chambre du Négoce, où toutes les questions concernant la manufacture et le commerce étaient débattues, ainsi que d'un Règlement sur le commerce. C'est également à cette époque qu'avaient été établies plusieurs messageries et courriers et que furent lancées des enquêtes industrielles donnant lieu à des rapports circonstanciés sur l'état de la manufacture et du commerce[45]. La crise aidant, les tensions entre maîtrises et marchands étaient donc parvenues à leur comble.

b) La fin du système corporatif

Parmi les privilèges qui furent la cible des revendications populaires de la fin du XVIIIe siècle, ceux «des professions» tiennent une place importante à partir de la fin des années 1760[46]. Pourtant, bien que des propositions aient été maintes fois formulées en faveur de la liberté de commerce et d'entreprise, notamment en 1769 et 1784, l'exemple français de l'abolition des ju-

43 Maîtrise des fabricants de bas: BPU, Ms fr. 981, p. 203 ss (1722). Controverses: AEG, Commerce, A 6 et A 7, *passim*.

44 *Piuz et Mottu-Weber, 1990*, pp. 449–455.

45 Par exemple, les enquêtes de 1722 sur les manufactures, puis sur la tannerie: AEG, Commerce, A 4, pp. 1–3 et 14; mais également l'enquête sur les marchands étrangers, de 1696–1697, AEG, P.H. 3958 et *Mottu-Weber, 1985*, pp. 389–394.

46 La question des privilèges des Citoyens et Bourgeois, et de l'exclusion des Natifs et Habitants de certaines maîtrises, notamment de celle des horlogers, particulièrement importante au XVIIIe siècle, ne peut être traitée ici, faute de place. On se reportera à *Babel, 1916*, pp. 176–218 et *Piuz et Mottu-Weber, 1990*, pp. 400–402.

randes en 1776, puis en 1791, ne suffit pas pour déclencher le même processus à Genève[47]. Certes, les défenseurs du système corporatif admettaient que certaines réformes fussent nécessaires: les ordonnances de la plupart des maîtrises furent révisées entre 1785 et 1787 en fonction des nouveaux droits récemment accordés aux Natifs. Mais la Révolution genevoise de 1792 ne s'attaqua pas à l'organisation des métiers. Tout au plus, le Département des Arts procéda-t-il à de profonds changements dans l'organisation du travail, en remaniant en 1793 et en 1795 le regroupement des divers secteurs d'activité et en créant de nouveaux postes de commissaires, qui remplacèrent les traditionnels conseillers «commis» par le gouvernement à la surveillance des maîtrises[48]. Ses membres semblaient partagés entre la crainte de voir disparaître le système des maîtrises et la nécessité de prendre en compte les principes récemment énoncés dans la «Déclaration des droits et des devoirs de l'Homme social». L'un d'entre eux, le peintre Jean-Pierre Saint-Ours, trahit clairement cette ambiguïté dans le long rapport qu'il présenta au Comité législatif le 30 juillet 1794[49]. S'appuyant sur les articles XVII et XXVIII de la «Déclaration», il reconnaît que

> «l'aspect des réglements qui ont existé jusqu'à ce jour sur les professions qui sont soumises aux maîtrises, n'offre au premier coup d'œil qu'un dédale dont l'issue paraît difficile, souvent contradictoire, absorbant l'émulation plutôt que de la réveiller, et jetant sur des professions nécessaires un mépris injuste. Une infinité de ces réglements imposent des limites tout à fait inutiles et quelques maîtrises sont organisées comme des droits féodaux et détruisent par conséquent les heureux effets de leurs institutions».

Mais il ajoute aussitôt:

> «Votre commissaire (soit Saint-Ours lui-même), Citoyens, présuppose que l'institution des maîtrises, dont l'organisation imparfaite a rendu le nom odieux, ne peut être abolie mais doit travailler sur de nouveaux principes. Plusieurs de ces professions rendent ceux qui les exercent en quelque sorte des hommes publics, auxquels sont confiés la vie, la sûreté des citoyens, ainsi que la réputation de notre commerce. La confiance générale exige d'être assuré de leurs talents et de leur bonne foi. En conséquence, naît naturellement la nécessité des examens, des preuves, des engagements et des peines. D'autres, comme l'horlogerie, ont beaucoup de réglements inu-

47 AEG, RC 270, p. 205 (1769), RC 286, pp. 227, 510, 829 et 1060 (1784).

48 Voir AEG, Industrie, A 2, *passim* (1795–1796), AEG, G 192/31b, 5 mars 1795 (Rivoire 5164), et *Karmin, 1913*, p. 14 ss. On remarque toutefois que la tâche des «présidents» prévus par le règlement de 1795 est plus prospective que celle des anciens «commis»: ils sont chargés de prévoir des prix (récompenses) et des avances, et de s'enquérir des procédés employés dans d'autres pays.

49 AEG, P.H. 5418, «Rapport sur les arts et les professions...», publié par *de Herdt, 1989*, pp. 160–170.

tiles, qui doivent être remplacés par une belle émulation. Et sur toutes en général vous devez extirper ces gradations ridicules de professions à professions, qui ne ressemblent que trop à la société telle qu'elle était sous les monarchies, considérée depuis le trône jusqu'aux cabanes. Préjugé que les lois doivent attaquer vraiment, si l'égalité doit partout triompher».

Un peu plus haut, il s'était d'ailleurs résolument prononcé contre les grands ateliers, et avait préconisé des «primes civiques», des fêtes pour les professions et une «exposition publique annuelle de tous les talents»[50].

Du côté des maîtrises, répondant à une enquête lancée en 1793 par le gouvernement, les horlogers et les orfèvres avaient publié plusieurs mémoires dans lesquels ils exprimaient à la fois leur opposition aux grands ateliers et leur attachement aux avantages et aux privilèges que leur avaient toujours procurés leurs jurandes: si des abus s'étaient introduits dans certaines maîtrises, «c'est que nos Règlemens (avaient été) compilés par l'ancien Gouvernement & quelques personnes intéressées»; au contraire, des maîtrises dirigées selon les nouveaux principes de liberté et d'égalité œuvreraient pour le bien de tous et seraient un garant contre les inégalités[51]. Durant la période révolutionnaire, on vit même les ferblantiers et les tonneliers demander que leur métier fût érigé en maîtrise. En outre, plusieurs des initiatives du Département des Arts visant à créer de nouveaux établissements ou à soutenir ceux qui étaient en plein marasme furent freinées par de violentes réactions des maîtrises contre l'engagement d'artisans spécialisés qui n'avaient pas été «reçus maîtres».

Bien qu'on observe un relâchement certain dans la discipline et un regain du mécontentement des artisans de plusieurs métiers au cours des dernières années d'existence des maîtrises, ce n'est qu'au moment de l'annexion française en 1798 que ces dernières disparurent, en distribuant à leurs membres les fonds qu'elles possédaient[52].

Conclusion

La politique des maîtrises que nous avons cherché à observer entre les XVIe et XVIIIe siècles à Genève ne fut pas aussi monolithique qu'on le présente généralement. Dès le XVIIe siècle, en effet, sous l'action conjuguée des

50 Art. XVII: «La loi ne doit mettre à l'exercice des talens & de l'industrie d'autres limites que celles qui sont évidemment nécessaires pour assurer à tous les Citoyens la liberté de cet exercice, ou pour procurer le plus grand bien de la Société»; Art. XXVIII: «Tout homme est libre de disposer à son gré de ses biens & des produits de son industrie; sauf les cas où, pour le bien général, la Loi mettroit des limites à l'exercice de ce droit», *Ibidem*, p. 169, et pp. 162–163.

51 *Babel, 1916*, pp. 367–388. Mémoires: AEG, Collection Girod, 34/53 (Rivoire 3936), 34/58 (Rivoire 3965), et 34/60 (Rivoire 4052), mai–août 1793.

52 *Karmin, 1913*, pp. 54–67.

marchands-fabricants et du gouvernement, certains corps de métier furent amenés à modifier leurs ordonnances en fonction des conditions du marché international ou à accepter la présence dans la cité d'artisans étrangers auxquels on avait accordé des «privilèges». En outre, au début du XVIIIe siècle, réagissant à un durcissement de l'attitude des maîtrises, refusant désormais de devoir se soumettre à l'autorité des maîtres-jurés, des marchands-fabricants s'allièrent entre eux et se mirent à entretenir des rapports tout à fait nouveaux avec les maîtrises dont ils faisaient travailler les artisans.

Mais ces brèches dans le système furent-elles autre chose que des tentatives désespérées cherchant à sauver ce qui pouvait encore l'être de secteurs en déclin, en partie précisément à cause des réglementations trop strictes auxquels ils étaient soumis[53]? Parviennent-elles à faire oublier tous les inconvénients créés par tant de principes trop rigides et contraires aux intérêts économiques de la cité[54]? En outre, si le bilan économique de l'existence des maîtrises paraît négatif, le bilan social n'est guère meilleur, dans la mesure où les conditions requises pour être admis à l'apprentissage et à la maîtrise furent très souvent discriminatoires tant à l'égard des Natifs et Habitants qu'à l'égard des femmes. Obéissant d'abord à la volonté de monopole et de privilège économique qui sous-tend tout le système corporatif, ces pratiques furent ensuite portées à leur comble durant le XVIIIe siècle par le gouvernement aristocratique[55].

Toutefois, l'étude des pratiques sociales des maîtrises reste à faire. Elle consisterait à observer l'attitude du gouvernement et des maîtres-jurés dans tous les cas impliquant des Natifs, des Habitants et des femmes, ou encore des personnes dont la situation ne correspondait pas aux normes prévues par les ordonnances (âge, qualifications et cursus professionnels). Elle permettrait

53 Pourtant, dans l'horlogerie en pleine expansion du deuxième quart du XVIIIe siècle, les maîtres-jurés horlogers seront aussi amenés à accorder aux négociants ne faisant pas partie de leur maîtrise le droit de faire le commerce de leurs montres à l'étranger: BPU, Ms fr. 860 (env. 1738).

54 Pour ne citer que les traits principaux qui furent néfastes à l'économie genevoise à un moment ou à un autre: protectionnisme exacerbé; impossibilité pour les artisans de procéder à une concentration horizontale ou verticale de diverses branches ou étapes de la production, soit de mener de front différents types de production – par exemple, fabrication d'étoffes de soie et de passements, de passements de soie et de fil, de fils d'or et de fil de faux or, etc. –, ou de cumuler les différentes étapes de l'ouvraison d'une matière première: cardage, filage, teinture, tissage, pressage, etc., ce qui leur aurait permis d'adapter leur activité à la demande; mobilité géographique et sociale restreinte, interdiction de faire travailler dans la campagne environnante (qui est à l'origine du coût élevé de la main-d'œuvre, et par conséquent des produits genevois); résistance – dans l'horlogerie, notamment –, aux grands ateliers et aux «machines» qu'on ne cesse de proposer aux XVIIe et XVIIIe siècles (voir également le problème des grands métiers à navettes multiples dans la passementerie: *Mottu-Weber, 1992*).

55 Diverses mesures furent notamment proposées en 1755 en Conseil pour lutter contre l'augmentation du nombre des maîtres aspirant aux hautes professions et contre le manque d'ouvriers et de maîtres des professions inférieures: il s'agissait simplement d'augmenter – encore – pour les Natifs le prix de la maîtrise de ces hautes professions, et de priver les Habitants et leurs enfants du droit d'entrer dans ces maîtrises. Les maîtrises étaient donc clairement perçues ici comme un instrument commode de la politique du patriciat.

peut-être de nuancer l'impression que nous laisse la lecture des réglementations et de montrer comment ces institutions, pensées et créées à Genève au XVIe siècle, à une époque où le consensus social était renforcé par l'arrivée et l'accueil d'une minorité religieuse très active, s'intégraient décidément beaucoup plus difficilement dans le paysage économique, politique et mental du siècle des Lumières.

Références

Babel, Antony, 1916: Histoire corporative de l'horlogerie, de l'orfèvrerie et des industries annexes, Genève.

Babel, Antony, 1963: Histoire économique de Genève des origines jusqu'au début du XVIe siècle, 2 vol., Genève.

Binz, Louis, 1987: «Les confréries dans le diocèse de Genève à la fin du moyen âge», dans Le mouvement confraternel au moyen âge..., Actes..., Lausanne, 9–11 mai 1985, Rome, pp. 233–261.

Bodmer, Walter, 1960: Die Entwicklung der schweizerischen Textilwirtschaft im Rahmen der übrigen Industrien und Wirtschaftszweige, Zürich.

Braudel, Fernand, 1979: Civilisation matérielle, Economie et Capitalisme, t. II, Paris.

Bremme, Hans Joachim, 1969: Buchdrucker und Buchhändler zur Zeit der Glaubenskämpfe. Studien zur Genfer Druckgeschichte 1565–1580, Genève.

Chaix, Paul, 1954: Recherches sur l'imprimerie à Genève de 1550 à 1564. Etude bibliographique, économique et littéraire, Genève.

Davis, Natalie Z., 1966: «A Trade Union in Sixteenth-Century France», dans Economic History Review, 2nd ser., XIX, pp. 48–69.

Davis, Natalie Z., 1975: «Strikes and Salvation at Lyon», dans Society and Culture in Early Modern France, Stanford, pp. 1–16 (Trad. française: «Grève et salut à Lyon», dans Les cultures du peuple. Rituels, savoirs et résistances au 16e siècle, Paris, 1979, pp. 15-39).

Dubler, Anne-Marie, 1982: Handwerk, Gewerbe und Zunft in Stadt und Landschaft Luzern, Luzern/Stuttgart.

Geering, Traugott, 1886: Handel und Industrie der Stadt Basel. Zunftwesen und Wirtschaftsgeschichte bis zum Ende des XVII. Jahrhunderts, aus den Archiven dargestellt, Basel.

Hauser, Henri, 1913: Ouvriers du temps passé (XVe-XVIe siècles), Paris.

de Herdt, Anne, 1989: «Saint-Ours et la Révolution», dans Genava, n.s., XXXVII, pp. 131–170.

Karmin, Otto, 1913: Essai sur les dernières années du régime corporatif à Genève (1793–1798), Genève.

Kellenbenz, Hermann, 1972: «Les industries dans l'Europe moderne (1500–1750)», dans L'industrialisation en Europe au XIXe siècle. Cartologie et Typologie, Lyon 7–10 octobre 1970, Colloques internationaux du C.N.R.S. 540, Paris, pp. 75–114.

Lüthy, Herbert, 1959: La banque protestante en France de la Révocation de l'Edit de Nantes à la Révolution, t. I, Paris.

Maire, Marguerite, 1930: «L'organisation corporative à Genève, de la Réforme à l'annexion française», dans Etrennes genevoises, pp. 3–69.

Mottu-Weber, Liliane, 1985: «Marchands et artisans du second Refuge à Genève», dans Genève au temps de la Révocation de l'Edit de Nantes, 1680–1705, Genève.

Mottu-Weber, Liliane, 1989: «Les «Halles du Molard» du XVIe au XVIIIe siècle: contribution à l'étude de la politique douanière et fiscale de la Seigneurie de Genève», dans Revue suisse d'histoire, 39, pp. 371–421.

Mottu-Weber, Liliane, 1992: «Production et innovation en Suisse et dans les Etats allemands (XVIe-XVIIIe siècles», dans La Seta in Europa – secc. XIII–XX, Atti della XXIV Settimana di Studi, Prato, 4–9 Maggio 1992, à paraître.

Perrenoud, Alfred, 1979: La population de Genève du seizième au début du dix-neuvième siècle. Etude démographique, Genève.

Piuz, Anne-Marie et Mottu-Weber, Liliane et al., 1990: L'économie genevoise, de la Réforme à la fin de l'Ancien Régime (XVIe–XVIIIe siècles), Genève.

Piuz, Anne-Marie, 1985: A Genève et autour de Genève aux XVIIe et XVIIIe siècles, Lausanne.

Rivoire, Emile, et van Berchem, Victor, 1927–1935: Les sources du droit du Canton de Genève (cité S.D.G.), 4 vol., Aarau.

Sombart, Werner, 1919: Der Moderne Kapitalismus, 2 tomes en 4 volumes, Munich-Leipzig.

Das Überleben der Gewerbebindung im 19. und 20. Jahrhundert am Beispiel Deutschlands im Vergleich zur Schweiz

Gerd Habermann

1. Gewerbe- und speziell handwerksgeschichtlich haben sich in Deutschland Besonderheiten ergeben, die von der allgemeinen westlichen Entwicklung, speziell auch von der Entwicklung in der Schweiz stark abweichen. Von Deutschland kann bis heute in vieler Hinsicht ein Wort des Ökonomen M.J. Bonn gelten: «Der deutsche Kapitalismus hat die Idee der Zunft und des Ständestaates nie völlig überwunden, den Geist zünftlerischer Beschränkung, die Vorliebe für das Monopol, niemals abgestreift» (1930, S. 73).

Zunächst verlief die gewerberechtliche Entwicklung in etwa parallel zur Schweiz. Vom preussischen Gewerbesteueredikt (1810) bis zur gemeindeutschen Gewerbeordnung von 1869 machte die Gewerbefreiheit in Preussen und dann im Deutschen Reich ebensolche Fortschritte wie in den einzelnen Kantonen der Schweiz bis zur liberal-freihändlerischen Bundesverfassung von 1874. Um 1870 hatten wir in Deutschland einen die öffentliche Meinung dominierenden freihändlerischen Einfluss, der sich bis in die Beamtenschaft erstreckte. Es gab damals kaum jemand noch einen Pfifferling für gewerbliche Bindungen nach Art der alten Zusammenfassung. Einer der Führer der Freihändler – Viktor Böhmert – fasste damals die wesentlichen Argumente gegen die Zunftordnung sinngemäss mit den Worten zusammen (bei Rentzsch, 1866, S. 700): Obligatorische Befähigungsnachweise geben keinen sicheren Beweis für die Tüchtigkeit des Geprüften; sie sind oft nicht unparteiisch, sondern eher schikanös; sie verzögern unnötig die Verwertung der Arbeitskraft; sie verursachen hohe Opportunitätskosten (Aufwand von Zeit und Geld); sie sind keine Garantie für das anschliessende Fortkommen des Meisters; sie sind eine Ungerechtigkeit besonders gegen die kleinen Handwerksmeister, weil der Fabrikbetrieb und die freien Gewerbe von diesem Berufszugangshindernis verschont sind; die Reichweite ihrer Verbindlichkeit ist willkürlich festgesetzt: Der Glaser wird geprüft, der Glasschleifer und Spiegelfabrikant nicht; ebenso die Bäcker, Schlosser, Tischler, Drechsler, nicht dagegen die Konditoren, Maschinenfabrikanten, Architekten, Schiffbauer. (So war damals auch die Bekleidung des Fusses ‹Schuhmacher› zünftig; die der Hand ‹Handschuhmacher› frei.)

Wie später der Schweizer Ökonom Emil Küng (1954) sieht Böhmert den Haupteinwand gegen diese obligatorischen Prüfungen in dem Umstand, «dass die Prüfungen sich ... niemals auf die inneren moralischen Eigen-

schaften der zu Prüfenden erstrecken können ... Die Realität, die Pünktlichkeit, die Zuverlässigkeit, die Geschäftsumsicht, die Sparsamkeit und Genügsamkeit kann keine Prüfungskommission erforschen. Das sind aber die Haupteigenschaften eines tüchtigen vertrauenswürdigen Geschäftsmannes. Der geschickteste Bäcker und Fleischer kann gerade wegen seiner Schlauheit und Fertigkeit der feinste Betrüger und Fälscher sein». Andererseits könne ein tüchtiger Mann ohne solche Fachprüfungen die fehlende Fertigkeit durch gute Hilfsarbeiter, durch Maschinen, durch zweckmässige Arbeitsteilung ersetzen. Selbst wenn seine «innereTüchtigkeit» im Moment der Prüfung festgestellt werden könnte, es wäre damit noch nichts bewiesen für die Qualitäten einer zukünftigen Berufsausübung, für seine Bereitschaft zur ständigen Weiterbildung in einer gewerblich und technisch schnell fortschreitenden Zeit.

2. Dies ist ein eindrucksvolles kritisches Arsenal, das im allgemeinen ausreichte, um die Zunftordnungen definitiv zu Fall zu bringen. Es ist allerdings begreiflich, dass sich eine Berufsgruppe mit solcher Tradition wie die Handwerkschaft mit der Gewerbefreiheit anfangs weder in Deutschland noch in der Schweiz ohne weiteres abfinden mochte. Jahrhundertelang bevorrechteten Korporationen mit hoheitlichen Kompetenzen musste es als Zumutung erscheinen, lediglich in privaten Gewerbevereinen auf freiwilliger Basis, womöglich nur als «gutbürgerliche Vereinigungen zur Pflege von Geselligkeit und Tradition» (Anne-Marie Dubler) fortzubestehen. Schon 1848 gab es in Frankfurt einen imposanten Handwerkerkongress, der nicht weniger als eine Wiederherstellung der alten Zunftverfassung forderte. So die Beschränkung der Meisterzahl und der Anzahl der Lehrlinge, die Beschränkung jedes Meisters auf *ein* Gewerbe, die Beschränkung der Verwendung von Dampfmaschinen, das Verbot handwerklicher Arbeiten in Fabriken, die Besteuerung der Fabriken. Einige Extremisten forderten damals die Einführung einer «Fabrikantenprüfung», also die Überstülpung der Zunftverfassung auf das industrielle Gewerbe (Stieda, 1895, S. 249).

3. Tatsächlich gelang der gutorganisierten Handwerkerbewegung Deutschlands in einem jahrzehntelangen zähen Kampf die Wiederherstellung wesentlicher Teile der alten Zunftverfassung. Was einige absteigende Handwerksgewerbe (Sattler, Schuhmacher, Wagner, Friseure) in der Schweiz noch Anfang der fünfziger Jahre dieses Jahrhunderts zum bisher letzten Mal vergeblich versuchten, das konnte in Deutschland schon Jahrzehnte vorher erfolgreich zum Zuge kommen.

Der handwerkliche Neokorporativismus begann mit der Wiederherstellung des öffentlich-rechtlichen Charakters der Korporationen. Schrittweise gelang dann auch die Wiedereinführung des Konkurrenzschutzes (Titelschutz, Reservierung der Ausbildung für Meister, 1908). Ein protektioni-

stisch gesinnter Reichstag wollte der Handwerkerbewegung schon 1889 ein Hauptstück alter Zunft – die Beschränkung selbständiger Berufsausübung auf Meister, den in Deutschland sogenannten «Grossen Befähigungsnachweis» – zugestehen. Jedoch lehnte die Reichsregierung dies damals noch mit liberalen Argumenten ab. In einer Reihe von Novellierungen der deutschen Gewerbeordnung (1878, 1881, 1897, 1908, 1929 und schliesslich entscheidend unter dem Nationalsozialismus: 1933/35) wurde erneut ein berufsständisches Sonderrecht geschaffen. Die Bundesrepublik übernahm 1953 erstaunlicherweise diese Tradition, trotz Ludwig Erhard. So bietet sich in Deutschland das überraschende Bild, dass sich im handwerklichen Bereich gegenwärtig 127 «Zünfte» um die Sicherung und womöglich Ausdehnung ihrer gewerblichen Vorzugsstellung bemühen.

4. Die wesentlichen Vorrechte dieser modernen Zünfte sind Historikern aus den Zeiten vor der Gewerbebefreiung des 19. Jahrhunderts geläufig. Sie stellen insoweit einen Rückschlag auf vorliberale Zeiten dar, gewissermassen gewerberechtliche Archaismen. Hierzu gehören: 1. die Beschränkung der selbständigen Berufsausübung auf von den Zünften approbierte Meister. Ohne eine Meisterprüfung nach einem behördlich genau regulierten, unabdingbaren Ausbildungsgang ist eine selbständige handwerkliche Tätigkeit in Deutschland nicht mehr möglich. Diese Meisterprüfung geht über einen Sachkundenachweis weit hinaus; 2. jedem Gewerk ist ein bestimmer Tätigkeitskomplex monopolistisch zugestanden, der in einem «Berufsbild» beschrieben wird und staatlich festgesetzt und geschützt ist; 3. es sind die vor allem etablierten Handwerksmeister selber, die darüber bestimmen, was in dieser Prüfung zu leisten ist und also auch darüber, wieviele zusätzliche selbständige Anbieter an den Markt dürfen; 4. die Zwangsorganisation des Handwerks in öffentlich-rechtlichen Kammern. Im Unterschied zur Schweiz ist in Deutschland die Zwangsverkammerung des Gewerbes üblich. Nicht nur im Handwerk, auch in Industrie, Handel und bei vielen sogenannten Freiberuflern.

Im Bereich des «normalen» industriellen Gewerbes ist der Marktzugang weiterhin frei. Man darf ohne vorherige Staats- oder zünftige Prüfung Güter oder Dienstleistungen anbieten. Es sind jedoch besonders im Gastgewerbe und bei vielen noch nicht «geschützten» Dienstleistern die Bestrebungen stark, ebenfalls gesetzlich sanktionierte Berufsordnungen durchzusetzen. Dies geht bis «hinunter» zu den Fusspflegern. Selbst der Einzelhandel suchte bis zu einem ablehnenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts (1965) nach einer staatlich gesicherten Berufsordnung. Die Einzelhändlerorganisation wünschte einen obligatorischen Sachkundenachweis für einige -zig «Warenkreise» und setzte sich damit politisch auch zunächst durch.

5. Entscheidend für diese Entwicklung des Handwerks war die ausge-

zeichnete Lobby-Arbeit der organisierten Handwerkerschaft. Hinzu kam der in Deutschland traditionell besonders starke Drang, die Verbraucher zu schützen. Diese Tradition begann mit dem Polizeistaat des vorliberalen Zeitalters. Auch verwechselt man in Deutschland gern technische und ökonomische Effizienz.

Der obligatorische grosse Befähigungsnachweis scheint selbst den gegenwärtigen Deregulierungsstürmen zu widerstehen. Wenn freihändlerische Verbände wie z. B. die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer oder die allzu kecke Deregulierungskommission der deutschen Bundesregierung Auflockerungen der Handwerksordnung fordern, verlangt und erhält das organisierte Handwerk sogleich einen «Treueschwur» der führenden Politiker. Es ist hier ähnlich wie bei der Preisbindung im deutschen Buchhandel, dem Buchhändlerkartell, das vor einigen Jahren sein einhundertjähriges Bestehen feiern konnte, ohne auf nennenswerte öffentliche Kritik zu stossen – trotz des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen. Selbst das deutsche Bundesverfassungsgericht untersagte zwar die Bestrebungen zur Verzunftung des Handels, rechtfertigte aber ebenso wie der Bundeswirtschaftsminister Erhard – sonst ein leidenschaftlicher Kämpfer gegen Berufsordnungen – diese «Ordnung» des Handwerks.

6. Gegenargumente, die in letzter Zeit gegen diese «Ordnungen» zu hören sind, halten sich in der Linie der seit Adam Smith üblichen Begründungen. So der Hinweis auf die Diskriminierung tüchtiger Aussenseiter: der «Empiriker», Tüftler, «Spätberufenen», «Quereinsteiger», Branchenfremden. Einem Arbeitslosen, der auf die Idee kam, sich auf die Reparatur von Fahrrädern zu spezialisieren, wurde wegen fehlender «Zünftigkeit» der Betrieb geschlossen. Altbewährte Gesellen, selbst geprüfte «Industriemeister», können sich in Deutschland nicht ohne weiteres handwerklich selbständig machen. So stellt die Handwerksordnung einen Konkurrenzschutz zugunsten der «Altsassen», derjenigen, die «drinnen» sind, dar.

Mit der Knapphaltung der Anbieter werden die Preise und damit die Einkommen hochgehalten. Einen realen «Schutz» für das Handwerk als «Stand» insgesamt stellt diese Ordnung gleichwohl nicht dar. Die monopolistischen Berufsbilder erschweren die Anpassung. Das Denken in «Berechtigungen» vermindert die Sportlichkeit und die Elastizität der Meister. Das Angebot von Leistungskombinationen «aus einer Hand» wird stark erschwert. (Das organisierte Handwerk kämpft gegen den «polyvalenten» Handwerker) Dies sind Wettbewerbsnachteile.

Bizarr sind die Kämpfe um die Grenze der jeweiligen Berechtigungen, die jedem Historiker aus der Geschichte des spätmittelalterlichen Handwerks bekannt sind. So wird mit grösster Verbissenheit versucht, grenzüberschreitende Anbieter durch Gerichtsurteile vom Markt auszuschliessen. Die

Handwerker nennen sich gegenseitig «Schwarzarbeiter» oder «Pfuscher», wenn das eine Gewerk sich auf das Terrain eines andern begibt. Die Gerichte stehen vor der schwierigen, ja unlösbaren Aufgabe, «objektive» Grenzlinien zwischen Handwerk und Industrie, Handwerk und Handwerk, Handwerk und handwerksähnlichem Gewerbe, Handwerk und Kunst, Handwerk und Handel zu ziehen. Der Gesetzgeber gab nach langen Debatten im Bundestag den Versuch auf, eine gesetzliche Definition des Handwerks zu geben. Er führte stattdessen einen «dynamischen» Handwerksbegriff ein. Dies bedeutet, dass ohne feste Begriffsbestimmung von Fall zu Fall – mehr intuitiv – darüber bestimmt wird, was als Handwerk zu gelten hat und was nicht. Was gegenwärtig «Handwerk» ist, bestimmt die Nomenklatur der Anlage A der deutschen Handwerksordnung; daneben sucht eine Anlage B die anerkannten «handwerksähnlichen Gewerbe» zu systematisieren – eine problemtische Zweiteilung des Kleingewerbes.

7. Die Prozessflut, die sich aus dieser Rechtsunsicherheit ergibt, gehört zu den betrüblichsten Folgen dieser «Ordnung». Da kämpfen Zimmerer gegen Dachdecker um das Recht, Fassadenbekleidungen auszuführen; Maurer gegen Stukkateure um die Ausführung von Putzarbeiten; Schornsteinfeger gegen Kachelofenbauer um den Kaminbau für offenes Feuer; da kämpfen Handwerker gegen «handwerksähnliche» Gewerbetreibende, etwa um die Reinigung von Teppichböden (zünftige Gebäudereiniger gegen unzünftige Teppichreiniger). Es kämpfen Handwerker mit Händlern, zum Beispiel Raumausstatter mit Möbelgeschäften um das Recht der Anbringung von Jalousien; oder Handwerker mit freien «Dienstleistern»: Der Hausmeisterservice etwa berührt die Berufsbilder von wenigstens sechs Gewerken. Besonders heftig umkämpft sind naturgemäss die seit langem fliessenden Grenzen zwischen handwerklichem und industriellem Bereich: Bäckermeister und Brotfabrikanten bedienen sich oft derselben Maschinen. Ebensowenig sind bei den Werkzeugmachern und Maschinenbauern genaue Grenzen zwischen handwerklicher und industrieller Technik auszumachen. Durch die Computerisierung der Fertigung wird das Problem der Abgrenzung noch komplexer: Sie ermöglicht eine Fertigung von Grossserien zu Kleinserien – bis hin zum einzelnen Kundenauftrag. Weitere Streitigkeiten betreffen die sogenannte Ausnahmebewilligung, die, ungern und nicht sehr häufig erteilt, mehr oder weniger auf Willkür beruhen muss.

Die bedauerlichsten Folgen dieser Ordnung hat jedoch der Kunde zu tragen. Nicht nur sind Handwerksleistungen in der Regel knapp und teuer, sie sind auch oft nicht kundengerecht. Man darf einen Fliesenleger nicht darum bitten, gerade auch noch das Fenster zu richten, weil dies in das ausschliessliche Zuständigkeitsgebiet einer anderen Zunft fällt. Der Verbraucher greift zur Selbsthilfe: So wird die Entwicklung zur Eigenwirtschaft, zur Selbstver-

sorgung (enormes Wachstum der Heimwerker- und Baumärkte), die Ausdehnung der Schwarz- oder Schattenwirtschaft durch diese Ordnung gefördert. Wenigstens spielt – im Unterschied zu vielen Freiberuflern – bei den Handwerkern der Preiswettbewerb noch eine Rolle, soweit er nicht durch heimliche Absprachen ebenfalls ausgeschaltet ist.

8. Eine Erscheinung wie diese «Handwerksordnung» gibt es in solcher Perfektion und Ausdehnung in keinem anderen Land der Erde, wenn auch in vielen Ländern, auch in der Schweiz, Berufszugangsregelungen für einzelne Berufe existieren. In der Schweiz leistet möglicherweise die weitverbreitete, gegenwärtig heftig diskutierte Kartellierung teilweise Ersatzdienste. So gibt es innerhalb der Europäischen Gemeinschaft etwa in Belgien, Dänemark und besonders Luxemburg Ansätze zu analogen Erscheinungen. Andererseits herrschen in Ländern wie Grossbritannien, Frankreich, Italien (hier mit Ausnahme der politisch offenbar einflussreichen Friseure), in Portugal oder Spanien praktisch keine Regulierungen. So ist es bis heute grundsätzlich auch in der Schweiz. – Viele deutsche Politiker, zumindest aber die führenden Vertreter der deutschen Handwerksorganisationen, würden gern die «bewährte» deutsche Handwerksordnung auf die gesamte Europäische Gemeinschaft übertragen. Sie sprechen von der Handwerksordnung als erfolgreichem «Exportartikel». Gleichwohl ist die Importneigung unter liberal-marktwirtschaftlichen Ländern bisher gering.

Die deutsche Handwerksorganisation hat erreicht, dass auch EG-Ausländer in der Bundesrepublik nicht ohne weiteres handwerklich tätig werden dürfen – trotz «gemeinsamen Markt». Zwar muss der Franzose oder Italiener sich vor der Gewerbezulassung nicht der deutschen Meisterprüfung unterwerfen, er muss jedoch entsprechende langjährige praktische Tätigkeiten in seinem Heimatland nachweisen. Da die Handwerksmärkte überwiegend lokalen oder regionalen Charakter tragen, ist es zur Konkurrenz zwischen einheimischen und fremden handwerklichen Anbietern bisher vorwiegend in Grenzgebieten gekommen.

Unter dem Eindruck der wachsenden Kritik bemüht sich das Handwerk um gewisse Anpassungen dieser «Ordnung» (Zugangserleichterungen zur Meisterprüfung; Reduzierung der Anforderung an weitere Meisterprüfungen usw.). Diese relativ geringen Konzessionen verbinden sich jedoch mit dem Bestreben, neu entstandene Berufe der Handwerksordnung einzugliedern.

Der schweizerische wie der deutsche Freihändler wird sich wohl gegenüber allen Ordnungsbestrebungen dieser Art auf das Wort von Adam Smith berufen: «Die wahre und wirksame Aufsicht, die über dem Gewerbsmann geführt wird, ist nicht die der Zunft, sondern die seiner Kunden; die Furcht, ihre Kundschaft zu verlieren, ist es, die ihm vom Betrug abhält und seine

Nachlässigkeit zügelt. Ein Zunftmonopol schwächt notwendig die Kraft dieser Aufsicht.»

Literatur

Albach, Horst, *Deregulierung des Handwerks*, Wiesbaden 1992.

Bauer, Hans, *Von der Zunftverfassung zur Gewerbefreiheit in der Schweiz 1798–1874*, Basel 1929.

Bonn, M. J., *Das Schicksal des deutschen Kapitalismus*, 5. Aufl., Berlin 1930.

Deregulierungskommission (der deutschen Bundesregierung), *Marktöffnung und Wettbewerb*, Stuttgart 1991.

Geisendörfer, Ulrich, *Deregulierung und Reform des Handwerksrechts*, in: Gewerbearchiv, 1992, S. 361ff.

Gutersohn, Alfred, *Das Gewerbe in der freien Marktwirtschaft*, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin, München und St. Gallen, 1977, Bd. III, 2. Aufl., Zürich 1974.

Habermann, Gerd, *Die deutsche Handwerksordnung als Relikt der Gewerbebindung*, in: ORDO, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Bd. 41, 1990, S. 173ff.

Küng, Emil, *Der obligatorische Befähigungsausweis in der Schweiz*, in: Wirtschaft und Wettbewerb, Bd. 4, 1954, S. 117ff.

Rentzsch, Hermann (Hrsg.), *Handbuch der Volkswirtschaftslehre*, Leipzig 1866.

Schwappach, Jürgen (Hrsg.), *EG-Rechtshandbuch für die Wirtschaft*, München 1991.

Strieda, Wilhelm, *Der Befähigungsnachweis*, in: Schmollers Jahrbuch, Bd. 19, 1895, I, S. 219ff., II, S. 135ff.

Watrin, Christian, *Der Befähigungsnachweis im Handwerk und im Einzelhandel*, Dissertation, Köln, 1957.

Zentralverband des Deutschen Handwerks, Stellungnahme zu den Fragen der Deregulierungskommission, Bonn 1988.

Zentralverband des Deutschen Handwerks, *«Der grosse Befähigungsnachweis und die Handwerksordnung müssen erhalten bleiben»*, Argumente zur Handwerkspolitik, Heft 1, 1989.

Stümper, Zünfte und Landmeister
Einige Aspekte des Landhandwerks am Oberrhein vom 15.–17. Jahrhundert

Katharina Simon-Muscheid

1. Einleitung

Die Beschäftigung mit Landhandwerk ist ein relativ junger Trieb am Stamm der traditionellen Handwerksgeschichte, die sich lange Zeit nur auf die Städte konzentriert hat. Wer auf dem Land lebte und arbeitete, wurde kurzerhand als «Bauer» bezeichnet. An Handwerkern gestand man den Dörfern höchstens einen Schmied oder einen Müller zu; von den übrigen Landbewohnerinnen und Landbewohnern wurde angenommen, sie hätten ausschliesslich von agrarischen Tätigkeiten gelebt. Erst langsam beginnt sich das Bild zu ändern:

Bei der Frage nach der gewerblichen Warenproduktion wird nun auch das Land einbezogen, das Problem der Stadt-Land-Beziehung weitet den engen, ausschliesslich auf die Städte gerichteten Blickwinkel, und aus den «Bauern auf dem Land» wird zunehmend eine differenzierte ländliche Gesellschaft. Es steht somit ein neues Forschungsfeld (Reininghaus 64–75) offen, in dem zunehmend auch das Landhandwerk und seine Organisationsformen seinen gebührenden Platz als Forschungsgegenstand erhält[1].

Hinter der im 18. Jahrhundert formulierten Maxime, wonach gewerbliche Produktion ausschliesslich Angelegenheit der Städte sei, und die agrarische ebenso ausschliesslich aufs Land gehöre, verbirgt sich eine fast dreihundertjährige Auseinandersetzung über die für Stadt- bzw. Landbewohner wünschbaren Lebens- und Wirtschaftsformen. Der Diskurs darüber wird geführt von den Beteiligten selbst, nämlich den städtischen, mit Zunftprivilegien ausgestatteten Handwerkern, den Landhandwerkern aus Landstädten und Dörfern, den Verlegern, Konsumenten sowie den jeweiligen Obrigkeiten, die sich um das wirtschaftliche Gedeihen ihrer Städte oder Untertanen auf dem Land zu kümmern haben. Neue Produktionsformen wie Verlag und Manufaktur und neu aufkommende Gewerbe bilden dabei – als wirtschaftliche Freiräume willkommen geheissen oder als Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz verdammt – zusätzlichen Konfliktstoff[2]. Im 16. und vor allem im 17. Jahrhundert

1 Der neueste Forschungsüberblick findet sich bei Reininghaus mit dem bezeichnenden Titel «Das Handwerk auf dem Land, ein spätes Thema der Forschung» mit weiteren Literaturangaben.

2 Die Zünfte des 16. Jahrhunderts werden auch in der neueren Forschung mehrheitlich als «Fortschrittsfeinde» und Verhinderer wirtschaftlicher Innovationen negativ beurteilt, während die Unternehmer die Sympathie der Historiker geniessen.

existieren im Bereich des Oberrheins in der Praxis die verschiedenen Wirtschaftsformen nebeneinander. Dass dabei alle Beteiligten, d.h. Stadtzünfte, Landhandwerk, Verleger und Manufakturbesitzer aus unterschiedlicher Optik und von einer unterschiedlichen Legitimationsbasis aus gegen ihre Konkurrenten argumentieren, die die althergebrachte zünftige bzw. die neue «kapitalistische» Wirtschaftsform vertreten, versteht sich von selbst. Fraglich scheint mir dabei, ob das bisweilen überstrapazierte Konzept der Protoindustrialisierung[3] diesen unterschiedlichen, oft gegenläufigen Prozessen, wie wir sie 16. und 17. Jahrhundert vor uns haben, und vor allem einer differenzierten, stark hierarchisierten ländlichen Gesellschaft überhaupt gerecht werden kann, ohne gerade diese Aspekte zu vernachlässigen[4]. Unbestreitbar spielen Landhandwerker und Unqualifizierte (und die Frauen in Stadt und Land) hier eine zentrale Rolle als Arbeitskräftereservoir oder – von den zünftigen Meistern und Gesellen her betrachtet – als Konkurrenz.

2. Landhandwerker als «Störer»?

Eine Konstante zieht sich durch die Geschichte der gewerblichen Stadt-Umland-Beziehung, nämlich das Bemühen der Zunftstädte, das Landhandwerk in Abhängigkeit zu halten oder wenigstens unter städtische Kontrolle zu bringen[5]. Parallel zur Abwehr des Landhandwerks läuft in reformierten Gebieten der Kampf gegen das Klosterhandwerk, der nicht nur in den Städten, sondern auch in deren Untertanengebiet geführt wird. Ein probates Mittel, die Ansiedlung von Landhandwerk und die «Abwanderung» von Rohmaterial aus der Stadt zu verhindern, besteht in der Ausdehnung des städtischen Bannmeilenbezirks, innerhalb dessen der Aufkauf von Nahrungsmitteln, Vieh und Rohmaterial (Garn, Flachs, Leder usw.) untersagt wird, wie dies Kiessling am Beispiel der oberschwäbischen Städte klar aufzeigen kann (Kiessling 40ff.). Ob sich solche Verbote innerhalb eines Bannmeilenbezirks, der eine Zwei- bis Zehn-Meilen-Zone umfassen kann, auch tatsächlich durchsetzen lassen, hängt ab von den wirtschaftspolitischen Interessen einzelner Gruppierungen und der Ausdehnung des Herrschaftsgebiets einer Stadt. Der «kleine Grenzverkehr» lässt sich jedoch nicht unterbinden. In Strassburg,

3 Das von Kriedte, Medick, Schlumbohm nach Mendels weiterentwickelte Konzept der Protoindustrialisierung berücksichtigt weder das Landhandwerk als solches angemessen noch seine Organisationsformen, noch die Tatsache, dass Landhandwerker (verlegt oder nicht) ein spezifisches Handwerkerbewusstsein besitzen, das in ihren kollektiven Handlungen zum Tragen kommt.

4 Ob die von Pfister bemängelte «bescheidene Rezeption des internationalen Forschungsgeschehens» oder «die spezifisch schweizerische Gesprächskultur» schuld daran ist, dass das Konzept der Protoindustrialisierung nicht breiter rezipiert wird, oder ob diesem andere (ebenso internationale) Forschungsansätze vorgezogen werden, bleibe dahingestellt.

5 Zur Komplexität der Stadt-Land-Beziehungen und der Beziehung Bauer-Städter Graus; die wirtschaftlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten werden thematisiert in den Sammelbänden «Stadt und Umland», «Zentralität» und «städtisches Um- und Hinterland»; vgl. Bibliographie.

Freiburg und Basel tragen im 15. und zu Beginn des 16. Jahrhunderts nachweislich Frauen und Landweber Garn und Wolle zur Verarbeitung aus der Stadt aufs Land und Tuch zum Verkauf wieder herein. Auch die Bemühungen, spezielle Techniken für das städtische Handwerk zu reservieren, sind nicht unbedingt von Erfolg gekrönt. Die Verbote, Nichtzünftigen ausserhalb der Stadt bestimmte Techniken beizubringen oder spezielles Werkzeug zu reparieren, bestätigen bloss, das dies in der Praxis geschieht[6].

Damit verbindet sich auch das Bestreben der Zunftstädte, sämtliche Landhandwerker der umliegenden Dörfer oder innerhalb ihrer gesamten Bannmeilenzone dem Zunftzwang zu unterstellen. Auf diese Weise können diese zwar «legal», jedoch zu weitaus schlechteren Bedingungen als ihre städtischen Kollegen die benötigten Rohstoffe erwerben und die städtischen Institutionen (z.B. Walke, Mühlen usw.) in Anspruch nehmen. Gelingt dies nicht, so werden sie kurzerhand als «Störer», «Stümper» oder «Pfuscher» bekämpft, deren Qualifikation als ebenso minderwertig gilt wie ihre Produkte.

Als «Stümper» bezeichnet werden unausgelernte, unqualifizierte Gesellen, deren Unfähigkeit, das verlangte Meisterstück anzufertigen, sie von der Zunft ausschliesst und dazu zwingt, ihr Dasein durch die Herstellung minderwertiger Ware und durch Flickarbeiten auf dem Land oder in der Stadt zu fristen, und die von Meistern und Gesellen gemeinsam verfolgt werden. Bräuer stellt jedoch neben der allgemeinen Ablehnung im sächsischen Raum eine Art resignierter Duldung der Störer fest (Bräuer 1989, 70f.). Als Indizien führt er an, dass seit 1530 die Anzahl der Dorfhandwerker fixiert, und dass aus existentiellen Gründen eine kurzfristige Betätigung von Gesellen auf dem Dorf akzeptiert wurde, sofern sie mit den städischen Gesellen in Kontakt blieben[7].

Die Klage gegen «Störer» ist der bekannte Tenor zahlreicher Petitionen und Beschwerdeschriften der zünftigen, städtischen Handwerker an ihre Obrigkeiten, die darauf abzielen, jeder Konkurrenz auf dem Land das Handwerk zu legen. Argumentiert wird in solchen Fällen mit dem negativ qualifizierenden Begriff des «Störers», der gleichermassen auf wirkliche «Störer» auf dem Land und in der Stadt, auf Landhandwerker allgemein, aber auch auf weibliche Arbeitskräfte angewendet wird, wenn es gilt, den Monopolan-

6 Zu den «unerlaubten Geschäftsbeziehungen» zwischen zünftigen Webern und Landwebern gehört z.B. Einrichten eines Schürlitzgeschirrs, Reparatur eines Schürlitzblattes usw., für Basel Simon-Muscheid (1986), 169–175.

7 Übersetzung im städtischen Handwerk führte nach Bräuer 1989 dazu, dass Gesellen die Grenzen des zünftig geregelten Handwerks überschritten: «Ihr Weg führte sie dann unweigerlich in die Kategorie der Störer – einer Gruppe von Warenproduzenten, die ausserhalb von Zunftbindungen «frei» produzierten, häufig verlagsabhängig waren, im 15. und 16. Jahrhundert bei Zünften, Stadträten und Landesherren für immense wirtschaftspolitische Aufregung sorgten, selbst aber oft genug das Leben von Ausgestossenen und Gejagten führten» S. 69.

spruch einer städtischen Zunft zu sichern[8]. Ein weiterer toposartiger Klagepunkt in dieser «Quellengattung» betrifft die angeblich schlechte Qualität der ländlichen Produktion, die den zünftigen Normen nicht entspreche und somit der Ehre des Handwerks und damit der gesamten Stadt abträglich sei. Damit verband sich immer wieder die Forderung, auf dem Land, d.h. frei von Zunftschranken entstandene Produkte seien wie die städtischen vor dem Verkauf der städtischen Schau zur Qualitätsprüfung vorzulegen. Die zweite Argumentationlinie zielt auf die niedrigeren Produktionskosten auf dem Land, die billigeren Arbeitskräfte und – als Folge davon – auf das Unterbieten der städtischen Meister ab. Die zünftigen Meister würden an den Bettelstab gebracht, da ihnen durch die Konkurrenz der Landhandwerker und Störer «das Brot vor dem Maul abgeschnitten werde»[9]. Die angeführten Argumente brachten die Weberzünfte der Städte Strassburg, Basel und Freiburg i.B. am Ende des 15. Jahrhunderts gleichermassen gegen Landweber, «Störer», unzünftige Frauen aus dem Laienstand, Nonnen und Beginen in Stadt und Land vor. Im Unterschied zu den reformierten Städten Strassburg und Basel dauerte im katholisch gebliebenen Freiburg die Auseinandersetzung zwischen Stadt- und Klosterhandwerk weiter an.

Kehren wir nochmals zurück zum Problem der «qualitativ schlechten» Arbeit der Landhandwerker. Diese pauschale, von der städtischen Konkurrenz in Umlauf gesetzte Aussage ist mit Vorsicht zu behandeln; es lassen sich zahlreiche Gegenbeispiele anführen: Die Chemnitzer Schneiderzunft etwa erliess im 17. und 18. Jahrhundert mit landesherrlicher Hilfe eine Bestimmung, wonach die Dorfschneider nur graues Alltagsgewand und Kittel herstellen durften. Die Landmeister nahmen dies jedoch überhaupt nicht zur Kenntnis, unterstützt von den adeligen Herren, die ihre Dorfhandwerker, von deren gewerblicher Produktion sie profitierten, gegen die Ansprüche der Zunft in Schutz nahmen (Bräuer 1992, 42f.). Dieses Beispiel zeigt eine Allianz zwischen Adel und Landhandwerk gegen die städtische Zunft, gegen die sich ihre gemeinsamen wirtschaftpolitischen Interessen richteten[10].

Im Unterschied zu Strassburg suchte die kleine Basler Weberzunft, ihr Monopol durchzusetzen und die Landweberei innerhalb und ausserhalb ihres Untertanengebiets zu unterdrücken. Dies hinderte jedoch schon im 15. Jahr-

8 Die Bezeichnung «Begine» wird seit dem Ende des 15. Jahrhunderts in polemischer Absicht auf unzünftige webende Konkurrentinnen ausgedehnt. Implizit schwingt hier der Vorwurf der Liederlichkeit, Falschheit, Häresie usw. mit, vgl. Rippmann/Simon-Muscheid.

9 StaBS Handel und Gewerbe LL (Leinen und Wollweber, Leinenfabrik 15. Jh. – 1935), Nr. 27, Mitte 17. Jahrhundert. Dieses besonders beliebte Bild wird in den Supplicationen oft verwendet, um der Obrigkeit die Konkurrenzsituation möglichst drastisch vor Augen zu führen.

10 Zur Qualität des Landhandwerks auf der Zürcher Landschaft Dubler. Als schärfste Konkurrenz denunzieren Strassburger Weber ehemalige Mitmeister, die Zunft und Bürgerrecht freiwillig aufgegeben und sich auf dem Land angesiedelt hätten, weil sich ihre Ware dort billiger produzieren und leichter absetzen liesse.

hundert einzelne Verleger nicht, über alle Zunftbestimmungen hinweg, Landweber und Frauen für sich arbeiten zu lassen. So durchbrach der Basler Kaufmann und Teilhaber des bedeutendsten Handelskonsortiums, Ulrich Meltinger die zünftige Monopolstellung. Er beschäftigte 26 km entfernt von Basel im elsässischen Hirsingen ein Weberehepaar, das für ihn Wolltuch herstellte und färbte, im bedeutend näheren Hüningen ein weiteres Weberehepaar und im elsässischen Sierentz einen Schneider – dies alles unangefochten von der Zunft (Rippmann 1990, 184–187).

Dass Landweber von einem weberzünftigen Basler Färber und Verleger für die anspruchsvollere Vogelschürlitzproduktion eingesetzt wurden, erbitterte die Zunft besonders, denn gerade der Vogelschürlitz verhalf der wirtschaftlich schwachen Zunft in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts kurzfristig zu einem wirtschaftlichen Aufschwung[11]. Garnspinnerei, Färberei, Weberei und vor allem die ländliche Vogelschürlitzproduktion, die Männer und Frauen auf der Basler Landschaft betrieben, veranlassten die Basler Weberzunft zum Eingreifen. In einer Beschwerde an den Rat listeten sie die Verstösse gegen ihre Zunftordnung auf, deren sich der besagten Verleger/Färber schuldig gemacht hatte. Sie argumentierten mit der Tatsache, dass der ländliche Vogelschürlitz als «Fälschung» des zünftigen nicht «nach ordnung und gebruch» aus Baumwolle, sondern aus Schafwolle hergestellt und unter Umgehung der städtischen Schau verkauft werde. Ein weiterer Klagepunkt gegen den Färber/Verleger betraf die Bestimmung, wonach er kein Garn, das ihm im Umkreis von fünf Meilen (40 km) oberhalb und unterhalb der Stadt zum Färben zugeschickt werde, zu Vogelschürlitz verarbeiten dürfe. Beanstandet wurde zudem auch die Qualität des durch Landweber gefärbten Garns, das ebenso wenig wie die erwähnte Vogelschürlitzimitation der städtischen Schau zur Qualitätsprüfung vorgelegt werde (Rippmann 1990, 186f.; Simon-Muscheid 1988, 173ff.). Die Klage lautet wie folgt: «Denn etlich weber uff dem land so vogelschurlitz machen, wenn gott ir einen eins pfunt garns berotet (= geraten lässt), so machen sy vogel schurlitz darus und kompt doch nit uff die schouw, als unser garn, und wenn er schon nit gnuog geferwet und darzu nit werschafft, so tragen sy es doch in dise Stat Basel, und verkouffen in fur Basel schurlitz»[12]. Der Fall zeigt, dass die Landweberschaft durchaus fähig war, die städtische Zunft auch auf dem Feld der «Spezialitäten» zu konkurrenzieren, und dass mit Hilfe eines Verlegers der Vertrieb an der Zunft vorbei funktionieren konnte. Dieser Versuch, auf der Basler Landschaft ver-

11 Von «gewöhnlichen» Schürlitzwebern auf der Landschaft und in Lörrach ist die Rede im Zusammenhang mit Zunftbussen, die verhängt werden, weil städtische Webermeister diesen Schürlitzgeschirr einrichten oder reparieren, Simon-Muscheid, 1988, S. 386f.

12 StaBS, Handel und Gewerbe LL, Leinen und Wollweber, Leinenfabrik 15. Jahrhundert – 1935. Der beste Überblick über die Entwicklung der Basler Textilindustrie findet sich immer noch bei Geering; zur Schweiz allgemein bei Bodmer.

lagsmässig zu produzieren, scheiterte am Widerstand der städtischen Weberzunft, die sich die Tatsache zu Nutze machte, dass die Stellung der Rieher-Dynastie, die sich als Färber, Verleger und Politiker betätigte, durch ihre Verwicklung in einen übeln Finanzskandal geschwächt war.

Die Klagen über die Konkurrenz in den kranzförmig um die Stadt gelegenen Dörfern Muttenz, Pratteln, Riehen, Hüningen, Oberwil und dem Städtchen Lörrach, die nur zum Teil zum Untertanengebiet gehörten, brachen nicht ab. In einer «Supplication» von der Mitte des 17. Jahrhunderts beschwerte sich die Basler Weberzunft über «ausländische Webergesellen», die eine Zeitlang für städtische Meister gearbeitet und sich in einer bequemen Distanz zur Stadt «husheblich» niedergelassen hätten, die ihnen ermögliche, einen Kundenkreis in der Stadt an sich zu ziehen und Garn in Säcken und Krätzen auszuführen. Ein Mittel, wie diesem Missstand anzuhelfen sei, schlugen sie gleich selbst vor. Nach dem Vorbild der Städte Freiburg i. Ü. und Solothurn sollten Bürger, die ausländische Weber engagierten, unter Strafe gestellt, und die Niederlassung fremder, unzünftiger Weber auf Basler Territorium grundsätzlich nicht mehr zugelassen werden[13].

Auf diese Weise wurden von den Handwerkszünften immer neue Gruppen von Konkurrenten als «Störer» diffamiert. Das Spektrum umfasste Männer und Frauen, Meister und Gesellen, einheimische Landhandwerker, Refugianten, Fremde und «Welsche». Parallel dazu fand eine immer rigidere Ausgrenzung von Frauen, «Unehrlichen», «Unehelichen» usw. statt, denen der Zugang zum zünftig normierten Handwerk gar nicht gestattet wurde. Durch Verweigerung von Niederlassung und Bürgerrecht, Bestrafung unerlaubter «Arbeitsbeziehungen» und die Einrichtung von Schwellen (Wanderzeit, Meisterstück), deren Überwindung auch für Gesellen immer problematischer wurde, schufen die Zünfte einen immer weiteren Kreis von «Störern» in der Stadt und vor allem auf dem Land.

3. Organisationsformen und kollektive Aktionen der Landhandwerker

Handwerkerorganisationen beschränkten sich keineswegs nur auf die Städte; wirtschaftliche, soziale und – nicht zuletzt – bruderschaftliche Zusammenschlüsse waren auf dem Lande nicht weniger überlebensnotwendig als in der Stadt. Besonders auf solche Zusammenschlüsse angewiesen waren wenig sesshafte Berufsgruppen wie z. B die Kessler, deren Arbeit es mit sich brachte, dass sie über Land zogen[14]. Untersucht sind die überregionalen Bündnisse

13 Handel und Gewerbe, wie Anm. 12, Stück 27.

14 Spezielle Literatur zu den Kesslerkreisen bei Schulz. Die eidgenössischen Kessler treten in ihren Petitionen an die Tagsatzung als regional organisierte Gruppen auf. Die Grenze zwischen «ehrbaren» Kesslern, umherziehenden Kesselflickern und Randständigen ist fliessend, wie die Literatur über Randgruppen zeigt.

der Meisterschaften teils gemeinsam mit den Gesellen für die Bereiche des Ober- und des Mittelrheins; sie gehen auf das 14. oder das 15. Jahrhundert zurück[15]. Aber nicht nur die auf Stadt und Land gleichermassen orientierten Handwerker wie Kessler und Kupferschmiede, Sattler, Hafner, Seiler und Wagner, Scherer, Ziegler, Zimmerleute, Barettmacher- und Hosenstricker kannten überregionale Organisationsformen, auch Fahrende und Randständige wie Spielleute und Bettler organisierten sich nach demselben Modell[16]. Der Geltungsbereich der oberrheinischen Handwerkerbünde wird z.B. für die Zieglermeisterbruderschaft folgenderweise umschrieben «in den stetten, dorffern oder auf dem lande zwischen Strassburg und Basel», d. h. Stadt- und – ausdrücklich erwähnt – Landmeister gehören der Bruderschaft an[17]. Solche interregionalen oder auf einen kleineren Raum beschränkten Verbindungen kommen zustande auf Initiative der Handwerker selbst oder auf Initiative des Landesherrn wie beispielweise in Baden, wo Markgraf Christoph den Kesslern ihren alten Landesverband bestätigt und für die Hafner seines Territoriums 1512 sogar einen stiftet, während er alle andern existierenden Handwerksbünde auflöst und keine zünftigen Organisationsformen duldet (Gothein 404ff.).

Was das Baselbiet, das Untertanengebiet der Stadt betrifft, so finden wir für das 15. Jahrhundert noch keine Hinweise auf ein organisiertes Landhandwerk. Die Existenz eines spezialisierten Landhandwerks lässt sich jedoch in grosser Dichte seit dem späten Mittelalter nachweisen, wenn wir einmal von den spärlicheren Angaben aus dem Hochmittelalter und den archäologischen Befunden absehen. Die städtischen Rechnungen (Harms, Ausgabebücher) verzeichnen seit den 1360er Jahren nach Stadt und Ämtern getrennt pro Jahr die einzelnen Ausgabeposten[18]. Seit der Mitte des 15. Jahrhunderts erscheinen darin regelmässig – nach Ämtern getrennt – Ausgaben für Wagner, Karrer, Schmiede, Hafner, Maurer, Dachdecker, Ziegler, Seiler, Glaser, Tischmacher und Hammerschmied. Spätestens seit dem 18. Jahrhundert streiten sich Stadt- und Landhandwerker um die anfallenden Reparaturen und Ausbauarbeiten an den als Vogteien genutzten mittelalterlichen Schlössern, die beide für sich beanspruchen[19]. Der Einsatz einer Gruppe

15 Für den Oberrhein Schulz, für den Mittelrhein Göttmann.

16 Graus 1989, S. 236 betont, dass dieser «Zug zur Kollektivisierung» sich nicht auf eng begrenzte Gebiete und Gruppen beschränkte, sondern gerade im Spätmittelalter die Grenzen lokaler Gemeinschaften überschritt.

17 Schulz 175. Nicht nur auf die überregionalen Gesellenorganisationen, sondern auch auf diejenigen der Meister reagieren die jeweiligen städtischen Obrigkeiten mit Misstrauen und Ablehnung. Sie befürchten eine Aushöhlung ihrer Gerichtshoheit durch die Unterstellung der Handwerker unter einen fremden Oberherrn.

18 Als kleinere Einheit sind die im Staatsarchiv Basel erhaltenen Wochenausgabebücher zu nennen, StaBS, Finanz G.

19 Besonders heftig wird dieser Streit zwischen Stadt- und Landhafnern ausgetragen. Ich danke an

fremder Saisonarbeiter, die um 1500 im fürstbischöflichen Amt Birseck einen Teich bauen, bietet Einblick in Organisation und Arbeitsverhältnisse einer «Grossbaustelle» auf dem Land (Rippmann 1992). Landweberinnen und Landwebern treten, wie wir gesehen haben, seit dem Ende des 15. Jahrhunderts als Konkurrenz in Erscheinung.

Wenn wir davon ausgehen, dass hinter kollektiven Petitionen von Landhandwerkern eine «Berufsorganisation» steht, die die gemeinsamen Interessen formuliert und nach aussen vertritt, so können wir organisiertes Landhandwerk auf der Basler Landschaft bis in die 80er Jahre des 16. Jahrhunderts zurückverfolgen. Denn Petitionen und «Supplicationen» sind das Ergebnis gemeinsamer Beratungen, bei denen die einzelnen Gravamina gesammelt und diskutiert werden. Das Landhandwerk hat sich noch nicht als Zünfte oder Bruderschaften konstituiert, sondern es ist «die Meisterschaft» einer Landstadt oder eines Amtes (mit immerhin 15 bis 20 Dörfern), die gegen aussen auftritt[20]. Als frühes Beispiel ist die Supplikation der 4 Liestaler Müller von 1580 zu nennen, die sich durch die städtische Müllerordnung finanziell derart benachteiligt fühlen, «dass uns derselbigen, als gestracks zugeleben und nachzukommen, nit müglich, mit underthenigster bitt, uns darüber einen uffschlag, die sachen weiters zu bedencken, zu bewilligen». Dieser «uffschlag» bedeutet nichts anderes als eine Bedenkfrist, innerhalb deren sie versuchen, die unterschiedlichen Interessen der vier Beteiligten unter einen Hut zu bringen[21].

Kollektive Petitionen werden auch von verlegten Landmeistern eingereicht, die für städtische Verleger arbeiten. Sie unterscheiden sich in nichts von denen selbständiger Meister, sondern sind Ausdruck eines ausgeprägten «handwerksmeisterlichen Selbstbewusstseins» und eines starken Gefühls für Handwerksehre[22], so z. B. die verlegten Liestaler Hosenstrickermeister 1678, die von Baslern auf dem Liestaler Markt öffentlich als «Stümper» diffamiert werden (siehe Kap. 4), und 1687 die in der «Strumpffabrique» beschäftigten Strumpfstrickermeister der Ämter Liestal, Homburg und Farnsburg, die sich gemeinsam gegen Lohnabbau zur Wehr setzen (Geering 622).

Den «Schutz des einheimischen Handwerks» dehnte die Basler Obrigkeit während des Dreissigjährigen Krieges 1627 auch auf die Landmeister aus: «Umb die rechte Gebeur die Unserer Landen gesässene ausgelöhrte Handtwerkhsleut, so rechte bekhandte Meister, andern frembden sollen vorgezo-

dieser Stelle Christian Simon, der mir für diese Arbeit freundlicherweise seine reichhaltige Exzerptsammlung aus den Basler Kleinratsprotokollen zur Verfügung gestellt hat, in denen sich wichtige Informationen zum Landhandwerk des 17. bis 18. Jahrhunderts finden lassen.

20 In Erscheinung treten sie im Kontakt mit der städtischen Obrigkeit oder mit Zünften. Über ihre Funktion innerhalb der ländlichen Gesellschaft fehlen bis jetzt Untersuchungen.

21 StaBL Altes Archiv, Bd. 33, Nr. 18. Diese Information verdanke ich Niklaus Landolt.

22 Zur Definition von Handwerksehre und Reaktionen auf Ehrverletzung Simon-Muscheid 1991.

gen und gebrucht werden.» Sie griff damit zugunsten ihrer ländlichen Untertanen ein, um einem Mangel an qualifiziertem Nachwuchs unter den Stadt- und Landhandwerkern vorzubeugen. Dieser wurde befürchtet, weil Städter und ländliche Untertanen sich weigerten, ihre Kinder zu fremden Handwerkern in die Lehre zu schicken: «Weiln jerlich allerhandt frembde Handtwerkhsleut in nicht geringer Anzahl dass Landt überfüllen und nit allein denen Unss angehörigen wolerfahrenen Meistern gleichsamb dass Broth vor dem Maul abschneiden, sonder gewonlichen also betrügenliche Arbeit machen, so eintweders khein Bestandt oder durch die Unserige hernacher zue verbessern» (Schnell II, Nr. 71). Der Tenor einer Petition von Landmeistern schimmert hier eindeutig durch; ungewöhnlich ist, dass Stadt- und Landhandwerk am gleichen Strick ziehen, weniger die Tatsache, dass sie den «Fremden» pauschal die Rolle der unqualifizieren Störer zuweisen.

Eigentliche Zunftgründungen im Untertanengebiet scheinen erst im 18. Jahrhundert vorgenommen worden zu sein. Diese erregen den Zorn der Obrigkeit besonders, weil sie eigenmächtig erfolgt und offensichtlich von einzelnen Landvögten geduldet worden sind. Das Schlossbuch des Amtes Münchenstein enthält dazu folgende Notiz (sine dato, 18. Jahrhundert): «Und dieweil geklagt wirdt, dass auf Unserer Gn. HH. Landschaft etliche Handwerkher, als Schneider, Weber, Schmid, Scherer u.s.w., eigenes Gewalts Zünft under sich aufrichten und Ordnungen machen, vermittelst dehren ihre Arbeit und Belohnung hoch gesteigert und der arme gemeine Landmann nicht weniger beschwehrt werde, als wollen Ihre Gn. St. E. Whten. alle dergleichen Zünft, so keine ausstruckliche Bewilligungen von hoher Obrigkeit haben, hiemit gentzlichen aberkhant und dehro Obervögten, solche forthin nicht mehr zu gedulden, alles Ernstes ufferlegt und anbefohlen haben» (Schnell II, Anm. zu Nr. 784, S. 433).

Organisiert sind spätestens seit dem 18. Jahrhundert auch die Metzger, Wundärzte, Bauhandwerker und Schuhmacher, deren Probleme wegen Übersetzung des Handwerks vor dem städtischen Rat ausgetragen werden, oder die auf die Ordnungen der entsprechenden städtischen Zünfte verpflichtet werden.

4. Das Beispiel der Hosenstricker

Besonders interessant unter dem Aspekt der Stadt-Land-Beziehungen scheint mir das Hosenstrickergewerbe[23] im Bereich des Oberrheins von den 1530er Jahren bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts. Denn hier kollidieren die

23 Edierte Quellen zum Hosenstrickerhandwerk bei Schmoller; siehe auch Gothein S. 418f., Bodmer S. 156f., Geering S. 513ff. und 619ff., Schulz passim.

traditionellen Anschauungen der städtischen Zünfte mit den Interessen der überregionalen, oberrheinischen Handwerksorganisationen der Barettmacher und Hosenstricker, in der mehrheitlich Landhandwerker zusammengeschlossen sind. Involviert in diese Auseinandersetzung sind qualifizierte Landmeister, Frauen wie auch Stümper (im eigentlichen Wortsinn diesmal) und – auf Arbeitgeberseite – Verleger und im späten 17. Jahrhundert Manufakturen. Es lohnt sich meines Erachtens, das weiträumige Tauziehen um diese einträglichen, modischen Massenartikel zu betrachten. Zwar handelt es sich um ein neues Gewerbe – die typischen Konfliktlagen lassen sich jedoch exemplarisch daran aufzeigen.

In den 30er Jahren des 16. Jahrhunderts stritten sich die Strassburger Tucherzunft und die Zunft zum Spiegel (Krämer) über die Zugehörigkeit des Hosenstrickerhandwerks, das beide für sich beanspruchten. Wer sich zu dieser frühen Zeit mit der Herstellung und dem Vertrieb der gestrickten Ware beschäftigte, geht klar aus den Ausagen hervor, bezeichnet wurden sie als die «armen frawen, so da lysamen (= lismen, d. h. stricken) ... und also ir glismer werk uf dem halse an gümpelmerkt und fronhove, da sy dann veil haben, gleichermassen auch widerumbe dannen truegen» (Schmoller Nr. 67, 154–156). Es waren zur Hauptsache Ehefrauen von Webern, Tuchern und andern Handwerkern, die durch Stricken das schmale Familieneinkommen aufzubessern suchten. Konnten sie ihre Ware nicht selbst absetzen, so ging sie – als eigentliche Krämerware – durch zweite und dritte Hände. Kein organisiertes Gewerbe also mit Aussicht auf grossen Gewinn. Mit dem Wechsel in der Mode[24] und der entsprechenden Nachfrage wurden gestrickte Hosen, Barette und Handschuhe jedoch zu einem wirtschaftlich interessanten Massenartikel. Es erstaunt deshalb auch nicht, dass nun plötzlich von Strickerinnen nicht mehr die Rede war, sondern dass sich nun Stadt- und Landstricker, «Stümper» und Verleger um dieses einträgliche (Export-)Gewerbe rissen. Konsequenterweise erschien in den folgenden Ordnungen – wie in andern zünftig geregelten Branchen – der Paragraph, Mägde seien «nicht zu fördern»[25].

Am Ende des 16. Jahrhunderts tritt uns eine weiträumige Organisation der Stricker am Oberrhein entgegen, die sich gegen die «schlechte Winkelarbeit» und die «unredlichen Stümpler und Störer» zur Wehr setzte. Zu den Störern wurden jetzt unter Umständen auch die französischen und italienischen Re-

24 Dazu neuerdings Jutta Zander-Seidel: Textiler Hausrat. Kleidung und Haustextilien in Nürnberg von 1500–1650, München 1990.

25 In einer Urkunde von 1603 verbietet der Rat u. a. Unzünftigen die Anahme von Lehrmädchen; 1653 wird den Meistern verboten neben Lehrjungen und Gesellen «Kellerinnen und Mägdlein» deutscher oder französischer Nation anzunehmen, sie das Stricken zu lehren oder sie «zu befördern», Schmoller S. 537ff.

fugianten gerechnet, die die neuen Techniken im Textil- (und Goldschmiedegewerbe) selbst eingeführt hatten. Wo Konkurrenzdruck und die damit verbundene, zunehmende «Welschenfeindlichkeit» verhinderte, dass sie sich in einer oberrheinischen Stadt niederlassen und das Bürgerrecht erwerben konnten, um regulär zu arbeiten, schufen Obrigkeiten und Zünfte selbst neue Kategorien von «Störern».

Der 1607 in Strassburg abgeschlossene Vertrag zwischen der «löblichen bruderschaft des baretleinmachens- und hosenstricker-handwerks des oberen reinstroms im Elsas, Sundt- und Preusgau» mit den Meistern der Strassburger Tucherzunft verband die Hosenstricker und Barettlimacher der Stadt Strassburg und die Landmeister der genannten Regionen (Schmoller Nr. 120, 237–239). Erstere hatten sich 1598 als «gemeine Meister des Paretlin- und Hosenstrickerhandwerks im Elsass, Sunt- und Preisgau» als eine vorderösterreichische Bruderschaft konstituiert. Die Strassburger Tucherzunft nahm in diesem Bund eine führende Position ein, die es de facto den Strassburger Meistern erlaubte, eine Kontrollfunktion über das ganze, durch die Bruderschaft abgedeckte Gebiet auszuüben. Die Aufnahme und Ausbildung von Lehrjungen durch «redliche» Meister sowie das verlangte Meisterstück wurde weiträumig geregelt und der Lehr- und der Meistergulden musste an Strassburg abgeführt werden, gleich ob sich der neue Meister in Strassburg selbst oder im Bezirk der Bruderschaft im Reich oder unter österreichischer Obrigkeit niederlassen wollte. Als Mitglied der Bruderschaft sollte nur aufgenommen werden, wer regulär ausgebildet worden war.

Die Bruderschaft verstand sich als Schutzverband der Stadt- und Landmeister gegen die vielen «stimpler auf dem land, ... die sich für meister ausgeben und das handwerk mit oder one gesind zu treiben sich unterstehen, aber dasselbige nicht redlich erlernet und nicht allein ihr gemachte, sondern auch von andern erkaufte arbeit dem kayserlichen privilegio zuwider alher bringen und offenlich feil haben». Dem gemeinsamen Interesse von Stadt- und Landmeistern entsprach ein weiterer Paragraph, nämlich die Abwehr der nicht sesshaften Landfahrer, die in ihrem Revier mit gestrickten Waren handelten. Eine besondere Regelung betraf eine weitere am Strickergewerbe interessierte Gruppierung, nämlich die bäuerliche Bevölkerung, die Stricken als Nebengewerbe betrieb, und dadurch auch als Konkurrenz auftrat. Sie sah vor, es «solle dem gemeinen bauwersvolk ungewehret sein, was sie von dergleichen gelissmet oder gezwirnter arbeit mit eigener hand gemacht, dass sie solches an einem freytag auf offenem markt alhie, jedoch nit an aufgerichteten ständen, ausgeschlossen beider Strassburger messen, feil haben und verkaufen mögen». Eine 1618 erlassene Ordnung (Schmoller Nr. 128, 245ff.) schränkte den Freiraum für die bäuerliche Bevölkerung weiter ein, die ihre Ware nicht mehr dutzendweise verkaufen durfte.

Die Angst der Stadt- und Landmeister vor der Konkurrenz der Stümpler beruhte auf zwei Punkten. Zum einen argumentierten sie wie üblich mit der Übersetzung des Hosenstrickerhandwerks, zum andern mit dem Hinweis, «das Handwerk (sei) nicht schwer zu begreifen». Die logische Folge davon war, dass die oberrheinischen Hosenstricker versuchten, die Stadt Basel mit ihrem Untertanengebiet zum Beitritt zu bewegen, um eine noch weiterreichende Kontrolle des Handwerks und die Ausschaltung der Stümpler zu garantieren.

Nach einer erfolglosen Besprechung in Breisach um 1601 zwischen den «gemeinen Landmeistern» und den Basler Hosenlismern, zitierte die Bruderschaft die Basler zu Verhandlungen nach Neuenburg am Rhein an ihren Bundestag. Letztere lehnten ab mit der vorgeschobenen Begründung, dies sei aus Gewissensgründen nicht möglich, denn der Bundestag sollte mit einer katholischen Messe eröffnet werden[26]. Sie verschanzten sich hinter ihrer eigenen, städtischen Ordnung. Die Städte und Dörfer im Sundgau und im Breisgau spielten für die Basler Hosenlismer und Verleger, deren Verbindungen noch weiter reichten[27], eine wichtige Rolle als Absatzmärkte. War es für die Landmeister der oberrheinischen Bruderschaft ein zentrales Anliegen, Basel in ihren Bund einzubinden und die Stadt auf ein gemeinsames Vorgehen mit verbindlichen Richtlinien zu verpflichten, so war gerade dieser Aspekt für die Stadt nicht akzeptabel[28]. Auf diese Ablehnung hin, die nichts anderes war, als das klare Signal, den Landmeistern keine Zugeständnisse machen zu wollen, reagierte die Bruderschaft mit Repressionen. Es waren dieselben, mit denen sie gegen die «unlautere» Konkurrenz der Stümpler und Fremden vorgingen, und zur «unlauteren» Konkurrenz zählten fortan die Basler Hosenstricker. Ihre Drohung «auf die basler gohn und ston», wo immer sie feil böten auf österreichischem Boden, machten sie wahr, indem sie die Basler verspotteten, ihre Waren auf den Märkten von Schönau und Habsheim für minderwertig erklärten, ihre Stände umkippten und die Ware konfiszierten[29]. Dieser Konflikt war nach der Beendigung des Dreissigjährigen Krieges noch nicht beigelegt. Einen weiteren Streitpunkt lieferte das unterschiedliche Herstellungsverfahren, vor allem die Kreide, die die Basler verwendeten, was die Bruderschaft zur Beschwerde über die schlechte Qualität der städtischen Ware, die ihren Normen nicht entspräche, veranlasste.

26 An den konfessionellen Gegensätzen, die zumeist von wirtschaftpolitischen, sozialen, nationalistischen usw. überlagert werden, drohen die überregionalen Handwerkerverbände schon vor dem Dreissigjährigen Krieg zu scheitern.

27 Der Basler Wollhändler Hummel setzt um 1630 seine verlagsmässig produzierte Ware auf der Zurzacher Messe, aber auch in Ausgburg, Graz und Wien ab, Bodmer 156.

28 Zum folgenden StaBS, Handel und Gewerbe JJ; Zusammenfassung bei Koelner, S. 260–272.

29 Weitere Absatzmärkte im Elsass und Breisgau, die von der Bruderschaft und den Baslern für sich beansprucht wurden: Altkirch, Mülhausen, Landser, Freiburg i. B., Staufen, Belege siehe Anm. 23.

Der Streit mit der oberrheinischen Bruderschaft bildete jedoch nur einen Teil eines komplizierteren Konflikts, der sich in der Stadt selbst und auf ihrem Untertanengebiet abspielte: Das Hosenstrickergewerbe in der Stadt Basel war nämlich Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen, die bald zu einer starken Polarisierung führten. Die bei den Krämern zünftigen Hosenstrickermeister sahen sich einer Gruppe von Verlegern und Wollgrosshändlern gegenüber, die nicht nur ihre ärmeren Mitmeister in ihre Abhängigkeit brachte, sondern zahlreiche Landhandwerker aus dem Untertanengebiet verlegte.

Seit den 1630er Jahren rissen deshalb die Klagen der «kleinen» Handwerksmeister nicht ab. Es handelte sich dabei um die üblichen Beschwerden über Verleger, die mit fremden Meistern, Gesellen und Stümpern ein Handwerk trieben, das sie nie gelernt hätten, verbunden mit dem durchaus realen Gefühl, dass ihre eigene wirtschaftliche Existenz als (noch) unabhängige Meister bedroht sei. Sie wandten sich an die Obrigkeit mit der bereits anachronistischen Bitte, die Tätigkeit der Verleger zu verbieten, «damit die gesellen nicht auf dem land aufgehalten, hiesigen meistern entzogen und also das handwerk aus der stadt auf das land gebracht werde» (Koelner 267).

In dieser Auseinandersetzung scheuten sich die städtischen Meister nicht, die Baselbieter Landmeister auf dem Liestaler Markt öffentlich als unehrliche Meister und Stümper zu diffamieren, weil sie für Basler Verleger arbeiteten. Als Reaktion auf diese gezielte Ehrverletzung klagte der Sissacher Hosenstricker Jakob Buser 1678 im Namen aller Landmeister gegen die Basler Krämerzunft.

Dieses Beispiel ist deshalb so aufschlussreich, weil es zeigt, wie stark die überregional verbündeten Landmeister eine Stadt wie Basel unter Druck setzen konnten, um sie zu zwingen, der oberrheinischen Bruderschaft beizutreten.

5. Schlussfolgerungen

Meine Schlussfolgerungen gliedern sich in vier Teile. Der erste Aspekt betrifft die innere Differenzierung des Landhandwerks, der zweite seine Organisationsformen, der dritte das Verhältnis von Land- und Zunfthandwerk und der vierte die Gemeinsamkeiten der beiden.

1. Die städtische Polemik gegen die ländlichen Stümper und das Landhandwerk allgemein verstellt den Blick für deren innere Differenzierung, was Status und fachliche Qualifikation anbelangt.

- Beginnen wir unsere Betrachtungen ganz unten in dieser Hierarchie, so finden wir tatsächlich die schlechtqualifizierten, umherziehenden Handwerker, die sich nur mit einfachen Arbeiten oder mit Flicken und Ausbessern über Wasser halten.

- Als weitere Gruppierung sind ehemalige Gesellen aller Ausbildungsstadien zu nennen, deren Qualifikationen darum nicht schlechter sein muss, weil sie sich ohne Meisterstück, d.h. ohne sich den Zunftnormen unterworfen zu haben, auf dem Land selbständig machen.
- Ehemalige zünftige Meister, die Bürgerrecht und Zunft aufgegeben haben, um auf dem Land unter günstigeren wirtschaftlichen Bedingungen ohne Zunftlasten zu produzieren, bilden zusammen mit fremden Meistern, denen die Stadt Niederlassung und Bürgerrecht verweigert, zwei Gruppen mit Meisterstatus.

Diese drei Kategorien gelten nach städtischen und – zumindest die erste – auch nach ländlichen Normen als «Stümper», ein Begriff, der je nach Konkurrenzsituation polemisch auf weitere Zielgruppen angewendet werden kann. Verschärft wird die Konkurrenzsituation, wenn sich die ehemaligen Gesellen wie die ehemaligen Meister in den Dörfern in unmittelbarer Nähe der Stadt niederlassen. Dies ermöglicht ihnen, nicht nur einen neuen Kundenkreis auf der Landschaft aufzubauen, sondern ihren alten in der Stadt weiterhin zu beliefern und das notwendige Rohmaterial aus der Stadt zu beziehen. Beides gilt aus zünftiger Optik als illegal.

Dieser Teil des Spektrums ist jedoch ausschliesslich von der Stadt, genauer von den städtischen Handwerkern her gedacht und widerspiegelt den üblichen Tenor ihrer Petitionen. Das eigentliche Landhandwerk in Landstädten und Dörfern, wie wir es vom 15. Jahrhundert an zu fassen bekommen, kennt eine eigene Hierarchie: An ihrer Spitze stehen die Landmeister, die die reguläre Ausbildung der Lehrjungen und Gesellen auf dem Land für sich beanspruchen und die Ehre des Handwerks garantieren, und die genau so wenig gewillt sind, Stümper zu dulden, wie ihre Kollegen in der Stadt.

2. Dies leitet über zur Frage nach der Organisation des Landhandwerks. Der oben erwähnte Bund ist ein Beispiel für das überregionale Modell (Hafnerbund, Kesslerkreise, Wagner, Seiler). In diesem Fall verbinden sich die Stadt- und Landhandwerker von Gebieten mit unterschiedlicher politischer und religiöser Zugehörigkeit. An diesen Antagonismen, die sich durch wirtschaftpolitische und nationale Gegensätze verschärfen, scheitern die überregionalen Handwerkerverbände längerfristig.

Ein anderes Organisationsmodell weist die Baselbieter Landschaft auf, das Untertanengebiet der Stadt. Hier schliessen sich die Meister nach Ämtern zusammen, was der politischen Einteilung entspricht. «Die Meisterschaft» der Ämter Liestal (mit der gleichnamigen Landstadt), Homburg und Farnsburg wendet sich seit dem 17. Jahrhundert gemeinsam oder einzeln mit ihren Beschwerdeschriften und Petitionen an eine städtische Zunft oder an den Rat selbst. Erst im 18. Jahrhundert ist von Zunftgründungen auf der Basler Landschaft die Rede, die die Schneider, Weber, Schmiede und Scherer

eigenmächtig, d.h. ohne die Basler Obrigkeit um Erlaubnis zu fragen, vorgenommen hätten. Dies schliesst jedoch nicht aus, dass schon vorher eine «Berufsorganisation» in irgendeiner Form existiert hat. Dafür sprechen auch die kollektiven Aktionen vor der Zunftgründung.

3. Das Verhältnis von Stadthandwerk zu Landhandwerk kann unter den Aspekten der Konkurrenz und der gegenseitigen Verflechtungen von Stadt und Land betrachtet werden. Wichtig scheint mir die Feststellung, dass auf dem Land und in der Stadt seit dem 15. Jahrhundert mehrer Wirtschaftformen nebeneinander existieren. Im späten 17. Jahrhundert finden wir neben traditionellem Handwerk, das sich an Zunftnormen orientiert, das Verlagssystem und zunehmend Manufakturen. Dies gilt für Stadt und Land und führt zu einem Nebeneinander unterschiedlicher Argumentations- und Legitimationstränge bei der Verteidigung alter bzw. der Durchsetzung neuer Wirtschaftsformen. So kann es auch geschehen, dass der eine Teil einer städtischen Zunft sein wirtschaftliches Überleben durch Festhalten am «alten Herkommen» zu verteidigen sucht, während der «Unternehmerflügel» sich über alle zünftigen Normen hinwegsetzt und aufs Land expandiert.

Ausserden steht auf dem Land, wie wir gesehen haben, ein Potential an qualifizierten und unqualifizierten Männern, Frauen und Kindern als Arbeitskräfte zur Verfügung, die nach Bedarf eingesetzt werden können für unterschiedlich anspruchsvolle Arbeiten. Mit unterschiedlich qualifizierten Handwerkern oder mit Frauen oder Störern zu arbeiten, stellt den Verleger (später die Manufaktur) nicht vor Probleme, sondern nur diejenigen Meister, deren Bezugsrahmen für Ehre und Handwerkeridentität durch die zünftigen Normen gebildet wird.

4. Gemeinsamkeiten zwischen Land- und Stadthandwerk

In der Abwehr der fremden Konkurrenz (der Sundgauer und Markgräfler Hafner, der Hausierer, der «Welschen» oder «Fremden» schlechthin) sind sich Stadt- und Landmeister einig. Das gleiche gilt im Fall der Stümper und der Hausierer. Ihren Beschwerden und Forderungen verleihen Stadt- und Landhandwerker in Form von Petitionen oder «Supplicationen» an den städtischen Rat Ausdruck. Dieser soll eingreifen, schlichten, verbieten oder die verletzte Ehre wieder herstellen.

Eine weitere Gemeinsamkeit besteht in der Überzeugung, dass weder in der Stadt noch auf dem Land Frauen ausgebildet werden sollen, wie sich dies in der Ordnung der oberrheinischen Hosenstricker und Barettmacher niederschlägt. Diese Anschauung setzt sich seit dem 16. Jahrhundert infolge der immer stärkeren Konkurrenz so stark durch, dass auch Landhandwerker um die Ehre ihres Handwerks fürchten, wenn sie Frauen zulassen (Die Ausnahme bildet die Meisterfamilie, deren Berechtigung jedoch zunehmend in Abrede gestellt wird).

Der Ehrbegriff spielt offensichtlich bei Stadt- und Landhandwerkern eine gleich zentrale Rolle; sie reagieren auf Ehrbeleidigungen gleich empfindlich wie ihre städtischen Kollegen. Zu den schlimmsten Beleidigungen gehört der Vorwurf der Unehrlichkeit, wie der Konflikt zwischen den Hosenstrickern auf der Landschaft und in der Stadt gezeigt hat.

Inwiefern sich der rechtliche Unterschied zwischen Bürgern und Untertanen in Mentalität und Verhalten niederschlägt, wäre zu untersuchen. Das gleiche gilt für die Frage, ob sich ein soziales Gefälle zwischen Meistern aus Landstädten und Dorfmeistern bemerkbar macht.

Bibliographie

Ungedruckte Quellen im Staatsarchiv Basel (StaBS)
Handel und Gewerbe LL 1; JJ 1

Gedruckte Quellen
Brucker, Johann Karl, 1889: Strassburger Zunft- und Polizeiverordnungen des 14. und 15. Jahrhunderts, Strassburg.
Harms, Bernhard, 1908–1913: Der Stadthaushalt Basels im ausgehenden Mittelalter, 3 Bde, Tübingen.
Mone, Franz Joseph, 1858: Die Weberei und ihr Beigewerbe in Baden, Elsass, Bayern und Rheinpreussen vom 14. bis 16. Jahrhundert, in: ZGO 9, S. 129–188.
Rechtsquellen von Stadt und Landschaft Basel, 1856 und 1865, hg. v. Johannes Schnell, Bd. I und II, Basel.

Literatur

Abel, Wilhelm, 1980: Strukturen und Krisen der spätmittelalterlichen Wirtschaft, Stuttgart/New York.
Ammann, Hektor, 1956: Das schweizerische Städtewesen in seiner wirtschaftlichen und sozialen Ausprägung, in: Recueil de la Société Jean Bodin, vol. 7, Bruxelles, S. 483–529.
Artisans et ouvriers d'Alsace, 1965 (= Publications de la Société savante d'Alsace et des régions de l'Est 9), Strasbourg.
Bergier, Jean-François, 1974: Naissance et croissance de la Suisse industrielle (= Monographien zur Schweizergeschichte 8), Bern.
Bräuer, Helmut, 1989: Gesellen im sächsischen Zunfthandwerk des 15. und 16. Jahrhunderts, Weimar.
–, 1992: Handwerk im alten Chemnitz, Chemnitz.
Dirlmeier, Ulf, 1978: Untersuchungen zu Einkommensverhältnissen und Lebenskosten in oberdeutschen Städten des Spätmittelalters, Heidelberg.
Drollinger, Kuno, 1968: Kleine Städte Südwestdeutschlands. Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Städte im rechtsrheinischen Teil des Hochstifts Speyer bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts (= Veröff. der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden Württemberg, Reihe B, Bd. 48), Stuttgart.
Dubler, Anne-Marie, 1982: Handwerk, Gewerbe und Zunft in Stadt und Landschaft Luzern (= Luzerner historische Veröffentlichungen, Bd. 14), Luzern/Stuttgart.
Geering, Traugott, 1886: Handel und Industrie der Stadt Basel. Zunftwesen und Wirtschaftgeschichte bis zum Ende des 17. Jahrhunderts, Basel.
Göttmann, Frank, 1977: Handwerk und Bündnispolitik. Die Handwerkerbünde vom 14. bis 17. Jahrhundert (= Frankfurter historische Abhandlungen 15), Wiesbaden.
Gothein, Eberhard, 1892: Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwalds I, Städte- und Gewerbegeschichte, Strassburg.
Histoire de l'Alsace, 1970, publiée sous la direction de Philippe Dollinger (= Univers de la France, Collection d'histoire régionale), Toulouse.
Histoire de Strasbourg II, 1981, sous la direction de Georges Livet et Francis Rapp, Strasbourg.

Graus, František, 1981: Tendenzen der Stadt-Land-Beziehungen im ausgehenden Mittelalter, in: Fribourg: Ville et Territoire. Aspects politiques, sociaux et culturels de la relation ville-campagne depuis le Bas Moyen Age, publiés par Gaston Gaudard, Carl Pfaff, Roland Ruffieux, Fribourg, S. 26–41.
–, 1989: Organisationsformen der Randständigen. Das sogenannte Königreich der Bettler, in: Rechtshistorisches Journal 8, S. 235–255.
Irsigler, Franz, 1979: Stadt und Umland im Spätmittelalter: Zur zentralitätsfördernden Kraft von Fernhandel und Exportgewerbe, in: Zentralität als Problem der mittelalterlichen Stadtgeschichtsforschung, hg. v. E. Meynen, Köln/Wien, S. 1–14.
Kiessling, Rolf, 1985: Das Umlandgefüge ostschwäbischer Städte vom 14. bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, in: Städtisches Um- und Hinterland in vorindustrieller Zeit, hg. v. H. K. Schulze (= Städteforschung Reihe A, Bd. 22), Köln/Wien, S. 33–60.
Kirchgässner, Bernhard, 1974: Der Verlag im Spannungsfeld von Stadt und Umland, in: Stadt und Umland, hg. v. E. Maschke und J. Sydow, Stuttgart, S. 554–570.
Kölner, Paul, 1935: Die Safranzunft zu Basel und ihre Handwerke und Gewerbe, Basel.
Kriedte, Peter, 1981: Spätmittelalterliche Agrarkrise oder Krise des Feudalismus?, in: Geschichte und Gesellschaft 7, S. 42–68.
Ogilvie, Sheilagh, 1990: Women and Protoindustrialisation in a Corporate Society: Württemberg Woolen Weaving, 1590-1760, in: Women's Work and the Family Economy in Historical Perspective, ed. by P. Hudson and W. R. Lee, Manchester/New York, S. 76–103.
Pfister, Ulrich, 1991: Protoindustrialisierung: Die Herausbildung von Gewerberegionen, 15.–18. Jahrhundert, in: SZG 41, S. 149–160.
Reininghaus, Wilfried, 1990: Gewerbe in der frühen Neuzeit (= Enzyklopädie deutscher Geschichte Bd. 3, Oldenburg), München.
Rippmann, Dorothee, 1990: Bauern und Städter: Stadt-Land-Beziehungen im 15. Jahrhundert. Das Beispiel Basel, unter besonderer Berücksichtigung der Nahmarktbeziehungen und der sozialen Verhältnisse im Umland, Basel und Frankfurt a.M.
–, 1992: Der Weiher zu Oberwil (BL) im 16. Jahrhundert: Lohnarbeit und Interessenkonflikte im fürstbischöflichen Amt Birseck, Geschichte 2001, in: Mitteilungen der Forschungsstelle Baselbieter Geschichte Nr. 9, S. 1–8.
Rippmann, Dorothee und Katharina Simon-Muscheid, 1991: Weibliche Lebensformen und Arbeitszusammenhänge im Spätmittelalter und in der frühen Neuzeit, in: Frauen und Öffentlichkeit. Beiträge der 6. Schweizerischen Historikerinnentagung, hg. v. M. Othenin-Girard et al., Zürich 1991, S. 63–98.
Schulz, Knut, 1985: Handwerksgesellen und Lohnarbeiter. Untersuchungen zur oberrheinischen und oberdeutschen Stadtgeschichte des 14. bis 17. Jahrhunderts, Sigmaringen.
Scott, Tom, 1986: Freiburg and the Breisgau. Town-Country Relations in the Age of Reformation and Peasant's War, Oxford.
Simon, Christian, 1981: Untertanenverhalten und obrigkeitliche Moralpolitik. Studien zum Verhältnis zwischen Stadt und Land im ausgehenden 18. Jahrhundert am Beispiel Basels (= Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft 145), Basel/Frankfurt a.M.
Simon-Muscheid, Katharina, 1988: Basler Handwerkszünfte im Spätmittelalter. Zunftinterne Strukturen und innerstädtische Konflikte (Europäische Hochschulschriften 348), Bern/Frankfurt/New York/Paris.
–, 1991: Gewalt und Ehre im spätmittelalterlichen Handwerk am Beispiel Basels, in: Zeitschrift für historische Forschung 18, Heft 1, S. 1–31.

Agrarrevolution und Handwerk als Elemente der gesamtwirtschaftlichen Modernisierung im frühen 19. Jahrhundert

Das Beispiel des Kantons Bern 1800–1860[1].

Christian Pfister

Der Beitrag des Binnensektors zur gesamtwirtschaftlichen Modernisierung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist in der wirtschaftsgeschichtlichen Literatur in der Schweiz bisher weitgehend ignoriert worden. Die Historiographie hat die Industrielle Revolution einseitig auf die technisch-organisatorische Umwälzung in der verarbeitenden Industrie eingegrenzt, die gesamtwirtschaftliche Modernisierung weitgehend auf diese eng gefasste Industrielle Revolution bezogen und die Abhängigkeit der Schweiz von ausländischen Rohstoffen und Nahrungsmitteln überbewertet[2]. Es ist zu wenig beachtet worden, dass die schweizerische Wirtschaft vor der Schaffung des ersten Eisenbahnnetzes in den 1850er Jahren vom Ausland durch hohe Transportkosten abgeschottet, in ihrer Energieversorgung autark[3] und erst partiell in eine internationale Arbeitsteilung integriert war. Michael Bernegger vertritt die Ansicht, dass die wesentlichen Modernisierungsimpulse bis über die Jahrhundertmitte hinaus primär von der Expansion des Binnenmarkts ausgingen. Den Beitrag der exportorientierten Leichtindustrien zum BSP schätzt er für 1850 auf lediglich 12%, jenen der Landwirtschaft dagegen auf 57%, was ungefähr ihrem Anteil an den Beschäftigten entsprach[4]. Von da her liegt es nahe, der Empfehlung Kaufholds zu folgen und bei der Untersuchung des Handwerks die von der Landwirtschaft ausgehenden Einflüsse einzubeziehen[5].

Die Agrarproduktion erfuhr in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, insbesondere in den ehemaligen Dreizelgengebieten mit Flurzwang, eine starke Ausdehnung[6], wobei sich technologische Innovationen und polit-ökonomische Faktoren gegenseitig durchdrangen. Mit der Deregulierung und Privatisierung fielen die Schranken, welche vorgängig eine Produktionsstei-

1 Dieser Artikel ist mit Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds entstanden.
2 Bernegger, Weltwirtschaft, S. 436.
3 Marek, Kohle.
4 Bernegger, Weltwirtschaft, S. 436.
5 Kaufhold, Umfang, S. 30.
6 Trotz einer annähernden Verdoppelung der Bevölkerung stieg die Konsumproduktion der Landwirtschaft pro Kopf (ohne steuerliche Abzüge) im Amtsbezirk Büren von 3306 kcal (1764) auf 3800 kcal (1847); im Amtsbezirk Konolfingen blieb sie im gleichen Zeitraum annähernd stabil (1764: 3375 kcal; 1847: 3456 kcal). Als Versorgungsgrenze sind 2000 kcal anzunehmen. Frey, Stampfli, Agrarmodernisierung, S. 266.

gerung gebremst oder verhindert hatten. Die Aufteilung der Allmenden und die Auflösung des Flurzwanges ermöglichten eine freie Nutzung des Bodens. Durch die Optimierung der ökologischen Kreisläufe (biologische Gewinnung von Stickstoff durch Leguminosen, Recycling von Düngerstoffen durch Jauchegruben und Stallfütterung) wurde die agrarische Produktion ausserhalb des Berggebiets über das Bevölkerungswachstum hinaus gesteigert[7].

In unserem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Bedeutung dieses Prozesses für die Entwicklung des Handwerks. Er fällt in eine Etappe, die Anne-Marie Dubler als «nachzünftig» bezeichnet, indem das Handwerk nach der Einführung der Gewerbefreiheit 1798 dem freien Wettbewerb ausgesetzt war[8]. In der Literatur wird häufig davon ausgegangen, dass die Agrarrevolution eine ländliche Überschussbevölkerung freisetzte, die in handwerklicher Tätigkeit einen überlebensnotwendigen Zuerwerb fand[9]. Dieses Argument lässt sich jedoch nur unvollkommen in den Begründungszusammenhang einer wirtschaftlichen Modernisierung über die Expansion des Binnenmarktes einordnen. Daneben wird in der Literatur auch die Position vertreten, dass sich der agrarische Produktionszuwachs in eine bedeutende Nachfrage nach den Erzeugnissen des einheimischen Handwerks umsetzte[10]. Kurz gefragt: Ging ein erheblicher Teil der zuwachsenden Einwohner in das Handwerk, weil andere Erwerbsmöglichkeiten erschöpft waren, oder äussert sich hierin eine Wohlstandssteigerung, die es den marktfähigen agrarischen Produzenten erlaubte, sich mehr Handwerker zu leisten? Dieser Frage soll im folgenden am Beispiel des Kantons Bern nachgegangen werden.

Zunächst gilt es, das Gewicht des Handwerks in der Gesamtwirtschaft zwischen 1800 und 1860 annähernd zu bestimmen. Eckart Schremmer hat dazu einen systematischen raum-zeitlichen Untersuchungs-Ansatz erarbeitet, der aus Mangel an entsprechendem Quellenmaterial jedoch nur selten empirisch durchgespielt werden kann[11]. In der Regel wird der Anteil des Handwerks an den Erwerbstätigen als Indikator für die Abschätzung seiner Bedeutung herangezogen. Für den Kanton Bern bieten sich diesbezüglich zwei einschlägige Erhebungen an: die Helvetischen Bürgerregister von 1798[12] und

7 Pfister, Bevölkerung, S. 116–123; Pfister, Stability, S. 43–49.
8 Dubler, Handwerk, S. 409; Junker, Geschichte, S. 263.
9 Mooser, Klassengesellschaft, S. 52. Schuster, Landhandwerk, S. 440.
10 Schultz, Landhandwerk S. 26; ähnlich Kaufhold, Umfang, S. 48f.; im Königreich Hannover, wo die Landwirtschaft ähnlich dominant war wie im Kanton Bern, führt Hagenah (Gesellschaft, S. 193) die wachsenden Beschäftigungsmöglichkeiten im Landgewerbe in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf den zunehmenden Wohlstand der Bauernschaft zurück. Henning (Gewerbefreiheit, S. 175) argumentiert dagegen, die Nachfrage seitens der Landwirtschaft sei nicht so stark gestiegen, dass dadurch die vergrösserte Handwerkerzahl ein ausreichendes Einkommen finden konnte.
11 Schremmer, Überlegungen, S. 1–28.
12 Nach einem Beschluss der Helvetischen Räte hatten alle Bürger durch einen Eid ihre Loyalität gegenüber dem neuen Vaterlande zu bezeugen. Über die Eidleistung wurden Protokolle geführt, die

eine zeitgenössische berufsspezifische Auswertung der kantonalen Volkszählung von 1856[13]. Beide Quellen sind auf der Stufe Gemeinde vollumfänglich maschinenlesbar gemacht und in die Datenbank *Bernhist* integriert worden[14]. In der Folge werden erste Ergebnisse der Auswertung präsentiert. Vergleichbare Daten für beide Jahre liegen nur für ein Teilgebiet des Kantons vor, welches das Emmental, den Oberaargau sowie einige mittelländische und seeländische Amtsbezirke umfasst[15]. Eine Umsetzung des Materials in zeitgenössische Kategorien stellt unter quellenkritischen Gesichtspunkten beträchtliche Probleme, die nur knapp angesprochen werden können. Einmal sind Trennlinien zwischen Erwerbssektoren bei der starken Überlappung von agrarischen und nichtagrarischen Tätigkeiten prinzipiell fragwürdig. Bei den Bürgerlisten ist abzuklären, inwieweit sich Gegner des neuen Staatswesens einer Eidleistung zu entziehen vermochten. Dazu kommt, dass die Berufsangabe bei der bekannten Konzentration der Familiennamen auf wenige lokale Bürgergeschlechter und der Häufigkeit identischer Vornamen vor allem der Identifikation des Schwörenden diente, der sich im übrigen auch als Amtsträger definieren durfte. Die Identifikationsfunktion der Berufsangabe erklärt im weiteren, weshalb man in manchen Listen nur Tätigkeiten ausserhalb der Landwirtschaft explizit aufzuführen für nötig erachtete, so dass die Berufsgruppe «Baur» oder «Landmann» gar nicht auftaucht. Bei der Statistik von 1856 bestand eine der hauptsächlichen Schwierigkeiten darin, dass die Kategorie der Dienstboten nicht auf die einzelnen Berufe aufgeschlüsselt wurde. Bei beiden Quellen wurden fragliche Gruppen dem Primärsektor zugeschlagen, wodurch dieser tendenziell zu stark gewichtet ist. Ferner umfassen die Werte des zweiten Sektors neben handwerklichen auch protoindustrielle und industrielle Berufe, wobei allerdings die einzigen Gebiete, wo Industrien in nennenswertem Ausmasse Fuss gefasst hatten, nämlich der Südjura und Biel, im Unter-

neben anderen Angaben auch eine Rubrik für «Stand oder Beruf» enthalten (Mattmüller, Kontext, S. 12). Quelle: StAB B XIII 435.

13 In der Volkszählung war die Berufsangabe in eine der vier folgenden Kategorien einzutragen: «a) Selbständige, b) Gehülfen [Angestellte], c) Dienstboten, d) Tagelöhner». Unter den Dienstboten wurden jene Personen verstanden, die keinen eigenen Haushalt führten und/oder über keine Niederlassungsbewilligung verfügten (Instruktion für die Vornahme der Volkszählung des Kantons Bern im Jahr 1856, Bern). Die Originalbogen sind, wie das meiste statistische Urmaterial im Kanton Bern, nicht mehr erhalten. Dagegen hat das 1856 gegründete Statistische Büro des Kantons anhand der Urdaten (Einwohner-)gemeindeweise eine «Berufsstatistik» zusammengestellt, welche die Kategorien «Meister», «Gehülfen» und «Familienglieder» umfasst (StAB BB XIIIa 225, Zusammenstellung der Gewerbe aufgrund der Volkszählung von 1856).

14 Pfister, Schüle, *Bernhist*, S. 229–267. – Pfister, Schüle (Hg.), Datenbank *Bernhist*. Bern 1989f. (im Aufbau).

15 1798: Die jurassischen Amtsbezirke gehörten der Helvetischen Republik nicht an, bei den oberländischen Ämtern ist die Zahl der Berufsnennungen in den Schwurlisten zu klein. 1856: Bei einem Vergleich zwischen der «Berufsstatistik» 1856 und der Volkszählung, die beide auf demselben Urmaterial beruhen, zeigten sich Ungereimtheiten, die den Ausschluss der Amtsbezirke Biel, Seftigen und Thun nahelegten.

Erwerbsstruktur im Kanton Bern 1798–1856[1]

Jahr	Bevölkerung		Erwerbstätige		1. Sektor		2. Sektor		3. Sektor	
	absolut	Index	absolut	Index	absolut	Index	absolut	Index	absolut	Index
1798	141 832 (58%)[4]	100	32 312[2] Männer > 20	100	17 592[3] (54%)	100	11 947 (37%)	100	2773 (9%)	100
1856	237 015 (59%)[4]	167	59 324[5] ohne Frauen	183	32 896[6] (55%)	187	22 903 (38%)	192	3525 (7%)	127

1 Nur die 12 Ämter Aarberg, Aarwangen, Bern, Büren, Burgdorf, Erlach, Fraubrunnen, Konolfingen, Laupen, Signau, Trachselwald, Wangen.
2 Männer über 20 Jahre, die den Eid auf die Helvetische Verfassung ablegten.
3 Einschliesslich Schwörende ohne Berufsangabe (13% der Erwerbstätigen).
4 Anteil der in Fussnote 1 genannten Ämter an der Bevölkerung des gesamten Kantons.
5 Selbständigerwerbende, Unselbständigerwerbende (Gehülfen), Dienstboten, Tagelöhner.
6 Dienstboten wurden dem Primärsektor zugeordnet.

Quelle: Pfister, Schüle, Datenbank *Bernhist*

suchungsgebiet nicht enthalten sind. In der Berufsstatistik ist auch die Erwerbsarbeit von Frauen mit berücksichtigt, soweit diese einem Haushalt vorstanden[16].

Hervorzuheben ist bei der Interpretation der Daten in der Tabelle zunächst das grosse gesamtwirtschaftliche Gewicht von Handwerk und Gewerbe. Schon 1798 übte gut jeder Dritte eine handwerkliche Tätigkeit aus. Bei einer mit anderen Untersuchungen durchaus vergleichbaren Erwerbsquote von 45%[17] erreichte die Territorialisierung des Gewerbes (Schremmer) im Kanton Bern mit 103 Handwerkern pro 1000 Einwohner[18] damals einen umfangmässigen Entwicklungsstand, der über den bisher bekannten deutschen und schweizerischen Werten liegt[19], während der Tertiärsektor ein Schattendasein fristete. Zusammengenommen gehörten mehr als 40% der Erwerbstätigen der Gruppe der Professionisten an[20], was schlecht ins Cliché des Agrarkantons passt. Im bernischen Staat des Ancien Régimes bestanden soziale und politische Voraussetzungen, die die Ausbreitung des ländlichen

16 Für das Untersuchungsgebiet sind nur gerade 16 Berufe in der Landwirtschaft (weibliche Dienstboten, Tagelöhnerinnen), in der Textilbranche (vorwiegend Näherinnen und Schneiderinnen) und im Dienstleistungssektor (vorwiegend Hebammen und Lehrerinnen) verzeichnet.
17 Hoffmann, Wachstum, S. 78.
18 Die Handwerkerdichte ist definiert als die Zahl der im Handwerk Beschäftigten (Selbständige oder insgesamt) auf 1000 Einwohner (Kaufhold, Umfang, S. 39).
19 Vgl. die Zusammenstellung bei Meier, Handwerk, 40. Für die gesamte Schweiz: Andrey, Suche, S. 190–192.
20 Es handelt sich um einen zeitgenössischen Begriff, der die Nichtbauern, die Spezialisten in der ländlichen Gesellschaft unter Ausschluss protoindustrieller Beschäftigungs- und Erwerbsformen bezeichnet (Meier, Handwerk, S. 23).

Handwerks begünstigten. In der Stadt hatte sich keine starke Handwerkerschaft und Kaufmannsschicht entwickelt, und das städtische Gewerbe war dementsprechend eher rückständig. Obwohl die offizielle Doktrin von einer Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land ausging, wurden kaum Anstrengungen unternommen, diese durchzusetzen. Viele der ländlichen Professionisten stellten aus dem Grundwerkstoff Holz eine Vielfalt von regional nachgefragten Erzeugnissen her und vertrieben diese auf den zahlreichen Wochen- und Jahrmärkten[21], wobei sie ihren Beruf mit jenem des Kleinhändlers verbanden. Diese Spezialisten kennzeichneten sich durch ihr Produkt und das Beiwort «Macher». Nicht weniger als 66 verschiedene Arten von «Machern» fanden sich in den Bürgerregistern, so etwa «Geiselsteckenmacher»[22], Wannenmacher und Kammacher.

Trotz einer Zunahme der Bevölkerung um zwei Drittel in den folgenden sechs Jahrzehnten veränderte sich das relative Gewicht der Erwerbssektoren in der Gesamtwirtschaft kaum. Im Unterschied zu Deutschland, wo die Handwerkerdichte ausgehend von einem wesentlich tieferen Niveau deutlich anstieg[23], nahm im Kanton Bern der Anteil des Gewerbes proportional zu jenem der Landwirtschaft zu[24]. Diese Proportionalität spricht dafür, dass die Expansion des Handwerks weitgehend von der Agrarrevolution getragen wurde. Peter Mathias bezeichnet einen solchen Prozess, der im wesentlichen auf einem erhöhten Input an Arbeitskraft, Land, Kapital und Ressourcen beruht, aber das relative Gewicht der Erwerbssektoren nicht berührt, als ökonomische Expansion. Er verwendet dafür die Methapher vom Ballon, der aufgeblasen wird, sich dabei ausdehnt, aber seine Form im wesentlichen beibehält[25].

Eine genauere Betrachtung der Veränderungen innerhalb des gewerblichen Sektors ergibt ein dynamischeres Bild:

Der Figur liegt eine Gliederung der Erwerbstätigen in 9 Berufsgruppen zugrunde, von denen sechs dem Sekundärsektor zuzuordnen sind: Verarbeitung von Rohstoffen der Land- und Forstwirtschaft[26], agrarischer Bedarf[27],

21 Nach einer Enquête des Kommerzienrates von 1785 zählte das alte Bern nicht weniger als 247 Jahrmärkte (vgl. den Bericht überdie laufende Untersuchung von Anne Radeff in Horizonte, 15/1992, S. 10–11).

22 «Geiselstecken» (berndt.): Stock für eine Peitsche.

23 1861 lag die Handwerkersdichte in Baden mit 130 Handwerkern pro 1000 Einwohnern deutlich über dem bernischen Niveau (Henning, Gewerbefreiheit, S. 168).

24 Eine ähnliche enge Beziehung zwischen Bevölkerungswachstum und Gewerbedichte hat Kaufhold (Umfang, S. 47) für Preussen gefunden, allerdings nur innerhalb grosser Räume, schon nicht mehr auf der Ebene der Provinzen.

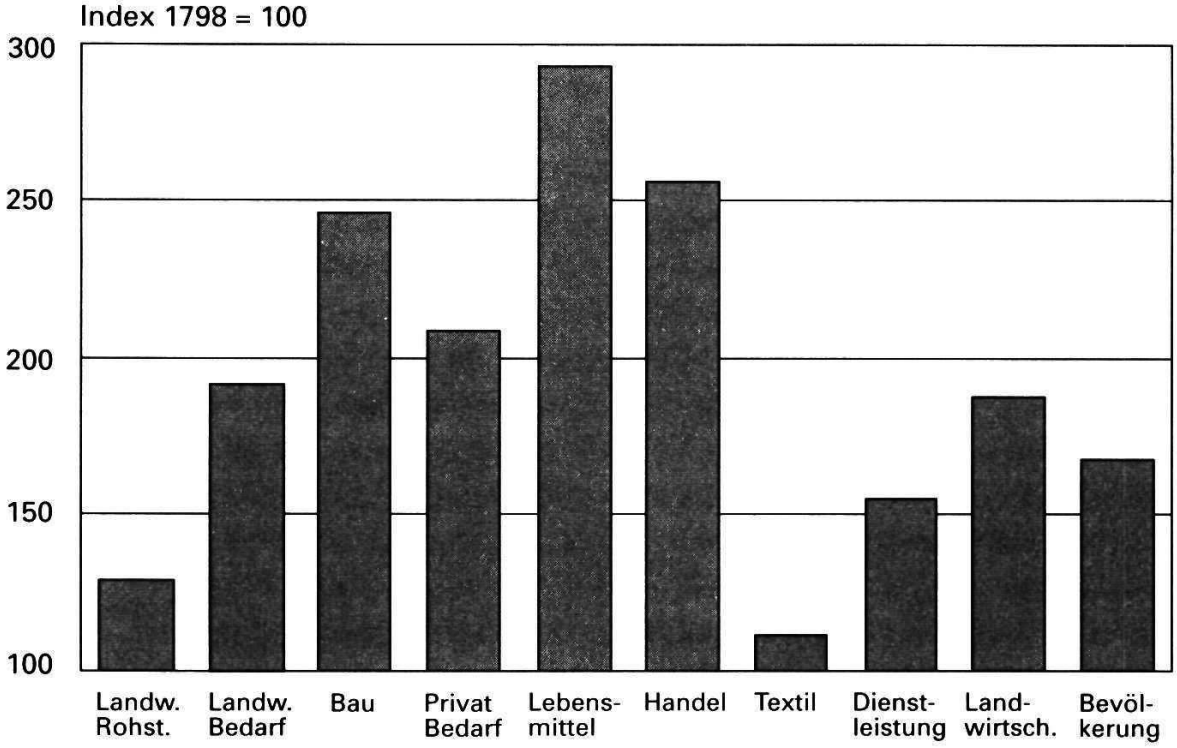
25 Mathias, Revolutions, S. 2. Demgegenüber definiert er Wachstum als einen Prozess, der neben einer Erhöhung des Pro Kopf Outputs mit einem relativen Rückgang des Agrarsektors verbunden ist, also auch einen strukturellen Wandel der Gesamtwirtschaft beinhaltet.

26 Dazu gehören Berufe wie Müller, Sager, Öhler, Gerber, Harzer.

27 Zu dieser Gruppe gehören u.a. Schmied, Wagner, Nagler, Küfer.

Veränderung der Branchenstruktur im Kanton Bern 1798–1856

12 Ämter mit 58% der Bevölkerung



Quelle: Pfister, Schüle, *Bernhist* 1.3.1.

Baugewerbe, Nahrungsmittel[28] und privater Bedarf[29]. Dazu kommt die Gruppe der Textilberufe, bei denen eine Differenzierung nach handwerklicher und protoindustrieller Fertigung nicht möglich war[30]. Dargestellt sind die Veränderungen innerhalb der Branchen gegenüber 1798 in Prozent: Am stärksten nahm der Anteil des Nahrungsmittelhandwerks zu. Vor allem betrifft dies Bäcker und Metzger, dazu kommen im Gefolge der Entstehung von Talkäsereien als neuer Berufszweig die Käser. In der starken Zunahme der Bäcker äussert sich die Verminderung der häuslichen Eigenproduktion, indem das Brotbacken im Zuge der Arbeitsteilung aus dem «ganzen Hause» ausgegliedert wurde. Jene der Metzger dürfte dem Wachstum des Viehbestandes zuzuschreiben sein[31]. Fast annähernd so stark wie die Zahl der

28 Zu dieser Gruppe gehören u.a. Bäcker und Metzger.

29 Branchengliederung nach v. Rütte, Ländliches Gewerbe. Die in der Datenbank *Bernhist* gespeicherten Daten können auch in der Branchengliederung von Meier (Handwerk, S. 27–36) sowie nach den heute gültigen Kriterien der Branchenzuordnung (Mangold, Allgemeine Systematik) untersucht werden.

30 Dazu gehört u.a. die grosse Gruppe der Spinner, Weber und Stricker in ihren rohstoffspezifischen Differenzierungen, ferner Bleicher, Walker usw.

Lebensmittelhandwerker vergrösserte sich die Zahl der Handelsberufe. Dies darf nicht ungeprüft mit einer Intensivierung der Handelsströme gleichgesetzt werden. Bekanntlich waren im Ancien Régime neben Krämern und Kaufleuten auch andere Professionisten, vor allem Müller, Wirte und Metzger, im Handel aktiv, so dass die Zunahme der Handelsberufe ebensogut eine verstärkte Funktionsentmischung und berufliche Spezialisierung zum Ausdruck bringen kann. Überproportional expandierte ferner die Bauwirtschaft. Nicht nur wurden als Folge des Bevölkerungswachstums und des Wegfalls rechtlicher Schranken im Bauwesen zahlreiche neue Häuser erstellt[32], die Agrarrevolution führte über die Aufstockung der Viehbestände und die Vergrösserung der Agrarproduktion zur Erweiterung von Ställen und Scheunen bei bestehenden Bauten. Die bekannte Untersuchung von Beck hat zum erstaunlichen Befund geführt, dass der Kapitalstock an Gebäuden und die Hochbauinvestitionen im Kanton Bern in der ersten Jahrhunderthälfte wesentlich rascher anwuchsen als in den Industriekantonen[33]. Dies hat Bernegger dahingehend interpretiert, dass sich der Binnenmarkt im Agrarkanton Bern in dieser Zeit stärker erweiterte als in der industrialisierten Schweiz[34]. Dass sich die Wechselwirkungen zwischen Agrarräumen und Industrieräumen innerhalb der Schweiz im Zuge dieser Entwicklung intensivierten, zeigt sich in der Figur am Beispiel der textilen Berufe, die unter dem Druck des industriellen Verdrängungswettbewerbs der Nordostschweiz stark zurückfielen. Etwas stärker als die Bevölkerung entwickelte sich die Gruppe des persönlichen Bedarfs. Hier ist – einer Überlegung Kaufholds folgend – ein Blick auf Schneider und Schuhmacher, die Massenhandwerker des Alltagsbedarfs, zu werfen. Sollte das Handwerk in stärkerem Masse Bevölkerungsteile aufgenommen haben, die anderweit keinen Erwerb fanden, so müsste sich das vor allem in diesen beiden Berufen bemerkbar gemacht haben, die leicht zu erlernen waren und wenig Startkapital erforderten[35]. Bei den Schneidern, die 1798 die grösste Gruppe stellten, nahm die Zahl der potentiellen Kunden in den folgenden sechs Jahrzehnten leicht zu, während sie bei den Schuhmachern rückläufig war[36]. Allerdings zeigt die räumliche Aufschlüsselung der Daten, dass eine überproportionale Zunahme der Schuhmacher vor allem in den emmentalischen Amtsbezirken erfolgte, die im Vergleich zum übrigen Kanton auch 1856 in dieser Beziehung noch deutlich unterversorgt waren. Die Dichte der selbständigen Schneider und Schuhma-

31 1808: 65490 GVE; 1866 87880 GVE (Grossvieheinheiten).
32 1798 20368 Wohnhäuser, 1856 26520 Wohnhäuser.
33 Beck, Wellen, S. 42.
34 Bernegger, Weltwirtschaft, S. 439.
35 Kaufhold, Umfang, S. 48.
36 Einwohner pro Schneider (Meister und Gesellen): 1798: 131; 1856: 149. Einwohner pro Schuhmacher (Meister und Gesellen): 1798: 145; 1856: 115.

cher im gesamten Untersuchungsraum war um 1856 nur unwesentlich höher als in den mittleren und westlichen Provinzen Preussens um 1800[37]. Ein Blick auf die amtsspezifischen Unterschiede lässt die Vermutung aufkommen, dass sich in der Dichte der Schneider und Schuhmacher die Verteilung des agrarischen Reichtums spiegelt.

Gesamthaft gesehen ist die gängige Auffassung, wonach sich das Gewerbe in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zum sozialen Auffangbecken und zur «Ökonomie des Notbehelfs» von Angehörigen der wachsenden sozialen Unterschicht entwickelte[38], aufgrund der präsentierten Daten zu differenzieren. In die Argumentation einzubeziehen ist einerseits der Befund, dass die Agrarrevolution aufgrund des grossen gesamtwirtschaftlichen Gewichts des Agrarsektors auf regionaler und überregionaler Ebene eine breiten- und flächenwirksame Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen auslöste und die Verdichtung und Professionalisierung des Gewerbes als auch die Nachfrage nach industriellen Gütern vorantrieb. Auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, dass der wirtschaftliche Expansionsprozess von einer starken sozialen Polarisierung begleitet war[39]. Zudem wurden in den 1840er Jahren demographische Struktureffekte wirksam, indem von der Mitte der 1830er Jahre aussergewöhnlich grosse Kohorten (die Jahrgänge 1818–1830) auf den Arbeitsmarkt drängten, die in ihrer Gesamtheit auch von einer expandierenden Wirtschaft nicht mehr verkraftet werden konnten. Durch den Einbruch der Agrarkonjunktur in den späten 1840er und frühen 1850er Jahren geriet schliesslich der agrarische Pfeiler der handwerklichen Einkommen ins Wanken. Demographischer Ausdruck dieser Krise, in der sich strukturelle und konjunkturelle Elemente überlagerten, ist der Ab- und Auswanderungsschub der frühen 1850er Jahre[40].

Aufgrund der präsentierten Daten ist jedoch anzunehmen, dass das Handwerk von dieser Entwicklung je nach Branche und Region in sehr unterschiedlicher Weise betroffen worden ist. Ehe eine neue Gesamtaussage versucht werden soll, sind deshalb die Veränderungen innerhalb der einzelnen Branchen in ihrem sozio-ökonomischen Umfeld[41] und in ihrer räumlichen Verteilung genauer zu untersuchen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Landwirtschaft und Gewerbe im frühen 19. Jahrhundert einen erheblichen, bisher vernachlässigten

37 Schneider und Schuhmacher pro 1000 Einwohner: Mittlere und westliche Provinzen Preussens um 1800: 10,1 (Kaufhold, Umfang, Tab. 8); Kanton Bern 1856: 10,8.
38 Mooser, Klassengesellschaft, S. 52.
39 Frey/Stampfli, Agrarmodernisierung, Teil IV, Gesellschaft.
40 Pfister, Abwanderungswelle.
41 Soziales Gefüge und Hofgrössenstruktur bestimmten den Grad der Notwendigkeit zu ausserlandwirtschaftlichen Erwerb und beeinflussten auch die Handwerkerdichte in erheblichem Ausmass (Schuster, Landhandwerk, S. 223; Frey/Stampfli, Agrarmodernisierung, S. 344).

Beitrag zur wirtschaftlichen Modernisierung geleistet haben. Dies entspricht den neuen Erkenntnissen über das Wachstum der englischen Wirtschaft im Zeitalter der frühen Industrialisierung, das sich weit stärker auf die Expansion der Bevölkerung und der traditionellen Wirtschaftszweige (Landwirtschaft, Gewerbe) stützte, als auf den Beitrag des dynamischen, aber noch schmalen industriellen Bereichs[42]. Nicht-Industrialisierung oder späte Industrialisierung darf auch in der schweizerischen Wirtschaftsgeschichte nicht ungeprüft mit Rückständigkeit und Unterentwicklung gleichgesetzt werden.

Bibliographie

Abel, Wilhelm (Hg.), Handwerksgeschichte in neuer Sicht, Göttingen 1978.

Andrey, Georges, Auf der Suche nach einem neuen Staat (1798–1848). In: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Bd. 2, S. 177–288.

Beck, Bernhard, Lange Wellen des wirtschaftlichen Wachstums in der Schweiz 1814–1913. Eine Untersuchung der Hochbauinvestitionen und ihrer Bestimmungsgründe. Bern 1983.

Bernegger, Michael, Die Schweiz und die Weltwirtschaft: Etappen der Integration im 19. und 20. Jahrhundert. In: Paul Bairoch, Martin Körner (Hg.) Die Schweiz in der Weltwirtschaft (15. – 20. Jh.), Zürich 1990, S. 429–464.

Dubler, Anne-Marie, Handwerk, Gewerbe und Zunft in Stadt und Landschaft Luzern, Luzern 1982.

Frey, Walter, Stampfli, Marc, Das Janusgesicht der Agrarmodernisierung. Der demographische und soziale Transformationsprozess der bernischen Amtsbezirke Büren und Konolfingen zwischen 1760 und 1880. Diss. phil. Bern 1991.

Hagenah, Ulrich, Ländliche Gesellschaft im Wandel zwischen 1750–1850. Das Beispiel Hannover. In: Niedersächsisches Jb. f. Landesg. 57, Hannover 1985. S. 161–206.

Henning, Friedrich-Wilhelm, Die Einführung der Gewerbefreiheit und ihre Auswirkungen auf das Handwerk in Deutschland. In: Abel, Handwerksgeschichte, S. 147–178.

Hoffmann, Walther G., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin 1965.

Junker, Beat, Geschichte des Kantons Bern seit 1798, Bd. 1, Bern 1982.

Kaufhold, Karl-Heinrich, Umfang und Gliederung des deutschen Handwerks um 1800. In: Abel, Handwerksgeschichte, S. 27-64.

Mangold, Hans (Hg.), Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige 1985. Amtliche Statistik der Schweiz Nr. 040, Bern 1985.

Marek, Daniel, Kohle: Die Industrialisierung der Schweiz aus der Energieperspektive 1850–1900. Diss. phil. hist. Bern 1991.

Mathias, Peter, Introduction. In: Peter Mathias und John A. Davis (Hg.). The First Industrial Revolutions. Oxford 1989. S. 2–26.

Mattmüller Markus, Der politische Kontext der Helvetischen Volkszählung von 1798. In: André Schluchter, Fridolin Kurmann, Markus Mattmüller. Die Bevölkerung der Schweiz um 1800. Eine Auswertung der Helvetischen Volkszählung von 1798 und anderer zeitnaher Erhebungen. Mit Einbezug der Bevölkerungsentwicklung bis 1980. Amtliche Statistik der Schweiz, Nr. 179, Bern 1988, S. 11–17.

Meier, Thomas, Handwerk, Hauswerk, Heimarbeit. Nicht agrarische Tätigkeiten und Erwerbsformen in einem traditionellen Ackerbaugebiet des 18. Jahrhunderts (Zürcher Unterland), Zürich 1986.

Mooser, Josef, Ländliche Klassengesellschaft 1770. 1848, Bauern und Unterschichten, Landwirtschaft und Gewerbe im östlichen Westfalen, Göttingen 1984.

Pfister, Christian, Bevölkerung, Klima und Agrarmodernisierung. Das Klima der Schweiz von 1525 bis 1860 und seine Bedeutung in der Geschichte von Bevölkerung und Landwirtschaft, Bd. 2, Bern 1984.

derselbe, The Early Loss of Ecological Stability in an Agrarian Region. In: Peter Brimblecombe, Christian Pfisters (Eds.). The Silent Countdown. Essays in European Environmental History, S. 43-49.

42 Mathias, Revolutions, S. 2. Grundsätzlich Schremmer, Kontinuitätsproblem, S. 58–78.

derselbe, Die Abwanderungswelle der Jahre 1850–1856 im Kanton Bern. Berner Historische Mitteilungen 7/1990, S. 55–57.

Pfister, Christian, Schüle, Hannes, *Bernhist*, eine Quellen- und Datenbank wird zum Ausgangspunkt einer neuen Landesgeschichte für den Kanton Bern. In: Karl-Heinrich Kaufhold, Jürgen Schneider (Hg.), Geschichtswissenschaft und elektronische Datenverarbeitung. Wiesbaden 1988. S. 229–267.

Pfister, Christian, Schüle, Hannes (Hg.), Datenbank *Bernhist*, Bern 1989f. (im Aufbau).

v. Rütte, Hans, Ländliches Gewerbe in Bern im 18. Jahrhundert. Problemstellung und empirische Untersuchung, Lizenziatsarbeit Bern 1983.

Schremmer, Eckart, Das 18. Jahrhundert, das Kontinuitätsproblem und die Geschichte der Industrialisierung. Erfahrungen für die Entwicklungsländer? In: Ztschr. f. Agarges. und Agrarsoz. 29/1981, S. 58–78.

Schremmer, Eckart, Überlegungen zur Bestimmung des gewerblichen und des agrarischen Elements in einer Region. In: Hermann Kellenbenz (Hg.), Agrarisches Nebengewerbe und Formen der Reagrarisierung im Spätmittelalter und 19./20. Jahrhundert. Stuttgart 1975, S. 1–28.

Schultz, Helga, Landhandwerk und ländliche Sozialstruktur um 1800, in Jb. f. Wirtschaftsgeschichte 1981/II, S. 11–49.

Schuster, Hans-Joachim. Landhandwerk und -gewerbe im nördlichen Hegau. Gliederung, Organisation und soziodemographische Bedeutung gewerblicher Betätigung in der frühen Neuzeit, in: Frank Göttmann (Hg.), Vermischtes zur neueren Sozial-, Bevölkerungs- und Wirtschaftsgeschichte des Bodenseeraumes, Konstanz 1990, S. 215–231.

Gesellenorganisation und frühe Gewerkschaftsbewegungen am Beispiel St. Gallen

Louis Specker

Der St. Gallische Handwerksgesellen-Verein – Eine unzeitgemässe Einrichtung

Als der deutsche Germanist Dr. Carl Frommann (1814–1885) auf einer Studienreise auch St. Gallen besuchte, wo ihn literarische Arbeiten festhielten, nahm er sich, so, wie er es vordem in seiner Vaterstadt Coburg, später in Wien, Rom und Neapel getan hatte, der deutschen Handwerksgesellen an. Beeinflusst von einem romantisch geprägten Bild des altdeutschen Handwerks und erfüllt von Trauer über dessen Niedergang im aufbrechenden Industriezeitalter, war er entschlossen, den wandernden Junghandwerkern in ihren Nöten beizustehen. Aus seinen Bemühungen resultierte eine Gesellenvereinigung, deren Rolle im Vorfeld der St. Galler Gewerkschaftsbewegung beleuchtet werden soll.

Der im Winter 1841 gegründete St. Gallische Handwerksgesellen-Verein war also keine von Gesellen geschaffene Einrichtung, sondern das Werk eines deutschen Bildungsbürgers, der dabei die Unterstützung einiger St. Galler Honoratioren genoss, unter denen besonders der Theologe Professor Peter Scheitlin (1779–1848) hervorragte.

Seiner Organisation und Struktur nach handelte es sich bei diesem Gesellenverein allerdings weniger um einen Verein, als um eine Gesellen-Schule, welche streng hierarchisch aufgebaut war und der autoritären Leitung eines sogenannten Direktoriums unterstand.

Wenn die Statuten des Gesellenvereins festhalten, es dürfe das leitende Direktorium niemals aus dem Gesellenstande sein, «weil dies dem Zwecke des Vereins nicht entsprechen würde»[1], sondern sich aus gebildeten Bürgern und Handwerksmeistern zusammensetzen müsse, vermag dies schon deutlich zu machen, wie fernab diese Organisation von solchen Vereinigungen angesiedelt war, die als unmittelbare Vorformen der Gewerkschaften angesprochen werden dürfen. Fasst man den Zweck des Vereins ins Auge, entpuppt er sich vollends als eine Organisation von ausgesprochen traditionellem philanthropischem Charakter. Als seine hauptsächlichsten Zielsetzungen bezeichnete er die Schaffung von Gelegenheiten «zu grösserer Annäherung und Befreundung untereinander»[2], die «Ausbildung und Veredelung des

1 Statuten des Handwerksgesellen-Vereins zu St. Gallen. St. Gallen 1841. S. 4.
2 Ebenda. S. 1.

Geistes und Gemütes»[3], sowie die «Bereicherung mit allerlei nützlichen Kenntnissen ... und Förderung alles dessen, was zu(r) wahren Bestimmung als gute Staatsbürger, tüchtige Handwerksmeister und brave Familienväter notwendig und dienlich»[4] sei. Es mussten sich also die Gesellen von Angehörigen des Bildungsbürgertums sagen lassen, wessen sie bedurften. Die Vereinsmitglieder waren von der Programmgestaltung ausgeschlossen, diese war alleinige Angelegenheit der Direktoren.

Selten beschäftigten sich die Vorträge, welche die Gesellen schweigend anzuhören hatten, mit aktuellen Themen des Handwerks oder gar mit den spezifischen Problemen seiner jüngsten Vertreter angesichts der ungestüm voranschreitenden Industrialisierung. Weil jeder vortragende Direktor Themen auswählte, die ihm persönlich nahelagen, erfuhren die Gesellen zwar allerlei Wissenswertes über den Nutzen des Kamels wie über die Geschichte Roms, die existentiellen Nöte jedoch, denen die Junghandwerker ausgesetzt waren, blieben ausgeklammert.

Von der Politik wollte sich der Verein strikte fernhalten. Der um seinen Ruf besorgte Gesellenverein, dessen Mitglieder mehrheitlich – es waren stets um etwa achtzig Prozent – aus Deutschland stammten, wollte es unter allen Umständen vermeiden, mit jenen Gesellenorganisationen verwechselt zu werden, welche die Eidgenossenschaft dauernd in diplomatische Schwierigkeiten brachten. Die Voten der Direktoren lassen indessen erkennen, dass bei dieser Entscheidung für die politische Abstinenz nicht nur die Frage der Staatsangehörigkeit der Mitglieder eine massgebende Rolle gespielt hat. Es ging dabei auch um eine Grundsatzfrage.

Aus den Protokollen des Gesellenvereins geht hervor, dass die Direktoren der Überzeugung waren, es liessen sich die Probleme der Junghandwerker ohne Zuhilfenahme der grossen Politik, ohne einschneidende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft, lösen. Der ständig wiederholte Appell an die Gesellen, sich stillschweigend den neuen Verhältnissen anzupassen, charakterisierte die Vereinsideologie als eine solche, welche dem technisch-industriellen Fortschritt prinzipiell positiv gegenüberstand. Es lag daher den Direktoren eine kritische Auseinandersetzung mit den Zeitläufen völlig fern. Aus diesem Grunde gelangte die liberal gesinnte Vereinsleitung niemals über den Gedanken des sozialen Samariterdienstes hinaus. Deutlich kommt diese Tatsache auch darin zum Ausdruck, dass im Vortragsprogramm solche Gegenstände einen zentralen Platz einnahmen, welche der moralischen Erbauung zuzurechnen sind. Ehrlichkeit, Fleiss und Sparsamkeit wurden den Gesellen als Tugenden angepriesen, welche sich auch in dieser für das Hand-

3 Ebenda. S. 2.
4 Ebenda.

werk so schwierigen Zeit nach wie vor bewähren würden. Und trotz der statutarisch verordneten politischen Neutralität des Vereins hatten die Direktoren keine Hemmungen, sich als entschiedene Gegner jener revolutionären Ideen zu erkennen zu geben, welche damals in den Kreisen der Handwerksgesellen leidenschaftliche Dispute erregten. Nachdrücklich haben sie von Zeit zu Zeit vor Kommunismus und Sozialismus gewarnt. Höchstens für milde Reformvorschläge brachten sie Verständnis auf, etwa für die Errichtung von Vorschusskassen oder für eine leichte Einschränkung der Gewerbefreiheit.

Sowohl die Hilflosigkeit der Vereinsleitung wie auch der ideologisch begründete Unwille, sich ohne Einschränkung den aktuellen Problemen zu stellen, haben dem St. Gallischen Handwerksgesellen-Verein von Anfang an den Stempel des Zeitwidrigen verliehen. Seine patriarchalische Struktur, welche den Gesellen jedes Mitspracherecht verweigerte, hat diese Charakterzüge noch verstärkt.

Im übrigen gilt es zu bedenken, dass der St. Gallische Gesellen-Verein schon deswegen mit einer Gewerkschaft wenig zu tun hatte, weil seine Mitglieder offensichtlich nicht in der Lage waren, ihre Interessen klar zu erkennen. Jene nüchterne Analyse der Arbeitnehmersituation, welche die Wahrung der Interessen zur Voraussetzung hat, stand noch aus. Anstelle einer brauchbaren Orientierung herrschte unter den Gesellen ein diffuses Unbehagen. Was sozialistische Theorien in dieser Beziehung allenfalls hätten leisten können, wurde durch die Leitung verhindert, welche jeden Gedanken an Gesellschaftsveränderung tabuisierte. Ausserdem wäre es ausserordentlich schwierig gewesen, die heterogenen Interessen der zahlreichen Berufsgruppen, welche der Gesellenverein unter seinem Dache versammelte, auf einen Nenner zu bringen. Im Vereinsjahr 1859 z. B. waren im Verein 25 Berufe vertreten, darunter so unterschiedliche Beschäftigungen wie Schreiner, Buchdrucker und Chirurg. In Anbetracht der Tatsache, dass nicht alle Berufskategorien in gleicher Weise durch die Industrialisierung bedroht waren – der Hutmacher sicher eher als der Hafner – wäre es auch unmöglich gewesen, den geometrischen Ort ausfindig zu machen, an welchem sich alle Interessen schnitten. Schliesslich, wenn von der Gewerkschaftsferne des Gesellenvereins die Rede ist, darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass es ganze Berufsgruppen gab, die unter den Mitgliedern nie in Erscheinung traten, ja dass sich überhaupt nur eine Gesellenminderheit unter der Vereinsfahne versammelte. Von den 39 Bäckergesellen in der Stadt St. Gallen fand sich nur einer im Verein ein, von den 30 Buchbindern nur 6, und nur 9 von 70 Schustergesellen machten mit. Auch diese Tatsache bildete eine schlechte Voraussetzung für die Bildung einer Organisation, welche mit einigem Recht als Bahnbrecherin der Gewerkschaftsidee bezeichnet werden könnte.

Bis 1848 hatten die direktorialen Bemühungen, die Gesellen vor gefährlichen politischen Tendenzen zu schützen, einigermassen Erfolg, dann aber brach sich eine Opposition Bahn, welche die «Gesellenväter» als Faustschlag ins Gesicht empfanden, als Versuch, «die überspannten revolutionären und kommunistischen Ideen ... einzuschleppen»[5]. Eine kleine Gruppe unzufriedener Vereinsmitglieder hatte Protest gegen den Zustand der Unmündigkeit erhoben und energisch Mitspracherecht gefordert. Die fassungslosen Direktoren waren jedoch weder willens noch fähig, auf diesen Wunsch einzugehen und wussten das Aufbegehren nicht anders, denn als Folge einer verderblichen Verführung zu deuten. Angedrohte Massregelungen sorgten nur kurze Zeit für Ruhe, dann flammte die Rebellion erneut auf. 1852 kapitulierte das überforderte Direktorium und löste den Gesellenverein auf.

Erste Schritte zu einer selbständigen Arbeitnehmerorganisation

Auf Verlangen einer Gesellengruppe, welche mit den «Aufständischen» nicht einig ging, erfolgte jedoch bereits im Januar des folgenden Jahres seine Neukonstituierung. Die nur leicht revidierten Statuten bestätigten die dominierende Rolle des Direktoriums, und die Politik blieb weiterhin von den Verhandlungen ausgeschlossen. Offensichtlich hatten die Vereinsverantwortlichen nicht begriffen, dass das alte Organisationskonzept immer weniger Akzeptanz fand, dass die Entwicklung zu eigenständigen Arbeitnehmervereinigungen drängte. Es verwundert also nicht, dass der St. Galler Gesellenverein nicht mehr aus der Krise herausfand und sich einige Jahre später wiederum mehrere Mitglieder gegen das autoritäre Regime auflehnten und energisch verlangten, die «Herren Direktoren sollen nur die Leiter und nicht die Gebieter des Vereins sein. Alle Tagesfragen sollen zur Besprechung vorgebracht werden dürfen»[6]. Auch die «Gesellenväter» müssten endlich einsehen, dass das Volk sich von der Obrigkeit emanzipiert habe: «Es ist nicht der Geist roher Willkür, sondern im Tiefinnersten regt es sich durch das ganze Land für Bildung und Freiheit ...»[7]. Weil indessen das Direktorium auch dieses Mal keine Neigung zeigte, auf solche Vorschläge einzutreten, zumal es zu wissen glaubte, «wohin die Politik in solchen, von Gesellen selbst geleiteten Vereinen»[8] unweigerlich führen müsse, verliessen zwei Drittel der Mitglieder den Verein. Dieser, nun arg geschrumpft, nannte sich fortan «Arbeiterbildungsverein» und räumte seinen Mitgliedern etwas mehr Freiheiten ein – zwei Konzessionen also an die neue Auffassung! Die Einsicht

5 Der Stadt St. Gallische Gesellenverein. Tagblatt der Stadt St. Gallen. 4.6.1862.
6 Gesellen-Verein. Tagblatt der Stadt St. Gallen. 20.5.1862.
7 Ebenda.
8 Der Stadt St. Gallische Gesellenverein. Tagblatt der Stadt St. Gallen. 4.6.1862.

kam jedoch zu spät. Die Renegaten des Handwerksgesellenvereins gründeten 1863 in St. Gallen eine Lokalorganisation des «Deutschen Arbeiterbildungs-Vereins».

Es waren in den Augen der deutschen Handwerksgesellen mehrere Vorzüge, welche den ‹Deutschen Arbeiterbildungs-Verein› vor dem Handwerksgesellen-Verein auszeichneten. Da war zunächst dessen erklärte Absicht, sich mit Politik zu befassen, d.h. dem Arbeiter «zum Bewusstsein seiner selbst»[9] zu verhelfen und dann vor allem seine demokratische Struktur. Die eigentliche Arbeiterfrage indessen rückte nur langsam in sein Blickfeld; sein politisches Engagement konzentrierte sich anfänglich auf die Parole nach einem einig deutschen Vaterland. Trotz der in den Zentralsatzungen der «Deutschen Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz» niedergelegten Absicht, sich nicht nur in geistiger, sondern auch in «körperlicher und materieller Beziehung um die Arbeitnehmer»[10] kümmern zu wollen, tastete er sich nur langsam und vorsichtig an die soziale Frage heran. In seinem Schosse kam die Diskussion lange Zeit nicht über die Anregungen von Hermann Schulze-Delitzsch, zugunsten des Gewerbes Darlehens- und Einkaufsgenossenschaften einzurichten, hinaus. Das sollte sich erst mit dem Leipziger Arbeiterkongress von 1863 ändern, welcher zur Entstehung des «Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins» unter der Führung Ferdinand Lassalles führte. Die Diskussion über die Frage, ob sich die Deutschen Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz dem «Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein» anschliessen sollen, wurde auch in der St. Galler Lokalorganisation geführt. Vorerst verhielt man sich dort abwartend, und erst 1871 taten sich die entschiedenen Anhänger Lassalles unter dem Namen «Allgemeiner Arbeiterverein für St. Gallen und Umgebung» zusammen.

Damit hatte wiederum, wie vordem beim Handwerksgesellenverein, eine Gruppe von Mitgliedern einen Schritt in Richtung einer Organisation vollzogen, welche die Vertretung der Arbeitnehmerinteressen zu ihrem einzigen Zweck erklärt. Auch beim Deutschen Arbeiterbildungs-Verein liess sich nun die Arbeiterfrage nicht mehr umgehen: die Diskussion war in Gang gekommen und sollte auch dort fortan nicht mehr abbrechen.

Mit vereinter Kraft: Der alte Gesellenverein und der Deutsche Arbeiterbildungs-Verein schliessen sich zusammen

Ungeachtet dieses Fortschrittes geriet der Deutsche Arbeiterbildungs-Verein in St. Gallen in den späten sechziger Jahren immer mehr ins Abseits

9 Die deutschen Arbeiter-Vereine in der Schweiz. Felleisen. Juli 1862.
10 Entwurf der Central-Satzungen des Deutschen Arbeiterbildungs-Vereins in der Schweiz. Felleisen. April 1863.

– ein Schicksal, das er mit der Nachfolgeorganisation des Handwerksgesellenvereins, dem Arbeiterbildungsverein, teilte. Mittlerweile hatten sich in St. Gallen – nach einem stürmisch verlaufenen Streik im Sommer 1871 – auch die Anhänger der Internationalen Arbeiterassoziation zu Wort gemeldet, und mit deren durchschlagskräftigeren Ideologie vermochten die beiden Bildungsvereine nicht mehr zu konkurrieren. Damit hatte sich auch in der St. Galler Arbeiterorganisation ein entscheidender Wandel vollzogen: Der Gedanke der uneingeschränkten Arbeiterselbsthilfe hatte sich durchgesetzt. Gleichzeitig nahm die Anhänglichkeit an nationale Gesichtspunkte rasch ab. Das Auftreten der Internationale hierzulande wie auch die Tatsache der vollzogenen deutschen Einigung haben dem Deutschen Arbeiterbildungs-Verein allmählich das Wasser abgegraben. Trotzdem hat er jene Schritte, die ihm den Charakter einer reinen Arbeiterinteressen-Organisation verliehen hätten, nicht vollzogen; er verblieb auf einem Reformkurs.

Um sein sozialreformerisches Gedankengut zu retten, vereinigte er sich 1872 mit dem Arbeiterbildungsverein zum ‹Allgemeinen Arbeiter-Bildungsverein St. Gallen›. Dieser zeigte sich zwar entschlossen, gezielt Arbeiterpolitik zu betreiben, «jedoch nur auf dem Wege der Belehrung und Bildung in gemässigtem Sinne»[11].

Das Element des «Gemässigten» wurde also aus den Zeiten des Handwerksgesellenvereins hinüber gerettet, als Neuheit kam dafür das klare Bekenntnis zur Sozialpolitik hinzu, welche dann in der Folge auch eine eigene Dynamik entwickelte und zuletzt den Verein auf die Seite der linken Arbeiterorganisationen führen sollte. Politisch standen die beiden vereinigten Reformgruppen den Demokraten, den Linksliberalen, nahe.

Dass sich der Allgemeine Arbeiter-Bildungsverein tatsächlich konkret und vor Ort zugunsten der Arbeitnehmer einsetzen wollte, bewies er damit, dass er sich vermehrt an gewerkschaftlichen Aktionen – sogar an Streiks – beteiligte und immer wieder sozialdemokratische Vorstösse unterstützte.

Seit dem Handwerksgesellenverein haben Deutsche in allen erwähnten Arbeitnehmervereinigungen in St. Gallen eine hervorragende Rolle gespielt. Weil sie einen Grossteil von deren Mitgliedschaft ausmachten, spiegeln sich in der Geschichte dieser Vereine auch die Auseinandersetzungen, welche die politische Bühne Deutschlands beherrschten.

Die Schweizer Arbeitnehmer sammelten sich vornehmlich im Grütliverein, der auch seit 1849 in St. Gallen einen Ableger hatte. Mit dem 1878 erfolgten Erlass des Spezialistengesetzes erfuhr der «Allgemeine Arbeiter-Bildungsverein St. Gallen» nochmals eine erhebliche Verstärkung seiner

11 25 Jahre Kampf. Zur Erinnerung an die am 18. Juli 1886 erfolgte Gründung der Arbeiterunion St. Gallen. Von Franz Rüdiger. In: Jahresbericht der Arbeiter-Union St. Gallen für das Jahr 1911. S. 55ff.

deutschen Mitgliedschaft. Und weil diesen deutschen Zugewanderten «die gewerkschaftliche und politische Organisation keine weltfernen, unbekannten Dinge waren»[12], verstärkten sie jene Elemente, welche den Kurs nach links begrüssten.

So war denn abzusehen, dass auch dem «Allgemeine Arbeiterbildungs-Verein St. Gallen» kein allzu langes Leben beschieden sein würde, dass er zumindest mit seinem alten Konzept nicht überlebensfähig war.

Vom Allgemeinen Arbeiterbildungs-Verein zur Arbeiter-Union

Es lag also durchaus in der Logik der Entwicklung, dass der Allgemeine Arbeiterbildungs-Verein 1886 zusammen mit zehn weiteren lokalen Arbeitervereinigungen, darunter waren u. a. der Grütliverein und einige Berufsgewerkschaften – eine ‹Arbeiter-Union St. Gallen› bildete, welche sich nach leidenschaftlich ausgetragenen Grundsatzdiskussionen, in welcher auch noch zünftige Ideen eine Rolle gespielt haben sollen für die sozialdemokratische Linie und den Gewerkschaftsbund entschied. 1890 feierte die Arbeiter-Union zum ersten Mal zusammen mit dem Weltproletariat den Ersten Mai.

Den Abschluss fand diese Entwicklung im Jahre 1913 mit dem offiziellen Eintritt der Arbeiter-Union in die seit 1906 bestehende kantonale Sozialdemokratische Partei.

Der Vortrag beruht auf der folgenden Publikation:
Louis Specker, Der stadtsanktgallische Handwerksgesellenverein 1841 bis 1865 in: 126. Nb. des Hist. Vereins des Kts. St. Gallen, Rorschach 1986.

12 Der Allgem. Arbeiterbildungs-Verein St. Gallen. Sein Anfang und sein Ende. St. Gallen o.J. S. 1.